

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1984.

Zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

IV.

Man hat in Parteikreisen oftmals darüber geklagt, daß von all den hitigen Parteidiskussionen doch nichts übrig bleibe als höchstens in der Brust der Beteiligten ein Stachel der Erbitterung und unter den Massen ein steigender Widerwille gegen solches „Literatengezänk“. Diese Auffassung ist übertrieben, aber nicht ohne berechtigten Kern. Keineswegs alle Diskussionen sind praktisch ergebnislos, geschweige denn überflüssig gewesen. Aber manche Debatten trugen in der Tat mehr zur Verwirrung als zur Klärung bei. Und das war jedesmal dann der Fall, wenn man, statt einen festen Standpunkt einzunehmen und ihn mit sachlichen Argumenten zu verteidigen, sich selbst zwar als verfolgte Unschuld aufspielte, dem Gegner aber gleichzeitig die tollsten Auffassungen unterstellte. Aus der Diskussion über die Wichtigkeit und Unrichtigkeit bestimmter Ansichten und Grundsätze wurde dann ein mühsamer Streit um Worte, der natürlich — gerade wegen seiner Fruchtlosigkeit — persönliche Erbitterung auslöste.

Wir für unser Teil möchten dazu beitragen, daß mit diesem System der Parteidiskussion endlich einmal gebrochen wird. Wir halten es für nötig, mit klaren und klaren Worten auszusprechen, wie wir zu den einzelnen Fragen stehen. Denn sich diese Auffassung nicht mit der anderer Genossen — nun gut, so wollen wir unsere beiderseitigen Gründe vortragen und die Partei entscheiden lassen, zu welcher Auffassung sie sich bekennt. Haben wir also in unseren vorhergehenden Artikeln in der Hauptsache — freilich auch nicht ohne die Heraushebung unserer tatsächlichen Auffassungen — nachgewiesen, welche uns untergeordneten Ansichten wir nicht vertreten, so wollen wir nunmehr zu einer positiven Darlegung der Auffassungen übergehen, von denen wir im Interesse der modernen Arbeiterbewegung wünschen, daß sie zur Gemeinverständlichkeit aller Teile dieser modernen Arbeiterbewegung werden möchten.

Auf der Gewerkschaftskonferenz stellte der mit dem einleitenden Referat über die Frage „Partei und Gewerkschaften“ betraute Genosse Müller folgende Forderungen auf:

Dabei (bei der Erzielung eines Einvernehmens) aber kann es sich unter keinen Umständen um ein Unterordnen der Gewerkschaften handeln, man muß vielmehr die Parteininstanzen dazu erziehen — gestatten Sie mir den Ausdruck —, daß sie anerkennen müssen die Gewerkschaftsbewegung als einen Machtfaktor und zwar als einen gleichberechtigten, vollberechtigten Machtfaktor. Bringt man uns diese Erkenntnis entgegen, behauptet man das in der Presse, dann halte ich die Verständigung für möglich. Vor allem die Anerkennung unserer Gleichberechtigung ist die erste Vorbedingung für ein besseres Einvernehmen. Diese Anerkennung, d. h. die Anerkennung der Gleichberechtigung und Vollbürtigkeit hat zur notwendigen Folge die Anerkennung und Respektierung unserer Beschlüsse, unserer Urteile, unserer Beschlüsse. Auch das muß einmal betont werden. Diese Anerkennung erfordert weiter die Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bedingungen, vor allem der gewerkschaftlichen Möglichkeiten.

Leider ging Müller in seinem Referat auf diese Thesen nicht näher ein. Sein Vortrag zersplitterte sich, statt in großen Grundlinien das seinem Ideal entsprechende Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu veranschaulichen, in eine Kleinigkeit und systemlose Aufzählung wirklicher oder eingebildeter Sünden irgendwelcher Parteigenossen gegen die Gewerkschaften. Und da die Debatte einmal in dies Fahrwasser gebracht worden war, vermochten auch die Diskussionsredner das von Müller Versäumte nicht mehr nachzuholen.

Müller verlangt die Anerkennung der Gewerkschaften als eines gleichberechtigten, vollberechtigten Faktors des proletarischen Klassenkampfes, die Respektierung ihrer Beschlüsse und Beschlüsse, und schließlich die Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten.

Wenn die Forderung der Gleichberechtigung der Gewerkschaften nichts anderes bedeuten soll als die Anerkennung der Tatsache, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit ebenso wichtig und wertvoll ist wie die praktische Gegenwartigkeit der Partei im Parlament, in den Gemeinden usw., so bedarf es keiner vielen Worte. Diese Gleichberechtigung ist selbstverständlich, sie wird von allen Mitgliedern der Partei anerkannt! Ebenso wenig besteht irgend eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die agitatorische und organisatorische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften ebenso hoch zu bewerten ist, wie die Werbetätigkeit für die politische Organisation. Der Posten eines Gewerkschaftsbeamten ist nicht minder verdient, verantwortungsvoll und ehrenvoll als der eines Parteibeamten. Die Spezialisierung des Arbeitsgebietes bringt es zwar mit sich, daß — auf der einen wie auf der anderen Seite — wohl einmal die besonderen Eigentümlichkeiten und Schwierigkeiten der einen oder anderen Tätigkeit erkannt werden, aber die Gleichberechtigung und Vollbürtigkeit der Gewerkschaften steht außer allem Zweifel!

Nun aber besteht die sozialdemokratische Bewegung keineswegs ausschließlich in der Organi-

sation der praktischen Gegenwartigkeit, wie sie Parlamentarismus und Kommunalpolitik repräsentieren. Diese Tätigkeit bildet nur einen integrierenden Bestandteil der Bewegung, für die ja Parlamentarismus, Parteiorganisation, Parteipresse usw. nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zwecke der Umwälzung der gesamten bürgerlichen Gesellschaftsordnung bilden. Ueber all den genannten Betätigungsmitteln der sozialdemokratischen Bewegung, aber der ganzen praktischen Gegenwartigkeit stehen die prinzipiellen Forderungen des Sozialismus, steht die sozialistische Theorie, die uns die Gesetze der historischen Entwicklung enthüllt und uns lehrt, die praktische Gegenwartigkeit den geschichtlichen Entwicklungsstadien anzupassen. Eine Parteibetätigung, die sich emanzipieren wollte von der Theorie und den Prinzipien, in der die Tendenz siegte, die vermeintlichen Forderungen und Vorteile des Tages den prinzipiellen Forderungen voranzustellen, eine solche Parteitätigkeit würde die Preisgabe dessen bedeuten, was man bisher unter sozialdemokratischer Politik verstand.

Die durch die Partei ausgeübte politische Aktion sucht durch ihre Arbeit innerhalb der gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen: sie bekämpft die Steuerbelastung des Proletariats und ihre Ursachen, die kapitalistische Großmanns- und Profitgier, die entmensliche Welt- und Kolonialpolitik samt ihren Mitteln, den Militarismus und Marinismus. Sie sucht auch direkt die ökonomische Lage der Arbeiterklasse durch gesetzliche Festlegung einer Maximalarbeitszeit, durch Arbeitererleichterungen und vernünftigen Ausbau der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung zu heben. Sie geht auf allen Gebieten der drückenden Klassenherrschaft zu, durch Befreiung der Beamtenverwaltung, der Klassenjustiz, der Praktiken des Staates als Arbeitgeber usw. Die gewerkschaftliche Aktion erstrebt im Rahmen der Verfassungsorganisation die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne, die Durchführung hygienischer Schutzmaßnahmen für die Arbeiter. Und noch: die Gewerkschaften sind die berufensten Organe zur Überwachung der sozialen Gesetzgebung und der Gewerbeinspektion, ihnen fällt schließlich auch die Anregung und sachverständige Mitwirkung an der sozialpolitischen Tätigkeit der politischen Partei zu.

So ist die Tätigkeit von Partei und Gewerkschaften gleich vielseitig, gleich bedeutsam, gleich wichtig! Und es gehörte viel bornierte Spezialistenpedanterie dazu, die politische Aktion über die gewerkschaftliche oder umgekehrt die gewerkschaftliche über die politische stellen zu wollen.

Aber wie die politische Aktion doch noch etwas Uebergeordnetes anerkennen muß, die sozialistische Prinzipien, die sozialistische Theorie, so kann sich auch die Gewerkschaftsbewegung, sofern sie darauf Anspruch erhebt, auf dem Boden des sozialistischen Klassenkampfes zu stehen, nicht von den sozialistischen Prinzipien, der sozialistischen Theorie emanzipieren! So notwendig, so unentbehrlich, so außerordentlich verdienstlich die gewerkschaftliche Gegenwartigkeit ist, sie hat im letzten Grunde nicht minder als die politische Partei ihre Tätigkeit den von der sozialistischen Theorie aufgestellten Grundbedingungen des proletarischen Klassenkampfes anzupassen!

Man hat gesagt: Gewerkschaftskampf ist schlechthin Klassenkampf. Das ist aber ebenso wenig der Fall, wie eine politische Arbeiterpartei, die nicht auf dem Boden des Sozialismus stünde, eine Massenkampfpartei wäre! Sie würde zweifellos die Interessen der Arbeiterklasse in mancher Beziehung wahrnehmen, aber systemlos, unmethodisch, immer unter Anerkennung der kapitalistischen Existenzbedingungen und deshalb im letzten Grunde auch völlig unwirksam. Denn die Emanzipation der Arbeiterklasse ist eben nur möglich durch Befreiung der kapitalistischen Produktionsweise. Und das eine Gewerkschaftsbewegung, die nicht vom sozialistischen Geiste getragen wird, keinen Massenkampf im sozialistischen Sinne darstellt, das beweist ja nicht zuletzt die Ablehnung der Massenkampfindee durch Leute wie Keir Hardie, die von ihr deshalb nichts wissen wollen, weil sie im „Massenkampf“ der englischen Trade-Unions keinen gesellschaftsumwälzenden Faktor erblicken!

Die Gewerkschaftsbewegung an sich ist also kein Massenkampf. Wohl aber stellt sie dann einen überaus wichtigen Faktor im proletarischen Klassenkampf dar, wenn sie sich gleich der politischen Arbeiterbewegung als einen integrierenden Bestandteil des Sozialismus, der Sozialdemokratie betrachtet. In diesem Falle wird ihr kein einsichtiger Sozialdemokrat die volle Ebenbürtigkeit neben der politischen Bewegung absprechen wollen!

Erfreulicherweise ist ja auch das Gefühl von der Zusammengehörigkeit der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie unter den Gewerkschaftskämpfern lebendig. Nicht nur die Bömelburg, Simon, Boehsch usw. betonten das, sondern besonders auch der Vertreter der Handels- und Transportarbeiter, Genosse Dreher, der ausführte:

Genosse Kloth hat sich auf die Ausführungen von Sidney Webb bezogen; der hat geschrieben, daß die Art der englischen Gewerkschaftsführer, wohl gemerkt, der aus konservativen Anschauungen hervorgegangenen aristokratischen Gewerkschaftsführer, dahin gehe, das Bestehende bestehen zu lassen, daß sie nicht gesonnen seien, in den Klassenkampf einzutreten. Und

man kommt Kloth und sagt, daselbe wäre auf Deutschland anzuwenden. (Kloth: Das habe ich nicht gesagt!) Es ist ein altes Sprichwort: Wer den Dichter will verstehen, muß in Dichters Lande gehen. Man soll nicht das, was Sidney Webb über die konservativen englischen Gewerkschaftsführer geschrieben hat, auf die modernen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Deutschlands anwenden. Wir sind in ganz anderen Anschauungen erzogen worden, wir sind absolut keine Zünftler. Die Debatte über die Grenzstreitigkeiten hat ja gerade gezeigt, daß bei uns das Zünftertum am stärksten bekämpft wird, das Zünftertum, das in England großgezogen ist.

In der Tat, solange die sozialdemokratischen Grundanschauungen der Gewerkschaftsführer für die gewerkschaftliche Praxis in Deutschland maßgebend sind, sind wohl einzelne Abirrungen vom Wege, aber keine schweren und grundsätzlichen Verstöße gegen die sozialistischen Prinzipien denkbar.

Die Frage der Raifeier und des Massenstreiks bilden nun ein praktisches Exempel für den Geist der Gewerkschaften. Und wir hoffen, daß der Geist des Idealismus und Sozialismus, der bisher in den Gewerkschaften gelebt hat, sich auch künftig gerade in der Stellungnahme der Gewerkschaften zu diesen Fragen bekunden wird. Gewiß haben die Gewerkschaften ein Recht, von der Partei Rücksicht auf die „gewerkschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten“ zu verlangen. Das ist aber in der Frage der Raifeier auch durch die Fassung der Raifeierresolutionen geschehen, die es in die Hand der Gewerkschaften selbst legten, sowohl in Rücksicht auf die Pflege des proletarischen Idealismus als auch in Rücksicht auf die Durchführbarkeit der Arbeitsruhe den Umfang der Arbeitsruhe selbst zu bestimmen. Und was den Massenstreik anlangt, so verlangt auch hier die Partei wirklich nichts Ungehörliches, wenn sie von den Gewerkschaften erwartet, daß sie bei einer Bedrohung der wichtigsten politischen oder gewerkschaftlichen Existenzbedingungen den Grad proletarischer Einsicht und proletarischen Kampfesmut beweisen werden, der von einer im sozialistischen Geiste erzogenen und zu erziehenden Arbeiterklasse unbedingt erwartet werden muß!

Die russische Revolution.

Die „liberale“ Regierung.

Petersburg, 17. August. (Russ. Korr.) Stolypin nimmt zahlreiche Ernennungen bekannter Reaktionäre für hohe Posten vor. Kozell, Vizegouverneur von Saratow während der Oktoberunruhen, von bösem Renommee, wird Chef der besonderen Kanäle Stolypins. Noch schlimmer ist die Ernennung des Generals Solowjew, gewiesenen Gouverneurs von Ufa, der wegen furchtbarer Brutalität angepöbelte und seines Postens enthoben wurde, zum Gouverneur von Astrachan.

Petersburg, 17. August. (Herold-Bureau.) Aus vollkommen zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß Finanzminister Solowzew in den Semstwo-Männern nur regierungsfeindliche, oppositionelle und radikale Elemente sieht. Er hat den Semstwas daher jegliche Kredite verweigert und wird ihnen nur die ihnen vom Staate zukommenden vier Millionen bewilligen. Daß er den Semstwas die diesjährigen Zahlungen stundet, dazu ist er nur dadurch veranlaßt worden, daß sie im entgegengelegten Falle einfach nicht zahlen würden. Die Situation der Semstwas ist vielfach beärgert, daß sie nicht einmal die eigenen Angestellten bezahlen können.

Der „Russ. Kurier“ meldet:

Nach einer Ermittlung des Ministeriums des Innern befinden sich von 87 Gouvernements und Gebieten 5 in normalem friedlichen Zustande, 40 im Kriegszustande, in 27 Gouvernements ist ein außerordentlicher und bei 15 verstärkter Schutz eingeführt.

Schredschüsse für den Zaren.

Nach dem „Russ. Kurier“ sind am 18. August zu Astrachan Schüsse, das der Zar an diesem Tage plötzlich aufsuchte, um einigen militärischen Veranlassungen beizuwohnen, von einigen Soldaten Schredschüsse mit scharfen Patronen abgegeben worden. Im Militär soll nämlich die Ansicht verbreitet gewesen sein, der Zar wolle eine Militärdiktatur proklamieren. Die Schüsse hätten ihm zeigen sollen, daß selbst die Garde damit nicht einverstanden sei. Die von der Militärverwaltung eingeleitete Untersuchung habe ein umfangreiches Material geliefert, das streng geheim gehalten werde. Der Aufenthalt der Zarenfamilie in Astrachan werde wegen des Vorfalles abgeklärt.

Warschau.

Nähere Meldungen über den furchtbaren Bluttag liegen heute nicht vor. Die „Russ. Korresp.“ bringt ein Telegramm, wonach es bei den Unruhen auch zu einem Pogrom gekommen zu sein scheint. Der Zustand sei entsetzlich; die arme Bevölkerung sei am meisten betroffen.

Andere Meldungen lauten:

Warschau, 18. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) In der Vorstadt Wolowa explodierte heute vor einer Prozession von aus Rokino zurückkehrenden Pilgern eine Petarde. Von einer vorbeimarschierenden Militärabteilung wurde hierauf in der Richtung auf die Prozession geschossen, wobei zehn Personen verwundet wurden.

Warschau, 17. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Im Laufe des vorgestrigen Tages wurden, wie nunmehr feststeht, bei den verschiedenen Zusammenstößen 28 Polizisten und 15 Privatpersonen getötet und 18 Polizisten und etwa 100 Privatpersonen verwundet.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Annoncenspalte oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstdruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Krieg den Zarenhergen.

Odessa, 17. August. In ein Eisenbahndepot wurde eine Bombe geschleudert, wodurch ein Inspektor und vier Polizisten auf der Stelle getötet wurden. Einem Kassenboten wurden auf offener Straße 14.000 Rubel geraubt. Zwei verwundete Anarchisten sind der Tat verdächtig verhaftet worden.

Odessa, 17. August. In Ploak, wo gestern durch eine Bombe fünf Polizisten getötet wurden, sind auf ein verabredetes Zeichen alle Polizisten, die sich auf der Straße befanden, getötet oder verletzt worden.

Odessa, 17. August. General Kaufman, der fortgesetzt Drohbrieife erhält, hat beschlossen, seine Wohnung nicht mehr zu verlassen.

Straßenbahnerstreik in Riga.

Riga, 17. August. Die Bediensteten der hiesigen Straßenbahn sind wegen wirtschaftlicher Forderungen in den Ausstand getreten.

Brandstiftungen.

Frankfurt a. M., 17. August. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Odessa: Aus dem hiesigen Bahnhof überfielen gestern sieben Anarchisten den Eisenbahnassistenten und nahmen ihm 5000 Rubel weg. Sie schloßen dann und warfen unter die sie verfolgenden Polizisten eine Bombe, durch die ein Polizist getötet und ein anderer verwundet wurde. Es gelang jedoch, drei der Anarchisten zu verhaften.

Odessa, 17. August. Eine aus acht Mann bestehende Räuberbande überfiel auf offener Straße den Eisenbahnbeamten Suchanow, raubte ihm mehrere Tausend Rubel. Verfolgt, warf die Bande mehrere Bomben, welche glücklicherweise nicht explodierten. Sie gab dann mehrere Revolverkugeln ab, wodurch zwei Personen verletzt wurden, worauf mehrere Räuber festgenommen und einer getötet wurde. Im übrigen herrscht in Odessa seit einigen Tagen völlige Ruhe.

Kostroma, 16. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Gestern Abend überfiel zehn Besten von hier eine Bande junger Bauern mehrere Sommerwohnungen. Während einige Besten sich mit Geld loskauften, wurde die Wohnung eines anderen verwüstet und die Frau des Inhabers mißhandelt. Die deutschen Bewohner der Stadt zogen fort.

Den Hensern entkommen.

Petersburg, 17. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Ministerium des Innern erhielt die Nachricht, daß heute Vormittag in einer Entfernung von 227 Werst von Petersburg auf der Warschauer Eisenbahn der von der Regierung der Schweiz wegen Teilnahme an dem Raubüberfalle auf die Moskauer Kreditgesellschaft ausgelieferte Wjelenzow sich aus dem Fenster des von Warschau kommenden Zuges hinausstürzte. Einer der ihn bewachenden Gendarmen sprang sofort nach. Trotzdem Wjelenzow sich starke Verletzungen zugezogen hatte, gelang es ihm, sich in den Wald zu flüchten. Soldaten durchsuchten gemeinsam mit den Bauern den Wald.

Ein Verlaß der Revolution.

Selisingfors, 19. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der hiesige Generalgouverneur erhielt von dem Gouverneur von Wäsa die Mitteilung, daß in der vergangenen Nacht von der Polizei und von Zollbeamten 90 Werst von Nikolajstad am Neerodder 180 Gewehre und 24.000 Patronen beschlagnahmt worden seien.

Die Agrarbewegung.

Die Agrarbewegung in Zentral-Rußland hatte im Sommer 1906 eine neue Gestalt angenommen. In zahlreichen Gebieten sind stromm durchgeführte weite Streiken umfassende ländliche Streiks ausgebrochen. Die gesamte Bauernbevölkerung eines Bezirks forderte genau festgesetzte sehr hohe Löhne für die Landarbeiter. Streikbrecher wurden gewaltsam entfernt und die Großgrundbesitzer blieben auf dem Trockenen. Der ursprüngliche Zweck der Streiks bestand meistens darin, den Großgrundbesitzern die Weiterführung der Wirtschaft ganz unmöglich zu machen und dadurch auf friedliche Weise ohne Erzeße die Bodenreform zu erzwingen. An vielen Orten wurde von den Gutsbesitzern Militär zu Hilfe gerufen; es geschah mehrmals Zusammenstöße mit Bauern; in einigen Gegenden, wie in mehreren Streiken des Gouvernements Woroneß, ging die friedliche Agrarbewegung in eine gewaltsame über, Herrenhöfe wurden eingekerkert. Im großen und ganzen gelang es nicht, den passiven Widerstand der streikenden Bauernbevölkerung zu brechen. Mit großer Besorgnis wurde von den Großgrundbesitzern der Zeit der Erntearbeiten entgegengesehen; würde das Korn auf den Herrengütern ungenügend zugrunde gehen oder würden Bauern es sich gewaltsam aneignen? Das letztere ist mehrmals tatsächlich eingetroffen. Die Streikbewegung aber nahm meistens eine neue Gestalt an: es wurden zwischen Gutsbesitzern und Bauern Einverständnisse erzielt und solche Löhne für die Landarbeiter festgesetzt, welche die früheren um das Dreifache überstiegen, aber für die Herren nicht unerträglich waren.

Eine der Gegenden, wo die Streikbewegung am stärksten vor sich ging, war der Kreis Koslow (Gouvernement Tambow). Die liberale Moskauer Zeitung „Swobodnaja Schina“ Nr. 10 bringt ausführliche Angaben über den Verlauf der Erntearbeiten im Kreise Koslow. Die organisierte Streikbewegung hatte die Nachtstunden mehr erschreckt, als die früheren Elementarstürche der Volksleidenschaften. Militär wurde in die Dörfer geschickt, einflußreiche Bauern auf den Gemeindeversammlungen verhaftet usw. Es blieb aber alles ohne Erfolg. Der ursprüngliche Zweck, nämlich das Verjagen der Herren durch den Streik, wurde zwar nicht erreicht; als Ergebnis der Bewegung wurde aber ein sehr hoher Gewinn für die Bauernschaft erzielt. Der Lohn für die Arbeiter auf einer Desjätine hatte früher 5 Rubel betragen, durch den Streik wurde er bis 15 Rubel erhöht. Der Tageslohn hing von 50 Kop. bis 1 Rub. 10 Kop. für die Männer, und von 30 Kop. bis 60 Kop. für die Frauen. Für die Patrats (Gefinde) stieg der Lohn von 60 Rubel jährlich bis 15 Rubel monatlich (mit Befristung seitens des Herren). Bei der Durchführung des Streiks ist nicht alles einwandfrei gelaufen; zwischen verschiedenen Dörfern sind Zwistigkeiten ausgebrochen, und die Frage, wer auf diesen oder jenem Gute arbeiten sollte, wurde bisweilen durch Schlägereien entschieden; innerhalb der einzelnen Dörfer wurde gestritten, wer die Arbeiten übernehmen sollte; bisweilen wurden die Arbeiten von den Bauern in der Reihenfolge ausgeführt, die reichsten Bauern (die früher nie Lohnarbeiten übernommen hatten) beteiligten sich auch an den gegenwärtig so vorteilhaften Arbeiten, die ärmeren (die früher beständig bei den Gutsbesitzern gearbeitet hatten) fühlten sich beeinträchtigt; die Herren benutzten diese Zwistigkeiten, um die Löhne herabzusetzen. Im ganzen aber verlief die Bewegung in begeistelter Stimmung und mit überraschendem Erfolg. — So weit die „Swobodnaja Schina“.

Die Hungernöte.

Aus der Provinz gehen den Petersburger Blättern fast täglich Nachrichten zu, daß die Bauern hungern, erkranken und unter furchtbaren Qualen sterben. Die kasimirsche Filiale des Komitees der kaiserlichen Freien ökonomischen Gesellschaft hat eine Mitteilung des „Dobrotwy Wel“ zufolge jede Döpfung aufgegeben, die Genehmigung zur Eröffnung von Speisekellern zu erhalten und hat sich daher dazu entschlossen, der Bevölkerung die Verpflegung in Naturalien nach dem Maßstabe auszubehändigen, daß der Aufwand pro Hektar monatlich 1 Rubel 20 Kopeken (2,50) beträgt. Die Bauern des Gouvernements Jambatta zogen in früheren Winterjahren stets nach dem benachbarten Uralgebiet, indes sind dort die Löhne so stark gefallen, daß sich der eingewanderte Einzelarbeiter wohl ernähren, nichts aber für seine Familie ersparen kann. Hierzu tritt noch die Frage der Ernährung des Viehes, für das kein Futter vorhanden ist.

Der Korrespondent des Blattes hat eine Bauernhütte in einem hungernden Dorfe aufgesucht, in welcher er einen Greis und eine Frau vorfand, die vier Tage nichts genossen hatten. Sie klagten darüber, daß ihnen die Gammern schwellen und der Leib, aber der Tod sich noch nicht einstellen will. Als man ein Stück Weizenbrot vor

den Greis hinlegte, wollte er seinen Augen nicht trauen, daß er wirkliches Brot vor sich sehe, und noch weniger glauben, daß er das Brot essen dürfe. Als man auch der Frau das Brot reichte und sie den Versuch machte, es zu essen, stellte sich heraus, daß der Storch schon zu weit bei ihr vorgeschritten war. Sie konnte vor starken Schmerzen nichts mehr essen, aber ihr Blut hastete mit wahnsinniger Eile auf den Gehirnen.

Zahlreiche verarmte halb kerkelbete Bauern streifen an den Ufern der Wolga umher und suchen nach Arbeit. Eine derartige Gruppe von Bauern aus Simbust hatte sich nach Strachan durchgeschlagen und beschloß, da sie keinen anderen Ausweg vor sich sah, ihre Frauen in den britischen öffentlichen Häusern zu 20 Rubel (12 R.) pro Frau zu verpachten. Dieses entsetzliche Geschäft schloßen sie schriftlich ab und verpflichteten sich zu einem Reugel, wenn sie aus irgend welchen Gründen von ihrer Abmachung zurücktreten sollten.

Die Depeschen der offiziellen russischen Agentur bringen neue Nachrichten von der wachsenden Not; im Süden, in den Gouvernements Jekaterinoslaw, Poltawa und anderen beginnt das bereits geschätzte Getreide auf dem Felde zu faulen, da anhaltende Regengüsse jede Erntearbeit unterbinden, ebenso auch in anderen Gouvernements. Damit verschlechtert sich die Lage der Hungerragons um ein weiteres.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. August.

Die Verantwortlichen des Vertuschungssystems.

Das Organ des Herrn Erzberger, das Stuttgarter „Deutsche Volksblatt“, beröfentlicht in seiner Dienstagsnummer einen Artikel, dessen Spitze sich ganz unverkennbar gegen sehr hochbeamtete Personen richten. In diesem Artikel wird ausgeführt, das „Berliner Tageblatt“ hätte vor einigen Tagen auch darauf hingewiesen, daß Voelplau schon vor längerer Zeit und besonders in einer Eingabe vom 22. November 1904 den Herrn Reichskanzler auf die einer Abhilfe dringend bedürftigen Mifstände innerhalb der Kolonialverwaltung hingewiesen habe. Das sei richtig. Denn in der genannten Anzeige des damaligen Geheimen Sekretariatsassistenten an den Herrn Reichskanzler heiße es nach zudoriger Anführung sehr schwerwiegender Tatsachen wörtlich:

„Als Angehöriger des Deutschen Reiches halte ich mich nicht nur für berechtigt, sondern sogar direkt für verpflichtet, Eure Excellenz, als dem verantwortlichen Reichskanzler, Vorstehendes und erforderlichenfalls weiteres anzuzeigen, da die beregten Handlungen und Unterlassungen in unsern gemeingefährlichen Verbrechen gleich zu achten sind, als sie Gut und Leben unserer Landsleute gefährden und bereits schwer geschädigt haben. Das deutsche Volk hat seine Angehörigen und sein Vermögen zu besseren Zwecken nötig, als daß es beides der Selbstsucht und den Verdrößerungen einzelner zum Teil von Regierungsbeamten direkt protegierten, unehrenhafter Beamten objekt. Der Wunsch Friedrichs des Großen in seinem politischen Testament für Preußen, das letzteres stets mit Gerechtigkeit, Weisheit und Nachdruck regiert werde, daß es durch die Milde der Gerechtigkeit der gerechteste, mit Rücksicht auf die Finanzen der am besten verwalte und durch ein Heer, das nur nach Ehre und edlem Ruhme strebt, allezeit der am besten verteidigte Staat sein möge usw.: Dieser Wunsch gilt jetzt selbstverständlich auch für das Deutsche Reich. Um diesen Wunsch des deutschen Volkes aber zu erfüllen, ist wie Eure Excellenz wohl nicht zweifelhaft sein wird, in der Kolonialverwaltung eine Reformation an Haupt und Gliedern, d. h. in der Kolonialabteilung hier wie in den Schutzgebietsverwaltungen erforderlich. Es ist in dieser Zeit allgemeiner Unzufriedenheit und Gärung doppelt notwendig, daß Eure Excellenz mit den erwiesenen unfähigen und selbst verdrößerischen Elementen im Beamtenkorps aufräumen. In dem ich von einem bisher schlecht unerrichteten Reichskanzler an einen besser zu unterrichtenden Reichskanzler appelliere, rufe ich: viderant cancellarius no quid detrimenti res publica capiat!“

Auf diese Eingabe des durch seine amtliche Information über die koloniale Mifwirtschaft authentisch informierten Beamten erfolgte — so versichert das Organ des Herrn Erzberger — nichts. Es sei denn, daß man den Versuch gemacht habe, diesen Beamten — für geistesgestört zu erklären!

Das „Deutsche Volksblatt“ schreibt nämlich weiter:

„Ein jeder, zumal derjenige, welcher Beamtenverhältnisse kennt, wird bei einer solchen ungewöhnlichen und eindringlichen Vorstellung des Geheimen Sekretariatsassistenten Voelplau an seinen höchsten Dienstvorgesetzten, den Reichskanzler, berechtigterweise fragen, was der Reichskanzler hieran getan hat. Die Antwort ist leider die, daß der Reichskanzler auf diese Vorstellung des Voelplau, wie auf frühere nicht weniger dringende Vorstellungen desselben nichts veranlaßte; weder gegen die von Voelplau schwer beschuldigten namhaft gemachten hochgestellten Beamten, noch gegen den so überaus schwere Anschuldigungen erhebenden Voelplau. Demersit ist hierbei, daß die Erklärung des verstorbenen Staatssekretärs v. Nicht-hofen im Reichstage am 14. Dezember 1905, daß die größte Wahrscheinlichkeit dafür bestand, daß Voelplau an Querulantenwahnsinn litt, und daß der erste Arzt, der Voelplau — für die vom Auswärtigen Amte beabsichtigte zwangweise Pensionierung — untersucht hatte, in der Tat seinen Geisteszustand für nicht normal erklärt hat“ — den amtlich feststehenden Tatsachen direkt widerspricht. Denn wie aus den Voelplau selbst zugestellten amtlichen Protokollen hervorgeht, ist weder von der Behörde bei Voelplau an Querulantenwahnsinn vermutet, geschweige als wahrscheinlich angenommen, noch jemals von dem betreffenden Arzt der Geisteszustand Voelplaus für nicht normal erklärt worden. Der betreffende Arzt hat vielmehr von vornherein und zwar schriftlich und an Eidesstatt dahin sich geäußert, daß „eine Störung der Geistesfähigkeit bei Voelplau nicht vorhanden ist“. Erst als am 28. Januar 1905 Dr. Müller-Sagan, welchem als Reichstagsabgeordneten, d. h. als einem nach der Reichsverfassung berufenen Vertreter des deutschen Volkes und Kontrolleur der Verwaltung Voelplau sich anvertraut und von seinen vielen unbeachtet gelassenen Vorstellungen an den Reichskanzler Kenntnis gegeben hatte, letzteren mit Bezug auf die Beschuldigungen Voelplaus persönlich interpellierte, da versprach der Reichskanzler dem Abgeordneten eine sofortige Untersuchung der von Voelplau zur Sprache gebrachten Mifstände. Tatsächlich beauftragte der Reichskanzler den Chef der Reichskanzlei v. Loebell „citissime mit Feststellung des Sachverhaltes und weiterem Vortrag in dieser Angelegenheit“. Das Ergebnis der Feststellung des Sachverhaltes und des, wie man annehmen muß, stattgefundenen Vortrages v. Loebell beim Reichskanzler war nun aber — man denke hierbei an die im Reichstage wie in der letzten Zeit durch die Presse bekannt gewordenen Kolonialskandale! — daß, daß lediglich gegen Voelplau wegen Vertuschung der Amtsverfahrenheit das Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung eingeleitet wurde, weil er von dem nunmehr bekannt gewordenen, wie von anderen, von der Behörde nicht beseitigten Mifständen dem Abgeordneten Dr. Müller-Sagan and, wie sich herausstellte, auch dem Abgeordneten Roeten deshalb Kenntnis gegeben hatte, damit diese den Reichskanzler zu der erforderlichen Remedur veranlaßten!“

Man ist ja durch die Kolonialskandale an starken Tabak gewöhnt worden — aber diese Enthüllungen eröffnen denn doch den Einblick in ein Vertuschungssystem, wie man es kaum hätte für möglich halten sollen!

Auffallenderweise hat bis jetzt die „große“ Zentrums- presse diesen Kapitalfall totgeschwiegen! Und dabei klagt dieselbe Presse darüber, daß die Kolonialverwaltung nur den kleinen Sündenböcken zu Leibe gehe! —

Zum Breslauer Blutbadprozeß

Schreibt die „Breslauer Volkswacht“:

„Jetzt haben wir die Anklageschrift gelesen, haben auf 76 Großfoliosseiten die vom Staatsanwalt und von Jürke „mittelten“ Ergebnisse der „Beweisaufnahme“ der Voruntersuchung studiert, haben mit wachsendem Erstaunen nach Argumenten gesucht, die die Angeklagten als Verbrecher, als Anführer, als Terroristen, als — ja als was denn noch? erscheinen lassen könnten. Alles umsonst. Das Ergebnis einer 17 wöchentlichen Untersuchung ist so mager wie Poddjelskis Fell die ist.“

Alles war ein grauer Spul. Ein häßlicher Traum. Ein daherschlängelndes Gespenst. Ein Roman das Ganze.

Zu dieser Anschauung kommt, wer Geduld dazu hat, daß den 48 noch übrig gebliebenen Angeklagten soeben zugegangene 76 Seiten lange Elaborat des Staatsanwaltes und des Herrn Jürke zu studieren. Wir hatten die Geduld. Wir, die wir jenen denkwürdigen Abend am Striegauerplatz selbst mit erlebt, die wir die Wustfüren noch an unfernen Stiefeln sehen, die wir die verlorenen Revolverkugeln der gegen Wehrlose — „kämpfenden“ Polizisten noch bei uns tragen — wir haben mit Eifer studiert, wie die Anklagebehörde jenes Niederstehen und Niederschlagen braver Arbeiter, Frauen und Kinder bewertet.

Es war nur ein Roman. Was da die Zeitungen von Taten der Polizisten gemeldet — alles nicht wahr! Was die Hunderte von Augenzeugen der empörten Öffentlichkeit mitgeteilt — alles nicht wahr! Was uns die zerstochenen Opfer und Blühlinge selbst erzählt — alles nicht wahr! Ja, was wir selbst auf den blutenden Körpern der Opfer als Spuren von Säbelhieben gesehen, was uns damals das Blut in den Adern erstarren ließ, was wir in den Operationszimmern der Ärzte und Krankenhäuser mit eigenen Augen erblickt — alles, alles nicht wahr! Ein Roman, nichts weiter! Ein grausames Phantastiegemälde. . .

So erzählt uns die Anklageschrift. Ach: Das befreiende Gelächter ganz Deutschlands möchten wir hören, wenn wir das Elaborat hier abdrucken! Wie werden die Graf Pfeil, Präsident Dienko e tutti quanti dem Staatsanwalt gratulieren, daß das Geseh und hindert, das zu tun! Und doch: wie töricht von ihnen! Bleibt doch den Verfassern des Dokuments nur eine „Galgengasse“, nur eine „Keine Ewigkeit“. In wenigen Wochen wird das grelle Licht der öffentlichen Gerichtsverhandlung die letzten Schleier zerreißen und der aufstrebenden Welt zeigen, was die finsternen Schreihüben der Jürke und Hensel bisher als großes, nicht einmal den Verteidigern der Angeklagten zugängliches Geheimnis gehütet, gehegt und gepflegt. . .

Von dem köstlichen „Ergebnis der Ermittlungen“ dürfen wir leider nichts mitteilen. Dagegen ist es mindestens ebenso interessant, zu erfahren, was alles — nicht in der Anklageschrift steht.

Kein Wort davon, wer dem Viehwald die Hand abgehakt hat, kein Wort davon, wer den Arbeiter, der einen alten Greis schlugen wollte, niedergestochen, kein Wort davon, wer fliehende von hinten zerstoßen, kein Wort davon, wer die 74 Schritte lange Blutlache verschuldet, kein Wort davon, wer den Tod des Arbeiters Bauch herbeigeführt, kein Wort davon, wer auf Frauen und Kinder eingeworfen, kein Wort davon, wer gedroht, dem Kinde, das eine Mutter an der Pöfenerstraße auf dem Arme trug, den Kopf abhacken zu wollen, kein Wort davon, wie Polizisten blindlings in die fliehenden Massen gehauen, kein Wort davon, daß lange, lange Stunden vor dem „Krawall“ ungezählte Polizisten durch ihr Bewachen der Arbeitswilligen die Menge gereizt, kein Wort davon, daß lange vor dem 19. April die Säbel geschliffen und die Revolver angeschafft worden waren, kein Wort davon, was auf der Polizeiwache die Ursache jenes entsetzlichen Schreckens war, das noch heute Hunderten in den Ohren gellt, kein Wort davon, daß sogar Arbeitswillige, Beamte und bürgerliche Blätter die alleinige Schuld an der furchtbaren Schmach der Polizei zugehoben, kein Wort davon, daß sogar die, die zur Ruhe mahnten, grausam mißhandelt wurden — kurzum: Das Wesentliche an der ganzen Affäre existiert für den Staatsanwalt nicht!

Dafür aber führt er eine stattliche Kolonne von 113 Zeugen, meist Polizisten und Arbeitswillige, auf, die bezeugen sollen unter Anrufung Gottes des Allmächtigen und Allwissenden, daß Grausames am 19. April begangen worden ist und gerochen werden muß an den — Opfern des Blutbades! . . .

Der Prozeß wird einem kolossalen Umfang annehmen. Von der Verteidigung dürften noch mindestens 100—150 Entlastungszeugen geladen werden, die die Wahrheit unverhüllt und rückwärtslos zu sagen bereit sind und hoffentlich dazu beitragen werden, das Spinnwebwerk staatsanwaltlicher Anklagekunst radikal zu zerreißen und den Urhebern des „Romans“ ihre Dokumente in Fetzen zerrissen zu Füßen zu legen. —

Und dann werden wir weiter sehen.“

Deutsches Reich.

Wird Kob gegangen werden?!

In Wilhelmshöhe findet heute eine Konferenz Wilhelms II. mit Hilow statt. Unmittelbar vor dieser Konferenz tauchte nun die Behauptung auf, daß das Schicksal Poddjelskis bereits entschieden sei. Das „Reich“ wollte wissen, daß der Kaiser Herrn v. Poddjelski aufgefördert habe, seinen Abschied einzureichen. Auch die Antwort Poddjelskis wies es bereits mitzuteilen.

Diese Nachricht erhielt dadurch eine gewisse Bestätigung, daß auch die agrarische „Dtsche Tagesztg.“ ankündigte, daß Herr v. Poddjelski „in den nächsten Tagen“ sein Rücktrittsgesuch einreichen werde. Ja, dieses Blatt nannte bereits zwei Kandidaten für den vakanten Posten, und zwar den früheren Leiter der Reichskanzlei, jetzigen Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Herrn v. Conrad, und den Grafen Schwerin-Löwis, den Präsidenten des preussischen Landwirtschaftsrates. Der erste wäre dann der Kandidat des Reichskanzlers, der zweite der Kandidat der Agrarier.

Demgegenüber meldete das zuweilen halbamtliche Scherblatt:

Eine Reihe hiesiger Parteiblätter hat gestern Abend die Nachricht verbreitet, der Kaiser habe den Landwirtschaftsminister von Poddjelski aufgefordert, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Demgegenüber ermächtigt und der auf seinem Gute Dalmin weilende Herr Minister, mitzuteilen,

„daß ihm bis zur Stunde weder von einer solchen Aufforderung Seiner Majestät etwas bekannt sei, noch daß er sein Abschiedsgesuch eingereicht habe.“

Danach wäre die erwähnte Nachricht vorläufig als eine der Entwicklung der Dinge vorausseilende Kombination zu betrachten, die in der Gespanntheit der Lage ihre Erklärung findet.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt in seiner heutigen Abendnummer:

Die Frage, ob Herr v. Bobbielski preussischer Minister bleibt, dürfte noch heute entschieden werden, wenn sie zu dieser Stunde nicht schon entschieden ist. Bis in die letzten Tage hinein waren die Anhänger des Landwirtschaftsministers eifrig am Werke, um Stimmung für ihn zu machen. Kreise, die das Ohr des Kaisers haben, ist Herr v. Bobbielski als der Vertreter des offenen, mannhaften Wortes vor Königsthronen gerühmt worden als derjenige, der nicht wie andere sich bemühe, die Dinge im offiziellen Nebel erscheinen zu lassen, sondern der stets die Dinge so schildere, wie sie seien. Danach ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die jüngste von reaktionärer Seite ausgestreute Meldung von dem bevorstehenden Rücktritt des Herrn v. Bobbielski durch tatsächliche Erwägungen veranlaßt worden ist, durch Erwägungen, die auf Stimmungen und Gefügensheiten des Kaisers berechnet waren. Ob diese Freiberer die gewünschte Wirkung haben werden, dürften die nächsten Stunden lehren.

Diese Vermutungen zeigen wieder, von welchen eigenartigen Umständen bei uns das Bleiben oder Gehen eines Ministers abhängig ist! —

Die Agrarier kämpfen um ihren Bod!

Die „Deutsche Tages-Zeitung“ legt sich heute abend in Sperr- und Fettdruck für ihren Liebling Bod und andere Lieblinge ins Zeug. Sie schreibt:

Wir haben schon in der Morgennummer kurz angedeutet, daß wir keinen tatsächlichen Grund erkennen könnten, der den Landwirtschaftsminister veranlassen sollte, jetzt sein Abschiedsgesuch einzubringen. Seine indirekten Beziehungen zu der Firma Toppelskirch u. Co. können den Anlaß nicht bilden. Denn wenn das Vorhandensein dieser Beziehungen seine Berufung zum Staatssekretär und nachher zum Minister nicht hinderte, so könnte sie dadurch nicht zum Hindernis der Weiterführung des Amtes werden, daß sie in einem Teil der Presse mit großer und häßlicher Gehässigkeit neuerdings besprochen worden sind.

Nur dann würde die Sachlage geändert sein, wenn in den Beziehungen des Ministers zur Firma v. Toppelskirch u. Co. sich in den letzten Jahren etwas geändert hätte. Es sind nun ja einige Änderungen erfolgt. Die Geschäftanteile des Ministers sind auf seine Gattin übergegangen; es ist die Gütertrennung vollzogen worden. Dadurch ist sein Verhältnis aber selbstverständlich nur unbedenklicher und noch korrekter geworden. (Welch gekünstelte Reivertät!)

So liegen die Dinge; und wenn sie so liegen, dann können wir durchaus nicht einsehen, wie das indirekte Verhältnis des Ministers zur Firma v. Toppelskirch u. Co. ihn bestimmen sollte, sein Abschiedsgesuch einzubringen, oder wie dadurch die maßgebende Stelle veranlaßt werden könnte, ihn dazu aufzufordern. Die Entlassung und Berufung der Minister ist ausschließlich Sache der Krone. Es würde eine Annäherung und auch eine Unflughet sein, dareinreden zu wollen. Das aber darf und muß gesagt werden, daß die Verabschiedung des Landwirtschaftsministers jetzt vor dem Abschluß der Untersuchung gegen den Major Fischer als ein Triumph der Presse aufgefaßt werden müßte, deren Hege sich in den letzten Tagen nicht nur den Landwirtschaftsminister, sondern noch höhere Stellen zum Ziele genommen hat. Nur dann würde eine andere Auffassung Platz greifen, wenn, — was wir nicht wissen und nicht glauben, — Dinge bekannt geworden sein sollten, die das Verhältnis des Ministers zu Toppelskirch u. Co. in einem anderen Lichte erscheinen lassen würden.

Man sieht, wie sehr den Brot- und Fleischwucherern ihr geliebter Bod aus Herz gewachsen ist. Man sieht auch, wie sehr sie den Reichstanzler — denn auf ihn zielt offenbar die Anspielung auf „die noch höheren Stellen“ — als einen der Jünger betrachten!

Wir sehen dem ganzen Schauspiel höchst gelassen zu. Wird Bod gegangen — nun, so erhält der Toppelskirch-Standal dadurch ein interessantes Relief. Bleibt Bod, so bleibt eben ein Kompagnon der Monopol-Malker-Firma Toppelskirch am ministeriellen Ruder. Und sind beide Lösungen nicht unangenehm! —

Herr Haffe, der Volksfreund.

Vor längerer Zeit hatte der „Vorwärts“ bereits ein köstliches politisches Geständnis des ehemaligen national-liberalen Reichstagsabgeordneten und jetzigen Reichstagskandidaten für den 10. sächsischen Wahlkreis niedriger gehängt. Es lautete:

„Eine gewisse Geistesbildung verträgt sich eben nicht mit der ausschließlichen Beschäftigung einer geistlos-dümmen, mechanischen, schweren und schmutzigen Arbeit. Man sucht soviel nach den Gründen der Landflucht. Der tiefste Grund derselben liegt in der strengen Durchführung der allgemeinen Volksschulpflicht und etwa gar noch der allgemeinen Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschulen.“

Wer soll also in Zukunft die schweren und schmutzigen Arbeiten verrichten, die die auf Arbeitsteilung beruhende Volkswirtschaft doch nun einmal braucht? Wir sind in Deutschland bisher gedankenlos an dieser Frage vorbeigegangen. Man muß sich endlich darüber klar werden, daß sie nur eine ganz bestimmte Anzahl von Möglichkeiten zur Lösung zuläßt.

Entweder wir halten einen bestimmten Teil unseres eigenen Volkes auf unserer niedrigsten Stufe der Arbeiterorganisation der Gesellschaft, dann aber auch der Kultur fern, und wir verzichten dann auf die Graftsamkeit, diesen Teil des Volkes durch eine hohe Volksschulbildung mit den Ansprüchen auf eine höhere Lebenshaltung auszustatten. Diese Art der Lösung in einem Staate, dessen Grenze gegen die Einwanderung abgeschlossen ist, wäre die wünschenswerteste vom Massenstandpunkt aus betrachtet.

Unsere sächsischen Genossen haben diesen offeneren Anspruch jetzt gebührendermaßen ausgeprochen. Sie sind der Ueberzeugung, daß Herr Haffe mit seiner Ansicht, es sei nur ein Akt herrenmenschlicher Warmherzigkeit, wenn die nun einmal nach der göttlichen Weltordnung des Kapitalismus zum Arbeitsvieh prädestinierten Proletarier auch auf der Stufe tieffter geistiger Inkultur gehalten werden, bei den proletarischen Wählern am 22. Oktober, dem Tage der Wahl, wenig Gegenliebe finden werde. Das ist in der Tat nur allzu wahrheitsähnlich!

Herr Haffe hat freilich nur die Motive ausgeplaudert, die für die National-Liberalen bei ihrem Kompromiß in Sachen der Schulverpflchtung bestimmend waren! —

Verlegenheitsauskünfte.

Der „Post“ ist unsere Annäherung ihrer arbeiterfeindlichen Auskünfte in Sachen der christlich-sozialen Arbeiterkandidaten begrifflicherweise recht unangenehm. Sie sucht sich heute durch allerlei Ausreden aus der Patzche zu ziehen. So schreibt sie:

Was nun die Frage der Arbeiterkandidaturen an sich betrifft, so scheint auch die Sozialdemokratie nicht gerade sehr von dem Vorzuge derselben überzeugt zu sein. Wie käme es sonst, daß sie in ihrer Reichstagsfraktion so verschwindend wenig Arbeiter zählt, aber so zahlreiche Mentors, aus ihrem Stände ausgestohene und noch nicht ausgestohene Rechtsanwälte, jüdische Literaten und dergleichen. Bei der Sozialdemokratie stehen Raten und Worte in dieser Beziehung in höchstem Widerspruch. Wir dagegen vermahnen solche Heuchelei und sprechen es offen aus, daß wir das systematische Bestreben, ausschließlich nach Vertretern einer be-

stimmten Klasse für den Reichstag zu kandidieren, für verkehrt halten. Es kommt im allgemeinen weniger auf die Berufstellung des Abgeordneten an als auf seine politische Anschauung und Einsicht. Daß aber in dieser Beziehung die Kreise von Geist und Bildung den Kreisen der Handarbeiter gegenüber im allgemeinen überlegen und somit als Volksvertreter mehr berechtigt sind, weil sie infolge reicherer Erfahrung und vielseitigerer Geistesbildung einen weiteren, aber die speziellen Verhältnisse ihres Standes mehr hinausreichenden Blick besitzen, bedarf kaum eines Hinweises. An diesen unbestreitbaren Tatsachen kann kein sozialdemokratischer Protest, und sei er noch so wütend, etwas ändern.“

Der Hinweis auf die schwache Vertretung im Verufe tätiger Handarbeiter in der sozialdemokratischen Fraktion ist recht unglücklich. Denn der Essener Aufruf der christlich-sozialen Arbeiter trägt sich ja gerade darauf, daß jetzt infolge der Diäten die in der Reichstag gewählten Arbeiter ihren Beruf aufgeben und sich berufsmäßig der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterinteressen widmen könnten! Und daß das Gros der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder dem Kreise der Handarbeiter entstammt, ist ja oft nachgewiesen worden. Um so schlimmer, daß nicht auch die so arbeiterfreundlich sich gebärenden bürgerlichen Parteien durch Gewährung einer fraktionellen Entschädigung auch Arbeitern die Ausübung eines Reichstagsmandats ermöglichen!

Im übrigen braucht nur festgestellt zu werden, daß die „Post“ gestern ihre Warnung vor den Arbeitervertretern nicht mit dem angeblich geringeren Bildungsgrad, sondern damit begründete, daß auch christliche Arbeitervertreter in sozialpolitischen Fragen mit den Sozialdemokraten an einem Strange ziehen würden! —

Das gemeinste und unanständigste Blatt. Die „Freisinnige Zeitung“ weiland Eugen Richters hält darauf, daß ihr dieser wohlverdiente Ruf nicht verloren geht. Zur Weidung der „Sächs. Arbeiterzeitung“ von der bevorstehenden Verabschiedung des Genossen Parvus schreibt das würdige Organ des deutschen Wasserstiefel-Freistums:

Der sozialdemokratische Schriftsteller Helfhand, der sich früher in Deutschland aufhielt und unter dem Namen Parvus schrieb, verweilt seit einiger Zeit in Rußland. Zweifellos um für sich Reklame zu machen, hat er der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ein Telegramm geschickt, daß er beabsichtige, demnächst nach Sibirien zu verziehen zu werden.

Eine elendere Rohheit ist wohl nicht auszubedenken. Seit vielen Wochen ist Genosse Parvus Gefangener in der fürchterlichen Bastille des Zarismus, der Peter Paul Festung; die Verabschiedung nach dem Totenhause Sibirien steht ihm bevor. Was dem sicheren Märdchen ging er nach Rußland, weil die Pflicht ihn rief. Leben und Freiheit setzte er mutig aufs Spiel. Und der Krieg hat ihn verlohren. . . .

Und angeführt dieses erhebenden, erschütternden Beispiels von Mannestreu und Mannesmut, von Hingabe, von Opferbereitschaft, da wagt es ein Blatt des deutschen Freistums zu schreiben: „... wahrscheinlich, um für sich Reklame zu machen...“!

Wie muß es im Hirn und Herz des elenden Buben aussehen, der das schreiben konnte! Ist er schließlich nicht mehr zu bedauern als zu verachten, dieser Repräsentant deutschen freigesinnten Bürgertums?

„Staatsbürger-Zeitung“ und „Reich“, das edle Geschwisterpaar, haben übrigens dem Gefangenen des Zarismus auch einige Felsstuftritte versehen zu müssen geglaubt. Sie erklären:

Es ist nicht unsere Art, über menschliches Unglück zu spotten, aber die deutschen „Genossen“, die in Rußland verhaftet und bestraft werden, können kein Mitleid verlangen, denn sie haben doch lediglich die Suppe anzuschmecken, die sie sich selber eingebrockt. . . .

Wo und wann haben wir das Mitleid der Städterippe verlangt? Wir danken für das Mitleid der deutschen Gefinnungsgenossen der russischen Hooligans. Mögen sie sich nur so unmeniglich geben, wie sie vermögen. Es gibt das immerhin einen ganz hübschen Kontrast, wenn man sie später einmal wieder mit zum Himmel erhobenen Augen plärren hört: „Liebet eure Feinde!“ —

Hausland.

Schweiz.

Die Massenbewegungen aus Zürich.

Zürich, 16. August. (Fig. Ver.) 31 Arbeiter wurden gleichzeitig mit unserem Genossen Hauth von der Regierung aus dem Kanton Zürich ausgewiesen. 16 Italiener, 13 Deutsche und drei Oesterreicher und zwar wegen „Streikunruhen“. Von der Ausweisung irgend eines ausländischen Bourgeois wird nichts berichtet. Dagegen soll die Ausweisung weiterer Proletarier in Aussicht stehen.

Von dem Wüten und der Wache der Züricher Kantonsregierung ist jedes brave Patriotenherz entzückt, den Ausgewiesenen werden von der „guten“ Presse noch die obligaten Felsstuftritte verlegt und in ihrer Begeisterung fordert die „Neue Züricher Zeitung“ zum Unterzeichnen des Initiativbegehrens betreffend die den Lesern des „Vorwärts“ bekannte Buchausvorlage auf. Die Ausgewiesenen wandern nun weiter und verlässigen überall den traurigen Ruhm der tolen Bourgeoisrepublik Zürich.

Während aber die Regierung die Massenbewegung der begehrtlichen und kritischen „Schwaben“ und „Schwaben“ (schweizerische Schimpfwörter für Italiener und Deutsche) vornimmt, reisen die Agenten der Züricher Unternehmer in Deutschland und Italien, um mit schwerem Geld Streikbrecher einzufangen, also zufriedene „Lämmer“ und „Schwaben“ zur hinteren Tür wieder hineinzuverfrachten. Wahrscheinlich eine Komödie der Irrungen, eine Tragikomödie.

In der „Begründung“ der Ausweisung unseres Genossen Hauth leistet sich die Regierung folgende Staatsweidheit, nachdem sie erst erzählt, daß Hauth nur bis 1907 die Toleranzbewilligung erteilt worden sei, immer in der Meinung, daß im Falle nicht Wohlverhaltens die Bewilligung jederzeit und ohne weiteres wieder entzogen werden könne. Im Laufe der Jahre hat dann Emil Hauth seine frühere ruhige, private Tätigkeit aufgenommen und ist in die Öffentlichkeit getreten, indem er Redakteur des „Vollrecht“ wurde, wo er zurzeit an erster Stelle als verantwortl. zeichnet. Dieses „Vollrecht“ nimmt nun aber in der letzten Zeit eine Haltung ein, welche in hohem Grade geeignet ist, die Arbeiter gegen alle übrigen Bürger des Staates aufzuheben, sie mit Haß und Bitterkeit zu erfüllen und in ihnen, soweit sie keine andere Zeitung als das „Vollrecht“ zu lesen pflegen, die Meinung zu pflanzen, als ob im Kanton Zürich die Arbeiter minderen Rechtes seien als alle anderen Staatsangehörigen. Die Behörden, vor allem der Regierungsrat, werden in unanständiger Weise angegriffen, persönlich besudelt und ihnen bei ihren Amtshandlungen unflätthaste, niedere Motive untergeschoben.

Vor allem in der Angelegenheit der seit einigen Wochen ausgedrohten Arbeitsverweigerung hat das „Vollrecht“ eine Haltung eingenommen, welche im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung aufs tiefste zu bedauern ist. Für diese Haltung des „Vollrecht“ muß in erster Linie dessen erster Redakteur Hauth verantwortlich gemacht werden. Es ist daher angemessen, die Toleranzbewilligung ihm zu entziehen und ihn des Kantons Zürich zu verweisen. Der Regierungsrat beschließt: „Dem schriftlosen Redakteur Emil Hauth wird die vom Polizeivorstand der Stadt Zürich bis Ende 1907 erteilte Toleranzbewilligung entzogen und ihm der weitere Aufenthalt im Kanton Zürich binnen 14 Tagen zu verfallen, ansonst

polizeiliche Ausweisung erfolgt. Ohne Erlaubnis des Regierungsrats darf Hauth nicht mehr in den Kanton Zürich zurückkehren.“

Von irgend einem „Vergehen“ unseres gemäßigtesten Genossen ist mit keinem Worte die Rede. Die Kritik an der Regierung, den übrigen Behörden und ihren Handlungen ist erlaubt, aber sie wird nicht gern gesehen, man möchte sie am liebsten verbieten, und dem Ausländer gegenüber geschieht es auch, indem man ihn ausweist. Freilich geht darum die Kritik doch weiter und nun erst recht.

Der am Sonntag in Zürich stattfindende außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratie des Kantons Zürich wird sich mit dem Streikverbot und der Frage der Obstruktion in der Verwaltung und Gesetzgebung beschäftigen. —

Frankreich.

Kulturkampf.

Paris, 16. August. (Fig. Ver.)

Die zweite Enzyklika des Papstes über das Trennungsgesetz ist schärfer als die erste. Pius X. verdammt nicht nur neuerlich die von den gesetzgebenden Versammlungen der französischen Nation geschaffene Ordnung der kirchenpolitischen Verhältnisse, sondern er sagt seiner Verurteilung der Kultusassoziationen die Erklärung hinzu, daß auch die Form einer gleichzeitig legalen und kanonischen Assoziation unannehmbar sei. Diese Entscheidung ist wirklich überaus reichend, da man nicht nur in den französischen Regierungskreisen, sondern auch in den gemäßigten katholischen Kreisen geduldet hat, der Papst würde den Ausweg wählen, die Kirchengemeinden nach außen hin als gelegentlich konstituierte Kultusassoziationen organisieren zu lassen. Besonders peinlich wirkt die Enzyklika im niederen Alter, der sich schon ganz darauf eingerichtet hatte, die staatlichen Pensionen zu beziehen und nun vom Vatikan zum unerbetenen Mönchertum berufen wird.

Die Enzyklika widerspricht der politischen Berechnung so sehr, daß manche Interpreten mit aller Anstrengung friedlichere Töne aus ihr herauszuhören bemüht sind. So wird insbesondere darauf hingewiesen, daß manche Wendungen den Wunsch der Kurie auszudrücken scheinen, mit der Republik ein Uebereinkommen zu treffen, das nur die Unannehmlichkeiten des Gesetzes anhöbe. Aber ganz abgesehen davon, daß es der Würde der souveränen französischen Nation wenig anstünde, ihre Gesetze nachträglich der Zensur Roms zu unterwerfen, so ist es doch vor allem das Prinzip des Gesetzes selbst, die Forderung des Staates, die weltliche Ordnung unabhängig von der geistlichen zu ordnen und die religiösen Vereinigungen gleich den anderen staatlichen Säuglingen zu unterwerfen, die den verdamnenden Spruch des Papstes erweist hat. Hier ist ein Ausgleich nicht möglich, sondern nur eine Untertwerfung.

Was wird nun geschehen? Nach dem Trennungsgesetz müssen die Kultusassoziationen bis zum 11. Dezember 1906 konstituiert sein. Sind sie es nicht, werden die beweglichen und unbeweglichen Güter der Kirchen den kommunalen Wohltätigkeitsanstalten in den betreffenden Bezirken zugewiesen. Die Kirchengebäude aber werden zur freien Verfügung des Staates, des Departements und in den meisten Fällen der Gemeinde gestellt. Die Kirchen können also gesperrt oder sie können auch bestimmten anderen Vereinigungen für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt werden, etwa schismatischen oder freidenkerischen Verbänden. Natürlich stellt der Staat auch alle Gehaltsleistungen an die bisherigen Rupnieher des Kultusbudgets ein, er zahlt den Geistlichen keine lebenslänglichen oder zeitweiligen Pensionen.

Wird es die Kirche wirklich darauf ankommen lassen, daß der Gottesdienst unterbrochen und die ganze kirchliche Organisation erschüttert wird? Sicher beruht das zur Schau getragene Selbstbewußtsein mancher freidenkerischen Radikalen auf einer Unterschätzung der wirksamen kirchlichen Einflüsse auf die Massen. Man darf aber der Zusammenfassung der neuen Kammer dann doch nicht übersehen, daß das Verhältnis der Parteien in der Wählererschaft dem Stabilitätsmaß keineswegs so günstig war und daß die ausgesprochen reaktionären Parteien ein reichliches Drittel aller Stimmen vereinigt haben. Von der Macht der Geistlichkeit auf die Frauen ganz zu schweigen. Jedenfalls haben die Kirikalen auch genug Gemeindevormaltungen in den Händen, um der Regierung von da aus Schwierigkeiten zu machen. Allerdings, um einen Religionskrieg für die Kirche siegreich zu beendigen, dazu ist die religiöse Glut der heutigen Menschheit doch nicht stark genug.

Der Papst hat in dieser Erkenntnis vom gewaltsamen Widerstand abgesehen. Er gebraucht schließlich sogar die zweideutige, die Möglichkeit der Anpassung an das Gesetz einschließende Wendung, daß die Bischöfe alle Mittel, die das Recht allen Bürgern zuerkennt, anwenden sollen, um den religiösen Kultus zu organisieren. Meint der Papst wirklich nur die Ausübung des Kultus im privaten, den staatlichen Organen entzogenen Kreis? Auf diese Art fände die Kirche über kurz oder lang in ein Sektentum zurück, das des großen, für die stammesfeudigen Massen bestimmten dekorativen Apparats entbehrt und dem sicheren Verfall entgegenzinge.

So unser Pariser Korrespondent. Er beurteilt also die Enzyklika etwas anders, als wir gestern getan haben. Sie ist nach seiner Meinung doch eine Fanfare, eine Kriegserklärung. Das wird sich vielleicht in Paris besser erkennen lassen als hier. Uns wollte es scheinen, als sei der Satz von der eventuellen Gestaltung der verfassungsmäßigen Bildung von gesetzlichen, kanonischen Charakter tragenden Gesellschaften eine Hinterlist, durch die die Kurie doch zu einer Anpassung an das Gesetz zu gelangen hoffe. Und wir halten das auch heute noch nicht für ganz ausgeschlossen. —

Paris, 17. August. Die Blätter beschäftigen sich noch andauernd mit Besprechungen der päpstlichen Enzyklika. Unterrichtsminister Briand erklärte einem Interviewer, das Gesetz werde keinerlei Veränderungen erfahren, da es den Wünschen einer so großen Mehrheit der Bevölkerung entspreche. Sollte dem Gesetze erster Widerspruch bereitet werden, so habe der Papst die Kirche in eine schlimme Lage gebracht. Vor Einführung des Gesetzes habe der Minister sowohl die Möglichkeit eines Widerstandes als auch die Annahme des Gesetzes seitens des Papstes ins Auge gefaßt und entsprechende Maßnahmen vorgesehen; unter diesen befänden sich einige, welche der Kirche eine unangenehme Ueberraschung bereiten könnten. Aber er wolle noch immer in der Enzyklika des Papstes nur eine Paradekundgebung erblicken und er sei überzeugt, daß Pius X. geheime Instruktionen an die Bischöfe ergeben lassen werde, so daß er schließlich doch die dem Gesetze entsprechenden Kultusgenossenschaften akzeptieren würde. Briand erklärte noch, er werde bei Zusammentritt der Kammer die Situation darlegen. —

Italien.

Ein offizieller Kommentar zur Trennungsenzyklika. Aus Rom wird vom 17. August gemeldet: Der „Dierbatoro Romano“ veröffentlicht einen halbamtlichen Kommentar zur Enzyklika des Papstes, worin er sagt, im großen und ganzen habe der Papst erklärt, daß es Pflicht der Katholiken sei, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. —

China.

Eine verfuht- und teilweise Verfälschung? Einer Meldung der Londoner „Morning Post“ aus Shanghai zufolge beabsichtigt der Generalgouverneur Juanschikal, versuchsweise in der Provinz Tschili eine konstitutionelle Regierung einzuführen.

Die Nachricht klingt sonderbar. Bestätigt sie sich, und fällt dem Generalgouverneur nicht noch gegen das Ende die Zentralregierung

In den Arm, so hätten wir das Schauspiel, daß in China und Persien Fortschritte im staatlichen Leben gemacht werden, während in Preußen das — Dreiklassenystem gefestigt wird! —

Amerika.

Donville (Illinois), 16. August. Die Konferenz der republikanischen Partei des Kongresswahlkreises von Illinois hat einstimmig beschlossen, den jetzigen Präsidenten des Repräsentantenhauses, Joseph W. Cannon, als Kandidaten für die Präsidentschaft der Unionsstaaten aufzustellen.
New York, 17. August. Cannon erklärte in einer Rede, der Zolltarif müsse bleiben, besonders da die Arbeiter dadurch Vorteil hätten. Cannon widmete den letzteren den Hauptteil seiner Rede, zweifellos im Hinblick auf Compers Agitation gegen die Republikaner. (Zelt. 31g.)

Aus der Partei.

Der italienische Parteitag.

Rom, 17. August. (Privattelegramm.) Das Referendum über den Parteitag ergab für Rom 519 Stimmen, für Modena 436. Der Parteivorstand beschloß auf Antrag mehrerer Abteilungen, den Kongress bis zum 7., 8. und 9. Oktober zu vertagen.

Zum Parteitag in Mannheim nahm am Donnerstagabend die Mitgliedschaft Altona des Parteibereichs für den 8. und 10. Schleswig-holsteinischen Wahlkreises Stellung. Redakteur Emil Fischer erhellte eingehend die Tagesordnung des Parteitages und befaßte sich auch mit der Haltung der auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände als Redner aufgetretenen Abgeordneten in bezug auf die Beschlüsse des Jenaer Parteitages zur Frage des Waffenstreiks. In der Diskussion wurden alleseitig die auf dieser Konferenz geäußerten Ansichten einer eingehenden Kritik unterzogen, indem man sich auf den Boden der in Jena gefaßten Beschlüsse stellte. Der „Hirtenbrief“ der Abgeordneten des 6., 8. und 10. Schleswig-holsteinischen Wahlkreises entsprach keineswegs den Intentionen der Parteigenossen, was offen ausgesprochen werden mußte. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die Altonaer Parteigenossen nur die Beschlüsse des Parteitages in Jena in der Frage des Waffenstreiks für sich als bindend anerkennen und jede „Auslegung“ derselben zurückweisen.

Eine Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburg tagte am Donnerstagabend in Lütjens Etablissement in Hamburg. Den einzigen Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht der Pressekommision, den wir schon ausführlich wiedergegeben haben. Gegen die prinzipielle und taktische Haltung des „Hamb. Echo“ wurden Einwände nicht erhoben. Gestreift wurde auch die Frage der Verlegung und des Neubaus unseres Parteigeschäfts. Auf die Dauer sind die Räume in der Fehlandstraße zu eng, so daß sich ein Neubau nicht wird ungehen lassen. Es handelt sich aber nun darum: Wo soll später das Parteigeschäft errichtet werden? Gegen das seinerzeit ventilirte Warmbeker Projekt sprechen zu viele Gründe, vor allem die bedeutende Entfernung vom „Pulsschlag der Großstadt“ und der Verkehrseinrichtungen. — Dann wurde die Wahl der Mitglieder zur Pressekommision vollzogen.

Zum Mannheimer Parteitag. Es wird bekannt, so schreibt die „Volksstimme“, daß — nach dem Vorbruch der Mannheimer Stadtgewaltigen in der Lokalangelegenheit des Parteitages — nun auch in Heidelberg staatsbehaltende Kräfte am Werke sind, um die für einen Abend der Parteitagsperiode geplante festliche Beleuchtung des Heidelberger Schlosses zu hintertreiben. Man sieht, das „liberale“ Baden geht nach dem Abzuge des reaktionären Altenburg, dessen Regierung im vorigen Jahre bekanntlich dem Jenaer Parteitag den Besuch der Leuchtenburg unmöglich machte. Im übrigen brauchte der Parteitag nicht zu trauern, wenn die mehr speibürgerliche, als künstlerische Naturgenuss entprechende bengalische Schlossbeleuchtung wegfiel. Ein Nachmittags im Heidelberger Grünen ist unendlich schöner und geschmackvoller, als die Illumination der Ruine.

Dokzeilliches, Gerichtliches usw.

Die russische Schandwirtschaft in deutscher Haut. Die Magdeburger „Volksstimme“ meldet:

Als Herr Stolypin, der russische Ministerpräsident, die Duma nach Hause geschickt hatte, erließ er an die Gouverneure ein Rundschreiben, in dem er verschiedene Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ empfahl. Die „Volksstimme“ druckte dieses Rundschreiben ab und gab ihrer Vermutung über die Aufnahme, die es in Russland finden werde, Ausdruck, indem sie Stolypin als „reif für die rächende Bombe“ bezeichnete. Darin sieht nun die Magdeburger Staatsanwaltschaft die Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung (§ 111 des Strafgesetzbuchs), und sie beabsichtigt, Anklage gegen unseren Redakteur, den Genossen Wittmaack, zu erheben.

Die preussische Justiz sollte doch eigentlich an dem Königsberger Prozeß genug haben!

Der empfindliche Stadtrat. Der Rat der Stadt Chemnitz hat Strafantrag gestellt gegen den Verantwortlichen der „Volksstimme“, Genossen Mendel. Durch eine Notiz in Nr. 143 des Chemnitzer Parteiblattes fühlt sich der Rat in seiner Ehre schwer gekränkt. Jedemfalls geht der Strafantrag vom Oberbürgermeister Dr. Wed. aus, von dem in der Notiz gelagt wird, er betone bei Gelegenheit mit iliger Selbung, daß den ärmeren Mitbürgern Wohlwollen gezeigt wird. Daran knüpfte sich eine Kritik, in der es u. a. hieß, daß man die Reden und die sozialpolitischen Laten der Besühenden richtig zu beurteilen verstehen müsse.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse.

Vor uns liegt das Programm der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, die, von der Generalkommision veranfaßt, am kommenden Montag ihren Anfang nehmen. Wir sehen daraus, daß die Gewerkschaftsbewegung bereits die vom Genossen Bringmann vermittelte Theorie hat; natürlich nicht in dem Sinne, daß sie eine andere Gesellschaftslehre aufstellt, als die bahnbrechenden Theoretiker des Sozialismus sie fanden. Aber eine Theorie der Gewerkschaftstaktik ist natürlich vorhanden und muß vorhanden sein, wenn nicht der Gewerkschaftsführer planlos von Fall zu Fall sich mit den Verhältnissen abfinden soll, ohne festes Ziel vor den Augen, ohne die Wirkung seiner Maßnahmen übersehen zu können.

Wie wir das Programm der Unterrichtskurse vor uns sehen, scheint es wohl geeignet, der Gewerkschaftsbewegung Segen zu bringen. Es schafft nicht neue Waffen im Kampfe mit dem Kapitalismus, aber es schärft die vorhandenen, macht sie schneidiger in der Hand der Kämpfer und die Kämpfenden gewandter in ihrer Handhabung.

Genosse Legien wird reden über: Geschichte und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Paul Umbreit über: Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland. Eduard Bernstein behandelt: Die Gewerkschaftsbewegung im Auslande. Ueber Versicherungs-gesetzgebung sprechen Gustav Bauer und Robert Schmidt. Den Arbeiterschutz behandelt abermals Umbreit. Ueber den gewerblichen Arbeitsvertrag spricht Kagenstein, über Rational-

ökonomie Max Schippel, über Kartelle und Unternehmervereinigungen Richard Calver, Max Schippel wird außerdem in die Statistik einführen und Johannes Sassenbach in die Gewerkschaftliche Literatur.

Gewissermaßen programmatisch für den geistigen Inhalt der Kurse scheint uns der Punkt 10 des Legien'schen Vortrags-turfs zu sein, den wir deswegen wiedergeben. Er lautet:

Die Theorie der Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften haben ihre Aufgaben innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu erfüllen. — Sie wirken in ihren Bestrebungen dahin, daß die Produktion (der Fabrikbetrieb) vom Absolutismus zur Konstitution und schließlich zur Demokratie kommt. — Indirekt wirkt so ihre Tätigkeit auch auf die Demokratisierung des Staatsorganismus hin. — Die Gewerkschaften können offiziell als geschlossene Organisation keiner politischen Partei angehören. — Sie sind aber bei Erreichung ihrer Zwecke auf die Mitwirkung der sozialdemokratischen Partei angewiesen und haben deshalb diese Partei als ihre politische Vertretung anzuerkennen und zu unterstützen.

Das aus dem Programm der Kurse.

Es ist ein für die Arbeiterbewegung erfreulicher Fortschritt, daß fast genau in demselben Moment Partei und Gewerkschaften das Bedürfnis nach theoretischer Vertiefung im deutschen Proletariat so sehr empfinden, daß beide sich entschlossen haben, ihm Rechnung zu tragen. Wir begrüßwünschen beide zu diesem Schritt!

Berlin und Umgegend.

Zum Streik bei der Pafefahrt.

Die Streikenden lieferten gestern, Freitagmorgen, ihre Sachen wie Uniformen, Masken und dergl. bei der Gesellschaft ab und zwar abteilungsweise, wie verabredet. Zur Vertreibung der Streikenden mißte sich auch die Polizei hinein und wo zwanzig oder dreißig beisammen waren, da war sie mitten unter ihnen und verlangte, daß sich ein solcher Trupp in drei Teile, die Mitterstraße entlang bewege, sodas man glauben konnte, die Arbeiter seien Staatsbürger zweiter Klasse, wenn nicht gar Verbrecher. Auf dem Hofe der Pafefahrt hatten die Arbeiter die Augen offen und konnten wahrnehmen, daß die Versicherungen der Gesellschaft, der Betrieb werde bald wieder im besten Gange sein, recht unbergeründet sind. Es herrscht gegenwärtig eine große Unsicherheit im Betriebe, die für die Kundenschaft oft geradezu abschreckend ist. Ein Kollisionsfall traf auf dem Hofe ein und wurde gefragt, wo er seinen Wagen habe: „Auf'm Bahnhof“, so antwortete er kurz, und fügte zornig hinzu: „Warum habt Ihr mir nicht gesagt, daß ich hier Streikarbeit tun soll; jetzt halt Euch Eure Sachen selber!“ — Manchen der Streikenden wurden gute Worte gegeben und bedauert, daß Leute, die viele Jahre so treu im Dienste standen, plötzlich zu streiken anfangen; aber es ließ sich niemand bedören. — Von verschiedenen Seiten haben die Streikenden gute Binde bekommen, daß es im inneren Betriebe sehr schlecht bestellt sei, was natürlich immer ihren guten Mut noch stärkte. Sie wissen alle, daß sie nur noch eine Weile ausharren müssen.

A. Werner berichtete in der letzten Versammlung über die Verhandlungen der Kommission der Kollisionsher und der Spediteure, die am Vormittag in der Burgstraße zusammengetreten war. Den Vorsitz führte Kommerzienrat Jacob. Der Zentralverband machte seine Forderung geltend, daß die Zwangsabrolung von den Bahnhöfen für die Pafefahrt nicht statthaft sei und Maßregeln dagegen ergriffen werden würden. Herr Jacob erklärte, daß die Spediteure kein Interesse daran hätten, der Pafefahrtsgesellschaft Dienste zu leisten und sie erkennen die Forderung des Zentralverbandes als berechtigt an, soweit die Pafefahrt selbst in Betracht kommt. Dagegen werden Aufträge, die direkt von der Kundenschaft der Pafefahrt kommen, erfüllt werden und man werde sich bemühen, die Aufträge auch gut auszuführen aus Geschäftsinteresse. Die Unterhandlungen dauerten zwei Stunden, und es kam auch die Rede auf die schwarzen Listen. Man hatte nämlich die Arbeiter damit schreden wollen, daß sie nirgends eine Stellung finden würden. Die Spediteure wollten aber von schwarzen Listen nichts wissen, obgleich die Pafefahrt es wünschte. Darüber haben die Streikenden so eine eigene Meinung. Sie glauben auch nicht an die schwarzen Listen, denn sie haben die Erfahrung gemacht, daß Leute von der Pafefahrt gern genommen werden. „Sie waren bei der Pafefahrt? na, da können Sie ja arbeiten,“ heißt es nicht selten. Es ist bekannt, wie schwer die Leute da arbeiten müssen. Ein Vertreter der Hausdiener und Pader brachte den Streikenden die Versicherung der Sympathie und vollen Unterstützung von seiten seiner Organisation, was mit Befriedigung aufgenommen wurde. —

Die Bantischer haben in den letzten Wochen in allen vier Organisationsbezirken Berlins Brandversammlungen abgehalten, teils um über die Abschaffung von Mißständen im Verufe, besonders des Zwischenmeisteriums, zu beraten, teils um Vorbereitungen zur Tarifbewegung zu treffen. Die Branchenversammlung für den 1. Bezirk, die am Donnerstag im Hofjäger-Palast in der Hasenheide stattfand, war so zahlreich besucht, daß der große Saal fast bis auf den letzten Platz besetzt war. Der Branchenleiter Reiche sprach über die Frage: Wie stellen wir uns zu den Frühlingsmeistern in unserem Verufe? Es handelt sich hierbei um „Meister“, die in Stahl, Röhre, Kessel oder in anderen unzuverlässigen Räumern für andere wirkliche Arbeitgeber Arbeit, wenn nicht zu geringerem, so doch zum selben Preise herstellen, wie die Gesellen in der Werkstatt. Sie geben noch Leim und andere Zutaten darauf und ihr einziger besonderer Vorteil sind die Holzabfälle. Besonders lästig und schädlich ist diese Konkurrenz den Werkstattarbeitern dadurch, daß jene Leute meistens gerade die Arbeiten erhalten, woran am meisten verdient wird, für die Werkstattarbeiter aber nur die minder vorteilhafte Arbeit übrig bleibt. Es gibt allerdings auch Zwischenmeister, die in eigenen Werkstätten an 20 und mehr Gesellen beschäftigen und den Tarifvertrag anerkennen haben. Gegen sie vorzugehen, liegt im allgemeinen keine Ursache vor. Es müßte jedoch verlangt werden, daß städtische Arbeiten von den Unternehmern ausgeführt werden, die sie übertragen erhalten. Allgemein war aber die Versammlung der Ueberzeugung, daß mit den eigentlichen „Frühlingsmeistern“ ausgeräumt werden muß. Ebenso stimmten alle Diskussionsredner dem Referenten darin bei, daß der Tarif, der zum Januar abläuft, dringend der Verbesserung bedarf. Die Branchenkommission hat bereits einen bis ins kleinste ausgearbeiteten Entwurf fertiggestellt, der noch den Vertrauensmännerungen und Branchenversammlungen zur Begutachtung vorgelegt werden wird. Ferner sind Werkstattfragebogen ausgegeben worden, die gewissenhaft ausgefüllt, bis Sonnabend wieder abgeliefert werden sollen. Die Versammlung befaßte sich dann mit der Frage einer besseren Regelung der Abschlagszahlung bei der Affordarbeit. Es wurde hierbei allgemein erklärt, daß die üblichen Sätze von 27 und 30 M. die Woche bei den teuren Lebensverhältnissen keineswegs mehr ausreichen und mindestens 33 und 35 M. gezahlt werden müssen, was bei der andauernd guten Konjunktur auch nicht schwer zu erreichen sein wird und allgemein verlangt werden soll. — Schließlich wurde es in der Versammlung scharf gerügt, daß einzelne Kollegen — es sind freilich nicht viele mehr — noch immer statt des „Vorwärts“ die „Morgenpost“ und dergleichen Blätter halten.

Der Verband der Schmiede hat, wie gestern berichtet, die Streitigkeiten mit den Innungsmeistern über den Arbeitsnachweis in der Mulackstraße durch einen Vergleich zu erledigen geschafft. Am Donnerstagabend hatte der Gesellenauschuß mit dem Innungsvorstand eine gemeinsame Sitzung und machte entsprechende Vorschläge nach den Beschlüssen der letzten Versammlung. Der Innungs-

vorstand lehnte alle Vorschläge ab und am nächsten Donnerstag wird eine Versammlung der Gesellen endgültige Entscheidungen in dieser Angelegenheit treffen. Verbandsstreue Schmiede dürfen nur den Arbeitsnachweis in der Stralauerstraße 48 benutzen.

Achtung, Freiseurgehilfen!

Die Differenzen bei Quiff, Löwestr. 26 und Preutschad, Lübbenerstr. 28, sind beigelegt. Die Firma Friedrich, Charlottenburg, Rehringstr. 29, ist für unsere Mitglieder bis auf weiteres gesperrt. Verband der Freiseurgehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin und Vororte. J. A.: Paul Viere.

Zur Erklärung. In Nr. 100 des „Vorwärts“ teilt Herr Kaczinski, Emdenerstraße 10, mit, daß seine Gehilfen im Zentralverband organisiert sind. Demgegenüber erklären wir, daß Herr Kaczinski die Forderungen der Gehilfen bei uns weder unterchriftlich anerkannt hat, noch, daß „sein“ Gehilfe bei uns Mitglied ist.

Die vom Lokalverband gesperrten Geschäfte gelten auch für unsere Mitglieder als gesperrt. Verband der Freiseurgehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin und Vororte. J. A.: Paul Viere.

Erklärung. Gegenüber der Erklärung des Meisters Kaczinski, Emdenerstr. 10, halten wir das aufrecht, was in dem Artikel der Nr. 185 des „Vorwärts“ gelagt ist. Die Firmen in derselben Nummer bleiben nach wie vor für Freiseurgehilfen gesperrt. Nur da sind organisierte Gehilfen beschäftigt, wo die Kontrollkarte vorhanden ist. Verband deutscher Barbiers, Friseure und Perückenmachergehilfen Berlins. Schillingstr. 15/16.

Achtung! Textilarbeiter! Der Streik in der Teppichfabrik Proben u. Sohn scheint jetzt eine Wendung zu nehmen. Die Firma versendet an ihre Arbeiter und Arbeiterinnen ein Zirkular, worin dieselben ermahnt werden, wieder zur Arbeit zurückzukehren, natürlich unter den alten Bedingungen. Auch würden die Arbeiter, wenn sie bis Sonnabend die Arbeit nicht aufgenommen haben, als entlassen betrachtet und die Papiere auf dem Amtsbureau niedergelegt werden. Nach erfolgter Ausnahme will man angehtlich unterhandeln. Diese Tricks sind schon von anderen Unternehmern angewandt worden, so daß wir aus Erfahrung wissen, wohin man damit zielt. Ist es erst gelungen, die Arbeiter dadurch lospfücken zu machen, so ist der Ausgang des Lohnkampfes ein zweifelhafter. Will man seitens der Firma unterhandeln, so sind die Arbeiter gerne bereit dazu; aber gerade die ablehnende beleidigende Haltung der Firma ist der Ausgangspunkt des Kampfes gewesen. Besonders bemüht ist man, durch Inserate in der „Berliner Morgenpost“ tüchtige geübte Arbeiter und Arbeiterinnen heranzuloden. So haben sich denn einige dazu Auserkoren besonders berufen gefühlt, den Betrieb zu retten. Besonders ein Meister scheint sich besondere Kunst erwerben zu wollen; vielleicht bleibt der wohlverdiente Lohn nicht aus. Durch Inserat verlangt man geübte und tüchtige Leute bei hohen Löhnen. Glaubt man etwa, es sind hohe Löhne, wenn man Leute mit 8 bis 12 M. entlohnt. Es würde sich empfehlen, wenn man von seiten der Firmenleiter einmal einen Versuch macht, mit solch hohen Löhnen auszukommen, dann erst würde man ein Bild der heutigen Lebenshaltung bekommen und die Schlagworte, hohe Löhne, würden bald verschwinden. Es gilt also vor allen Dingen, den Zugang fernzuhalten; dazu bedarf es der Mitwirkung aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Vom Ausgang dieses Kampfes hängt die Existenzfrage aller hiesigen gleichartigen Berufscollegen und Kolleginnen mit ab.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter.

Deutsches Reich.

Warnung. Da der Streik bei der Firma Rheinische Möbelstoffweberei vorm. Dahl u. Quinsche, Barmen, welcher schon fünf Wochen währt, noch nicht beigelegt ist, aber der Schanzmachersverband im In- und Auslande durch Annoncen und Agenten Streikbrecher zu werben sucht, ersuchen wir alle Kollegen, ein offenes Auge darauf zu haben und bitten alle arbeiterfreundlichen Blätter des In- und Auslandes um Abdruck dieser Zeilen. Alle Anfragen sind zu richten: an das Streikbureau, Barmen, Restaurant Hildebrand, Allee 42.

Achtung! Schuhmacher. Der Streik in der Schuhfabrik von Dorndorf u. Comp. zu Breslau dauert unverändert fort. Verhandlungen haben zu keinem Resultat geführt. Die Streikenden haben das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen und werden sehen, ob die Firma dort erscheint. Die Haltung der Ausständigen ist musterhaft. Sollte die Firma einen weiteren ablehnenden Standpunkt einnehmen, wird die Organisation den Zweigbetrieb in Waldheim ins Bereich ihrer Betrachting ziehen müssen. Von den Streikenden sind keine abgefallen. Vor Zugang wird gewarnt. Zentral-Verband der Schuhmacher.

Ausland.

Der Mühlenarbeiterstreik in Budapest ist beendet. Zwischen den ausländischen Arbeitern und den Verwaltungern der Mühlen ist eine Vereinbarung zustande gekommen. Die Arbeiter nehmen heute früh in allen Mühlen die Arbeit wieder auf.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

In gefährlicher Situation.

Brüssel, 17. August. (W. L. B.) Die „Rheinische Zeitung“ meldet aus Brüssel. Vor 7 Tagen wurden in dem Vorort Uccle durch den Einschlag eines Brunnens 3 Arbeiter verchüttet. Diese 3 Arbeiter sind noch am Leben. Auf die Zeichen, die ihnen gesien durch Klopfen gegeben wurden, vernahm man deutliche Antwortzeichen.

Umwandlung der Todesstrafe in zwanzigjährige Zwangsarbeit.

Sewastopol, 17. August. (W. L. B.) Der Oberkommandierende der Schwarzmeeresflotte hat bei vier Angeklagten, die wegen der Unruhen im Oktober zum Tode verurteilt worden waren, die Todesstrafe in zwanzigjährige Zwangsarbeit umgewandelt, im übrigen aber die gefällten Urteile bestätigt.

Rissani Nowgorod, 17. August. (W. L. B.) In das Kontor der Reedereigesellschaft Stabejda drangen heute abend sechs mit Revolvern bewaffnete Personen ein, übermächtigten den diensthabenden Polizeibeamten, raubten aus der Kasse 10 000 Rubel und entflohen mit dem Gelde. Einer der Beteiligten ist mit einem Teil des Geldes geflohen, von den anderen hat man keine Spur. Der Gouverneur hat die Bildung von ständigen Kosakenwachabteilungen zum Schutze der Kasse angeordnet.

Verheerendes Erdbeben in Südamerika.

New York, 17. August. (Auf deutsch-antlantischem Kabel.) Hier eingetroffene Kabelmeldungen besagen, daß Balparaiso (Chile) durch ein Erdbeben heimgeschüt worden ist. Viele Personen seien getötet und viele verletzt. Alle Gebäude seien beschädigt und in allen Teilen der Stadt wütheten Feuerbrünste. Die Kabelverbindungen nach den südamerikanischen Punkten seien zerstört; nur die Verbindung via Lissabon sei offen.

New York, 17. August. (Auf deutsch-antlantischem Kabel.) Die Central Southamerican Telegraph Company hat die Verbindung mit Balparaiso wieder hergestellt. Ein hier von dort eingegangenes Telegramm besagt, daß Teile der Stadt die ganze Nacht hindurch brannten und daß Hunderte von Menschen unter Trümmern begraben seien.

Die Parteipresse zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

Sächsische Arbeiterzeitung:

Das Protokoll ist von hoher Bedeutung, von so hoher Bedeutung, daß wir die Frage, ob seine Veröffentlichung durch den Parteivorstand im Widerspruch zum ausdrücklichen Beschluß der Gewerkschaftsvorstände zu billigen ist, ganz zurückgestellt haben müßten. Wie die Situation sich gestaltet hätte, hätten die Verbände selbst getrost ihre Bedenken zurückstellen und die Veröffentlichung selbst vornehmen sollen, denn wenn auch vielerlei Einzelnes in dem Protokoll vorhanden ist, was die Redner nur für den internen Kreis, wo das Wort natürlich weniger abgewogen wird als in öffentlicher Aussprache, bestimmt hatten und was je außerhalb dieses Kreises einermöglichen anders vorgelesen hätten, so ist doch das Wesentliche, was gesagt worden ist, so wichtig und bedeutsam, daß seine Veröffentlichung keinerlei Interessen der Arbeiterbewegung und speziell der Gewerkschaftsbewegung verletzen kann. Es ist ein besonderer Fall, daß derartige, nur für den engsten Kreis gemachte Ausführungen in die Öffentlichkeit gelangen. Der besondere Fall aber eröffnet den Einblick in das innerste Denken und Empfinden der Zentralverbandsleiter, in die Stimmungen und Vermutungen, die bei einem großen Teil von ihnen seit langem herrschen, ohne doch nach außen hin sich deutlich zu betonen und Geltung zu verschaffen. Es ist aber nicht gut, es ist nicht das Zeichen eines gesunden Zustandes, wenn solche Stimmungen und Vermutungen im Verborgenen bleiben. Indem das Protokoll von diesen Stimmungen und Meinungen der Zentralverbandsleiter alien Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern Kenntnis gibt, ist es geeignet, bedeutsam dazu beizutragen, daß Klarheit und Wahrheit in die jetzige Situation der deutschen Arbeiterbewegung gebracht wird. Freilich wird dies nur möglich sein, wenn man allseitig den guten Willen zeigt, die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung zu fördern.

Die Bedeutung, die wir der Konferenz beimessen, würde ihr nicht zutommen, wenn wir den Maßstab an sie anlegen wollten, ob und wiefern sie zur Fortführung oder Vertiefung der allgemeinen Theorie der Arbeiterbewegung etwas beigetragen hat. Wäre dies die Absicht und der Zweck der Konferenz gewesen, so könnte ihr ein reichliches Ergebnis nicht zugesprochen werden. Eine systematische Darstellung der besonderen Aufgaben der Partei einerseits und der besonderen Aufgaben der Gewerkschaften andererseits, sowie der Beziehungen, die zwischen den beiderseitigen Aufgaben bestehen und beide Bewegungen zu einer einheitlichen Arbeiterbewegung mit dem Ziel des Sozialismus verknüpfen, eine solche Darstellung ist nicht irgendwie versucht worden. Soweit aber diese Fragen der theoretischen Grundlegung immerhin gestreift wurden, sind nur recht unzureichende und widerspruchsvolle, zum Teil unklare und bedenkliche Bemerkungen gefallen. Bringmann war es, der auf die Grundursachen der unersöhnlichen Auseinandersetzungen eingehen wollte und theoretische Vertiefung der Gewerkschaftsbewegung forderte, doch er selbst hat zu diesem Zweck in seiner Rede kaum etwas beigetragen. Bringmann geht von einigen Aeußerungen Kautskys aus, die beweisen sollen, daß Kautsky „den Kampf an sich“ als das wesentlichste Moment der Gewerkschaftsbewegung auffasse, während die Gewerkschaften den Kampf nur als „ein Mittel zu dem Zweck, die Lage der Arbeiter zu verbessern“ ansehen. Aus diesen „grundtätlich verschiedenen Auffassungen“ müßten schließlich die Auseinandersetzungen entstehen. Die Gewerkschaftsbewegung gehe nicht in dem Sinne in der Sozialdemokratie auf, wie es Kautsky meine. Die Antipositivität gegen die Gewerkschaftsbürokratie rühre aber daher, daß die Gewerkschaften sehr stark geworden und bedeutende Erfolge erzielt, sich aber nicht im Sinne der Kautsky-Theorie entwickelt hätten. Wie immer aber es um die Aeußerungen Kautskys und die Widersprüche steht, die ihm Bringmann vorwirft — worüber ja Kautsky selbst seine Ansicht äußern wird —, so kann jedenfalls davon keine Rede sein, daß ein tiefgehender Gegensatz zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaftsbewegung in der Auffassung über die Frage „Kampf an sich“ oder „Kampf als Mittel zum Zweck“ besteht. Ebenjowenig wie die Partei ihren eigenen Kampf als Kampf um seiner selbst willen führt, sondern als Mittel zum Zweck, die Lage der Arbeiter zu verbessern, ebenjowenig müßte sie den Gewerkschaften zu kämpfen ausschließlich um des Kampfes willen, weil dieser Kampf das Proletariat diszipliniere und moralisch hebe. Meinungsverschiedenheit kann nur darüber bestehen, in welchem Maße und in welchem Tempo es innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise und unter den besonderen Verhältnissen eines jeden einzelnen Landes möglich ist, durch den Kampf, sowohl den politischen wie den gewerkschaftlichen, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Meinungsverschiedenheit besteht ebenso darüber, wie hoch die Erfolge, die durch den politischen Kampf und durch den gewerkschaftlichen Kampf innerhalb des Kapitalismus zu erreichen sind, eingeschätzt werden sollen. Gemessen an dem Elend der Arbeiter, sind selbst die geringsten Erfolge, die in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in sozialpolitischen Einrichtungen erzielt wurden, beträchtlich zu nennen. Gemessen an den Zielen der Arbeiterbewegung freilich sind sie nur als winzige zu bezeichnen.

Aus diesen Meinungsverschiedenheiten entstehen mit Notwendigkeit Diskussionen, aber weder bedingen sie ohne weiteres die peinliche Art und Methode der Polemik, über die Klage geführt wird, noch bedeuten sie eine „grundtätlich verschiedene Auffassung“ zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Gingen stellt dann Genosse Bringmann seinerseits Behauptungen auf, die, wörtlich genommen, allerdings eine grundtätlich verschiedene Auffassung gegenüber der allgemeinen Parteiauffassung bezeugen. Er sagt: „Wer nämlich auf dem Boden der radikalen Gruppe der Partei stehe, der kann keine gewerkschaftliche Theorie anerkennen, der kennt nur eine Theorie des politischen Kampfes“. Diese Ausführung, die von mehrfacher „Sehr richtig!“ begleitet wurde, erweckt den Schein, als glaube Bringmann an eine gewerkschaftliche Theorie außerhalb der Theorie des Klassenkampfes. Geht hat gegen diese Auffassung mit Recht Widerspruch erhoben. Für den Sozialdemokraten gibt es gewiß eine Theorie der besonderen gewerkschaftlichen Aufgaben, doch diese Theorie würde die eines sozialpolitisch eingetragenen Sozialreformers bleiben, wenn sie nicht die Aufgaben umfaßt, welche die Gewerkschaftsbewegung zur Selbstführung und Begründung einer von der kapitalistischen Ausbeutung freien Gesellschaftsordnung zu lösen hat. Würde Bringmann auf eine gewerkschaftstheorie dieser Art sinnen, so wäre seine Aeußerung ein sehr bedenkliches Symptom der Kurzerwartetheit, der Absicht, die Gewerkschaftsbewegung in der Verfolgung nächster Gegenwartsaufgaben verlassen zu lassen. Diese Auffassung können wir jedoch dem Genossen Bringmann wiederum nicht beimessen, da er nach jener befremdlichen Aeußerung und im Widerspruch zu ihr schließlich erklärt, daß nach seiner festen Ueberzeugung „über kurz oder lang der scheinbare Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft verschwinden wird“. „Tatsächlich“, fügt er hinzu, „gibt es ja zwischen Partei und Gewerkschaften im besten Sinne des Wortes keine Auseinandersetzungen, sondern es handelt sich nur um Auseinandersetzungen zwischen gewerkschaftlichen und politischen Führern“, und noch mehr: es sei zu zeigen, „daß die Gewerkschaftsbewegung sich ebenfalls in der Richtung bewegt, in der sich die Sozialdemokratie bewegen soll. Dieser erfreuliche Schluß läßt aber nicht vergessen, daß Bringmann eine Reizung zeigt, die gewerkschaftlichen Erfolge sehr stark und die sozialistischen Ziele sehr schwach zu betonen. Wir müßten diese Ausführungen machen, weil wir den Grundgedanken vor jeder Verdunkelung und Abschwächung geschützt sehen wollen, daß die Sozialdemokratie die Gewerkschaftsbewegung nicht unter

anderen als sozialistischen Gesichtspunkten betrachten kann. Die Gewerkschaftsbewegung hat ihre besondere Arbeitsgebiete, das sie in ihrer Weise und mit ihren Mitteln bearbeitet. Auf diesem Gebiete ist sie selbständig und voll berechtigt. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich, in Deutschland auch schon aus Gründen der reaktionären Gesetzgebung bezüglich der Frauen und Kinder-jährigen, von Parteipolitik fernzuhalten. Sie würde aber ihre Arbeit nur unzureichend betreiben können, wenn sie nicht das Ziel aller klassenklaren Arbeiterbewegung im Auge hat: die Befreiung der Arbeiterklasse vom Lohnsystem. Gerade dadurch, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht darauf angewiesen ist, lediglich an den nächstliegenden Aufgaben zu arbeiten, sondern daß sie diese Tätigkeit stets unter dem Gesichtspunkt der vollen wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiter betrachtet, erreicht sie ihre ganze Bedeutsamkeit und ihre Ebenbürtigkeit mit der politischen Organisation.

Unser Dresdener Parteiorgan kündigt in der Einleitung dieses Artikels an, daß ihm folgen sollen Ausführungen über die Themat: Die Verstimmmungsmomente. Der politische Massenstreik, Die Gleichberechtigung der Gewerkschaften und die Zusammenarbeit in gemeinsamen Fragen.

„Leipziger Volkszeitung“ (Schlußartikel):

Es ist richtig, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses in Sachen des politischen Massenstreiks in einer Reihe von Parteiblättern angegriffen worden ist. Gemeindefreier als sie alle hat Genosse Bömelburg den Beschluß kritisiert, indem er auf der Geheimkonferenz erzählte, er sei kein eigentlicher Veranlasser gewesen, und zwar habe er sich dabei von der Erwägung leiten lassen, daß nach Lage der Dinge eine offizielle Stellungnahme zum politischen Massenstreik nicht zu vermeiden sei, aber daß nicht wieder, im Moment höchster Begeisterung, wie zu Paris im Jahre 1889 — Genosse Bömelburg meint den damaligen Beschluß wegen der Maffei — ein Beschluß gefaßt werden dürfe in einer Frage, die, wenn sie zu anderer Zeit erörtert worden sei, jedenfalls ganz anders entschieden worden wäre. Deshalb hat sich Genosse Bömelburg gefaßt, daß allen Gewerkschaften die Pflicht obliege, dafür zu sorgen, daß in Sachen des Massenstreiks nichts Ähnliches geschehe und kein einseitiger Beschluß gefaßt werde.

Hier haben wir ein besonders schlagendes Beispiel dafür, wie sehr die „Radikalen“ und „Theoretiker“ im Rechte sind, wenn sie sich dagegen wehren, daß die Gewerkschaften die für sie und die Partei notwendige Rücksicht auf die Einheit und Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung aus den Augen verlieren. Nach seinem eigenen Geständnis legt Genosse Bömelburg voraus, daß die Partei sich für die Propagierung des Massenstreiks entscheiden werde, und aus Besorgnis vor dieser ihm peinlichen Wahrheitsähnlichkeit beantragte er beim Gewerkschaftskongress einen Beschluß, der die Propagierung des Massenstreiks verbietet. Er wollte dem Parteitag von vornherein einen Schlagbaum über den Weg legen, aus lauter Furcht vor dessen Einseitigkeit, und wirklich erreichte er dadurch auch eine „Zweifelhaftheit“, aber eine solche von der aller-schlumstimmten Art, indem die Beschlüsse der Gewerkschaftskongress und des Parteitages nun nach zwei Seiten auseinanderklaffen.

Genosse Bömelburg hat bei diesem eigentümlichen Vorgehen eben vollständig die Rücksicht auf die Einheit und Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung aus den Augen gelassen, also genau das getan, was von den „Radikalen“ und den „Theoretikern“ als eine, den Gewerkschaften auf einer gewissen Höhe ihrer Entwicklung drohende Gefahr bekämpft worden ist und selbstverständlich auch weiterhin bekämpft werden wird. Hören wir nun aber weiter! Nachdem er den „zweiseitigen Beschluß“ in Sachen des Massenstreiks herbeigeführt hatte, ist Genosse Bömelburg in einer Leipziger Versammlung gestreift worden, ob der Beschluß von Köln oder der Beschluß von Jena für ihn maßgebend sei. Auf diese Interpellation antwortete Genosse Bömelburg in der Geheimkonferenz nicht mit Ja oder Nein, sondern mit folgendem Ausbruch fäulischer Entrüstung: „Also wir haben uns in der Gewerkschaftsbewegung einfach unterzuordnen, andere bestimmen, und wir haben zu gehören.“ Nun hat bisher noch niemand verlangt, daß die Gewerkschaftsbewegung sich der Parteibewegung unterordnen soll, aber aus lauter Angst vor diesem Säuregeheimnis, das nur in seiner Phantasie lebt, verlangt Genosse Bömelburg, daß sich die Parteibewegung der Gewerkschaftsbewegung unterordnen solle. Wenn er als Mitglied eines Gewerkschaftsvorstandes dafür gestreift hat, daß einem von ihm gefürchteten Beschluß des Parteitages ein Schlagbaum vorgelegt wird, so preist er als Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion darauf, wenn der Parteitag nun doch diesen Beschluß faßt.

Wir haben dies Beispiel nicht hervor, weil es der Genosse Bömelburg in der Geheimkonferenz schlimmer als andere getrieben hat, und noch viel weniger trauen wir ihm zu, daß er sich bei seinem tatsächlichen Vorgehen von irgendwelchen hinterhältigen Absichten hat leiten lassen. Jeder Verdacht dieser Art liegt uns um so ferner, als Genosse Bömelburg seine Beweggründe nicht so offen dargelegt haben würde, wenn er nicht in seinem guten Rechte zu sein glaubte. Aber gerade deshalb ist der Fall Bömelburg ein so überaus durchschlagender Beweis dafür, daß sich in den leitenden Kreisen der deutschen Gewerkschaftsbewegung allmählich eine Strömung geltend macht, die objektiv darauf hinausläuft, die Gewerkschafts- und die Parteibewegung zu trennen und deshalb bekämpft werden muß, obgleich oder auch weil sie nicht die Schuld einzelner Personen ist, sondern nach den historischen Bedingungen der Arbeiterbewegung auf einem gewissen Höhepunkte der gewerkschaftlichen Entwicklung einzutreten pflegt.

Deshalb sind wir nicht optimistisch genug, um zu hoffen, daß sich der Genosse Bömelburg und die ähnlich wie er denken, nur der Gespensterfurcht vor den „Radikalen“ und „Theoretikern“ zu entschlagen brauchen, wonach jede Wolfe zerstreut sei. So leicht wird sich die Ausgleichung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten nicht vollziehen. Aber wir sind noch weiter davon entfernt, der pessimistischen Ansicht zu huldigen, daß jemals eine dauernde Trennung zwischen Gewerkschaft und Partei eintreten könne. Das hieße die deutsche Arbeiterbewegung in einem Maße schädigen, das weder ihre gewerkschaftlichen noch ihre politischen Organisationen ertragen könnten. Einer solchen Trennung fehlen in Deutschland alle historischen Möglichkeiten.

So sicher die endliche Ueberwindung des gegenwärtigen Zwischenzustandes ist, so wird sie nicht so ganz leicht sein, wie wir an unserem Teile hoffen und wünschen möchten. Von formellen Palliativmitteln, wie eine Vertretung der Generalkommission im Parteivorstand und umgekehrt, kann man sich der Natur der Sache nach nie viel versprechen. Zunächst kommt es darauf an, den ärgerlichsten Stein des Anstoßes, den lassenden Zwiespalt zwischen den Beschläßen von Jena und Köln aus dem Wege zu räumen. Unter diesen Umständen ist es schon erfreulich, daß der Parteivorstand den Massenstreik auf die Tagesordnung des Mannheimer Parteitages gesetzt hat. Eine rege Propaganda für diesen Gedanken, der nun einmal unauströthbar in der deutschen Arbeiterklasse lebt, wird ihm auch die Massen der Gewerkschaften geneigt machen, wenn sie es nicht schon sind, wie wir trotz der Februar-konferenz anzunehmen die triftigsten Gründe haben.

„Hamburger Echo“:

Daß der Parteivorstand trotz des Widerspruchs der Generalkommission und der Mehrheit der Gewerkschafts-Zentralverbände die Veröffentlichung veranlaßte, war ein notwendiger Schritt, dessen Wirkung eine gute ist. Und zwar in zwei Richtungen. Die vor der wörtlichen Veröffentlichung in der Presse und in Versammlungen als Aeußerungen von Teilnehmern an der Konferenz erwähnten Sätze finden sich in dem Protokoll nicht, sind also in dieser Form nicht gefallen. Somit hat die Veröffentlichung

einzelne Gewerkschaftsführer, wie auch die Gesamtheit der Konferenz von einem Odium befreit, das auf ihnen nach den schiefen Darstellungen, die unfontrollierbar in die Öffentlichkeit kamen, haften müßte.

Andererseits läßt sich aber aus dem Protokoll erkennen, daß bei einzelnen Gewerkschaftsführern sich eine Einseitigkeit herausgebildet hat, die bei der Beurteilung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaften notwendig zu falscher Auffassung führt. Daß dies klarutage getreten ist und daß man also weiß, wo die Remede einzusetzen hat, das ist die zweite gute Folge der Veröffentlichung.

Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, einzelne Aeußerungen, einzelne „Kraftausbrüche“ zu zitieren und daraus den Meinungs-ausdruck der Konferenz konstatieren. Wie müßlich es ist, mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten zu operieren, das erfahren nun bestimmte Konferenzteilnehmer selbst, z. B. durch die Konstatierung der „Leipziger Volkszeitung“, welche Verbindung es mit dem als Verweis für ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit angeführten Satze hat. Und dieser Konstatierung werden sicherlich noch andere folgen.

Was und viel mehr als einzelne Aeußerungen interessiert, das ist der Geist, der die ganzen Verhandlungen durchweht.

Ein Sozialdemokrat sollte und müßte sich stets vor Augen halten, daß die sozialdemokratische Partei die Repräsentantin der gesamten Arbeiterklasse ist, während naturgemäß die Gewerkschaft bei aller Solidarität doch in erster Linie die Interessen der Arbeiter eines bestimmten Berufes wahrzunehmen hat, und daß auf diesen Zweck ihre Organisation wie ihre Taktik berechnet ist. Es kann der Fall eintreten, daß unter einer Parteiaktion, die eine Notwendigkeit für die Klasse ist, das spezielle Interesse eines Berufes, den die Gewerkschaft vertritt, zu leiden hat. Da ergibt sich dann natürlich ein Konflikt zwischen der Pflicht des Sozialdemokraten und der Pflicht des Gewerkschafters, ein Konflikt, der dem einzelnen, wenn er in führender Stellung ist, sehr schwere Stunden bereiten kann, der aber bei in Fleisch und Blut übergegangener sozialistischer Gesinnung keine Lösung immer zugunsten der Klasse finden wird. Dieser sind Fragen solcher Art in der deutschen Arbeiterbewegung praktisch noch nicht hervorgetreten. Aber die Möglichkeit liegt vor, und es ist gerade der politische Massenstreik, der die Gewissensfrage bringen kann. Wenn man mit dem politischen Massenstreik rechnet, wenn man sich die Wahrscheinlichkeiten vor Augen hält, so ist sehr wohl der Fall denkbar, daß die Klasse in ihrer Gesamtheit durch den Vorstoß eine gewaltige Förderung ihrer gemeinsamen Interessen erzielt, daß aber daneben einzelne Berufe und ihre Organisationen, das heißt einzelne Gewerkschaften, im Kampf schwer geschädigt und für längere Zeit für ihre besonderen Interessen gewissermaßen außer Gefecht werden. Demnach ist es wohl verständlich, daß die Gewerkschaftsführer an die Frage des Massenstreiks mit schwerem Herzen herantreten und seine Einreichung in die Kampfmittel des Proletariats nicht eben enthusiastisch begrüßen. Niemand würde überfordert oder gar empört sein, wenn sie ihre sozialen Bedenken vorbringen; die Erörterung würde dazu führen, daß schließlich in aller Ehrlichkeit die besonderen Interessen hinter die allgemeinen Interessen zurückgestellt würden. So sollte es sein.

Leider ist aber dieser Gesichtspunkt auf der Konferenz nicht eingehalten worden. Von Anfang an beherrschte meist die Kleinlichkeit die Debatten. Ueber den springenden Punkt, nämlich über die Frage der Bedeutung des Massenstreiks für die Gewerkschaften, wurde nur so nebenher diskutiert, und auch dann nicht einmal mit förmlich sachlichen Argumenten; dagegen nahm das Klagen über die Partei und deren Stellung einen breiten Raum ein und der unbefangene Leser wird den Eindruck gewinnen, als ob einzelnen Personen aus den Kreisen der Gewerkschaftsbeamten die sozialdemokratische Partei zwar nicht als gegnerische Macht, aber doch als ein Verbündeter erscheine, dessen einzelne Schritte man mit größter Aufmerksamkeit übersehen müsse. Während die von der Parteipresse gelebte Kritik am Kölner Gewerkschaftskongress als ein Uebergreif getadelt wurde, hatte die Mehrheit der Konferenz kein Bedenken gegen das Auftreten der Generalkommission und der Gewerkschaftspresse im „Vorwärts“-Konflikt. Dabei aber betraf der Kölner Beschluß doch eine Angelegenheit, an der die gesamte Arbeiterklasse das allergrößte Interesse hat, während die Entlassung oder der Austritt einiger „Vorwärts“-Redakteure eine häusliche Angelegenheit der sozialdemokratischen Parteiorganisation ist, gerade wie die Befragung der Redaktion des „Korrespondenzblatt“ und der Generalkommission eine interne Angelegenheit der gewerkschaftlichen Organisation ist, die sich mit Recht jede Genehmigung Unberufenen verbieten würde.

Höchst unerwünscht ist auch die Art, wie in dieser Konferenz über einzelne Personen, die man zu Gewerkschaftsgegnern stempelte, abgeurteilt wurde, und zwar einfach auf Grund von Behauptungen, die kurzweg aufgestellt wurden, von denen die Betroffenen ohne die nachträgliche gegen den Willen der Konferenzteilnehmer erfolgte Veröffentlichung nichts erfahren hätten, gegen die sich zu wehren ihnen also keine Möglichkeit gegeben war.

Aber, wie gesagt, die Einseitigkeit in der Auffassung der Arbeiterbewegung ist es, die uns als bedenkliche Erscheinung aus dem Protokoll entgegentritt. Mag man dafür Entschuldigungsgründe in Menge finden können, so hilft das doch nicht darüber hinweg, daß diese Einseitigkeit schädlich wirkt, daß ihr gesteuert werden muß. Durch Beschlüsse allein aber kann das nicht geschehen. Wohl aber können, um ein auf der Konferenz gefallenes Wort zu variieren, die Gewerkschaftsmitglieder erzieherisch wirken, indem sie auch im Gewerkschaftsleben den Sozialdemokraten schärfer betonen, das Interesse der Klasse hervorheben und ihren Vertretern und Beamten deutlich machen, daß von ihnen allerdings pflichtgemäßige Sorgfalt in der Förderung der besonderen gewerkschaftlichen Bestrebungen verlangt wird, daß aber Engbergigkeit bei der Behandlung von großen, allgemeinen Fragen nicht angebracht ist.

„Frankische Tagespost“ (Rürnberg):

(Nach einer längeren Einleitung, in der gezeigt wird, wie seit je die politischen Führer und Agitatoren für die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsleiter für die Partei gearbeitet haben):

„Und doch gibt es Differenzen zwischen Gewerkschaften und Partei! Man könnte der Vogel-Strauß-Politik geziehen werden, wollte man das Bestehen dieser Differenzen bestreiten. In einem 48 Seiten starken Hefte, das dem „Vorwärts“ in diesen Tagen beigelegt war, soll der atemmäßige Beweis dieser Differenzen niedergelegt sein. Von einer tiefen Erregung wurden breite Arbeitermassen um deswillen erfüllt, hauptsächlich deshalb, weil diese Differenzen ihnen und ihren Kollegen fremd sind, weil sie dieselben nicht fassen, nicht erklären können.“

Analysiert man das ganze große Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, so findet man vor allem ein bedeutungsvolles: Es gibt keine allgemeine Differenz zwischen Partei und Gewerkschaften! Es fehlte durchaus unter den Teilnehmern der Konferenz ein einheitlicher Standpunkt, eine gegen die Partei gerichtete allgemeine Tendenz. Selbst Reichhäuser vom Rudolfsbrunnerverband beizuernte, daß er sich als Sozialdemokrat fühle, daß er die Notwendigkeit der politischen Arbeiterbewegung einsehe; ein anderer Redner meinte, wenn es die Sozialdemokratie nicht gebe, dann müßte sie von den Gewerkschaften geschaffen werden. Zahlreiche Abfindungen in der Stellung zur Partei von der Reichhäuser bis zu denen von Moth (Kuchbinder), Geber (Tabakarbeiter) u. a., finden sich da, ja selbst die Ansichten so nahestehender in der Zentralleitung deselben Verbandes wirkende Genossen wie die Bömelburgs und Papirows decken sich nicht vollkommen. Während die einen erklären, sie könnten nicht für die Maffei in ihrem Gewerkschaftsblatte Propaganda machen, erklären andere sich als begeisterte Anhänger der absoluten Arbeitssuche.

Es ist somit ein durchaus vergebliches Hoffen unserer Gegner, wenn sie meinen, daß das Protokoll im Interesse unserer Partei nicht veröffentlicht werden sollte, wenn sie sich Hoffnungen hingeben, daß jemals die deutsche Arbeiterbewegung in zwei Teile auseinanderfallen könne, von denen die eine nichts als Gewerkschaftspolitik im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung machen werde, während der andere Teil, mit dem man bald fertig werden könne, seine agitatorische und sonstige Wirksamkeit auf die Untergrabung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung konzentrieren werde.

Der derartige sich vorpiegelnde, ist ein Trümmchen, der die deutsche Arbeiterbewegung nicht kennt. Die breiten Massen unseres Proletariats wissen, daß sie sowohl der gewerkschaftlichen wie der sozialdemokratischen Massen benötigen, daß sie nicht auf eine verzichteten können. Nichts beweist dies besser als die Generalversammlungen unserer großen Zentralverbände nach dem allgemeinen Gewerkschaftskongresse zu Köln. Man hat da viel schärfer und sich weit mehr den Beschlüssen des Jenaer Parteitages näher Stellung zu den Debatten in Köln genommen. Auch die Reise der Arbeiterbewegung des Jahres 1908 beweist, daß die Massen von einer Abwärtsentwicklung des Klassenkampfes nichts wissen wollen. Wer meint, daß das deutsche Proletariat eine Zurückdrängung sozialdemokratischer Zukunftziele zuließe, der kennt die deutsche Arbeiterbewegung überhaupt, die der letzten Jahre ganz besonders nicht.

Wir stehen den Debatten über Partei und Gewerkschaft sehr kühl gegenüber, weil wir keinen Grund zu der vielfach verbreiteten Unruhe und Schwarzseherei erkennen.

Das was aus Anlaß des Protokolls der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände sonst noch zu sagen ist, soll in einem weiteren Artikel erledigt werden.

„Offenbacher Abendblatt“

Es ist gut, daß das alles einmal von der Feder heruntergeschrieben und zur Kenntnis aller Genossen gekommen ist; wenn die Gegner noch so viel Stupfergeld draus münzen, so können doch wir Erkenntnis gewinnen, die Goldes wert ist.

Nicht eben Gedankenleere, nicht wertvolle theoretische Erkenntnisse sucht man in dem Artikel, wiewohl auch in dieser Beziehung die Gewerkschaftler zeigen, daß sie in 18 Jahren etwas gelernt haben: Man lese das Protokoll vom Kölner Parteitag, besonders Legiens Rede, und vergleiche. Doch immerhin unterlaufen auch jetzt noch Oberflächlichkeiten und schiefe Behauptungen werden aufgestellt, die im Grunde von Gewerkschaftsführern sich wunderbar genug ausnehmen. Was soll man dazu sagen, wenn die bürgerliche „Frankf. Ztg.“ den Leipziger Staatsanwalt Böhm einfach verhöhnt hat wegen der Interpretation, die er dem sozialdemokratischen Begriffe einer Revolution angedeihen läßt, während parteigegenständigliche Gewerkschaftsführer der Böhme'schen Bemerkung sehr nahe kommen? Und wie stark an Formeln kleben heißt es, wenn mit bekräftigendem Jurist unterstrichen wird, daß Auslands rechtloses Proletariat erst wohlgeordnete Organisationen hätte schaffen müssen, ehe es den Kampf aufnahm: es klingt, wie wenn dem Frierenden erzählt wird, nur am Feuer könne er sich wärmen, da doch zunächst ihm darum allein zu tun sei, die Mittel zum Feueranmachen zu erlangen! Und wie kann ein Gewerkschaftsredakteur von der Vergabung Deinhardts herabsteigen zu der Platitude, die die Trefflichkeit des Letzteren im ungelährten Verhältnis zum Einkommen einschließt, wie kann er eine Redakteurs-„Solidarität“ fordern, die die eigene Erkenntnis selbst in so wichtigen Dingen wie der Reise preisgeben heißt, nur damit die Gewerkschaftsführer geduldet werden! Gefährlicher noch als diese leichtfertigen Behauptungen ist hartnäckiges Festhalten an falschen Behauptungen, die wiederholt schon totgeschlagen wurden, wie z. B. jenes Jitax aus der „Leipz. Volksztg.“... Es bleibt trotzdem noch so manches an diesem Parteitage, gegen was Gewerkschaftsführer sich weiden mögen; wir meinen von der Art, wie die neulich von uns wiedergegebene Rede des Redakteurs Seeger, der den Gewerkschaften Gleichberechtigung verweigert.

Doch diese Schiefheiten und Plaudereien sind nicht das Merkmal der geplogenen Aussprüche, sie wirken nur als falsche Töne in einer Eintracht, die die Einheit der Gesamtbewegung preist. Grundton: Partei und Gewerkschaften sind auf einander angewiesen, also sollen sie für und mit einander arbeiten! Nur freilich wird dieser Grundton in einer Weise variiert, die schließlich greschliche Disharmonie hervorbringen könnte; aus dem Zusammenarbeiten wird nämlich an einigen Stellen ein Unterordnen der Partei, die Partei soll die Beschlüsse der Gewerkschaften respektieren. Das hieße, wenn man es wörtlich nimmt, von der Partei fordern, daß sie abdankt. Denn davon, daß ihrerseits auch die Gewerkschaften Parteibeschlüsse respektieren sollen, kein Wort.

Doch man weiß, wie es gemeint ist und Seemann Müller hat das Wort dahin erläutert: Ueber alle größeren Fragen und Aktionen soll rechtzeitig eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften herbeigeführt und es sollen dabei die gewerkschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigt werden. Eine Erklärung, der wir zustimmen und die wir weiter dahin festlegen möchten, daß die Leitung der Partei beträchtlichen Personenzuwachs erhalten und daß dieser Zuwachs den Kreisen leitender Gewerkschaftler entnommen werden soll, wobei zweckmäßig vor der doch wohl vom Parteitag zu vollziehenden Wahl die Vordränge der beteiligten Kreise einzuziehen wären. Mit diesem Vorschlage ist keineswegs anerkannt, daß bisher die Partei gegen die gewerkschaftlichen Möglichkeiten verstoßen habe, auch nicht durch den Jenaer Beschluß, wie übrigens von mehreren Konferenzrednern ausdrücklich anerkannt wurde. Aber wir versprechen uns von diesem Eintritt erfahrener Gewerkschaftler in die Parteileitung neue Impulse für die Tätigkeit der Partei, woraus für Partei und für Gewerkschaften reicher Segen quellen kann. Trotz der Verbindung mit den Parteisekretariaten im Reich steht heute der Parteivorstand doch wesentlich unter dem Einflusse der Weltstadt mit ihrer leichter in Bewegung zu setzenden Arbeiterbewegung; er gerät leicht in Gefahr, die Vorbildungen einer Massenaktion falsch einzuschätzen, ausichtslose Aktionen anzulegen, für aussichtslos die ungünstige Zeit zu wählen oder sie ganz zu verpassen. Wieviel mehr wäre die Einbeziehung gewerkschaftlicher Kräfte zu ständiger Mitarbeit vorzuziehen: sie haben Fühlung bis in die letzte Verästelung der Arbeiterbewegung und sie sind gewöhnt, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen. Doch auch sie könnten und würden Gewinn davon tragen, wenn ihrem Aufgehen in der reinen Praxis ein Gegengewicht geboten wäre durch feste Orientierung auf die großen Zusammenhänge des gesellschaftlichen Organismus, von denen die Formen des Klassenkampfes nicht minder abhängig sind wie von der Stärke oder der Schwäche gewerkschaftlicher Organisationen. Schließlich wird es durch den engeren Zusammenhalt gelingen, breitere Gewerkschaftskreise für die Partei lebhafter zu interessieren, sie in unsere Parteiverfammlungen zu bringen und zu bewußten Sozialdemokraten zu machen.

Endlich: es ist eine Hauptaufgabe der Leitung jeder Massenbewegung, Hemmungen und Reibungen möglichst auszuschalten — der Hemmungen und Reibungen hatten wir aber in den letzten Jahren übergenug. Ein hätte nicht unrecht, als er auf der Konferenz barlegte, gar leicht hätte bei vorausgehender Verständigung die Resolution vom Gewerkschaftskongress so ausgestaltet werden können, daß die ärgsten Reibungen vermieden wurden.

Daß die Partei abhängig von Gewerkschaften gegenüberstehe, mißtrauisch ihr Wachstum verfolge, ist völlig unhaltbar. Auch steht die Partei die Gesamtbewegung nicht in Gefahr, wenn ein Teil der Gewerkschaftsführer vom Klassenkampf vage Vorstellung hat: die Partei weiß zu gut, daß die Praxis schließlich die Erkenntnisfehler korrigieren wird. Wohl ist die Parteipresse berufen, auf die Fehler hinzuweisen, sie hat es auch im allgemeinen würdig getan. Unlameradhaftlicher Ton gegen Gewerkschaftler und haarspaltende Begriffsunterstellungen gab es doch nur vereinzelt. So trifft die Klage über Weisheit der Gewerkschaften in der Form, in der sie erhoben wurde, nicht zu. Und doch muß ihr abgeholfen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß was manche die „Reinheit des Prinzips“ nennen, vorübergehend beeinträchtigt werde. Marx hatte

prinzipiell recht mit seiner Programmkritik, doch Liebsteht war der Weisere, als er theoretische Feinheiten preisgab zugunsten der praktischen Einigung. Aeren wir von ihm!

Internationaler Arbeiterkongress.

Frankfurt a. M., 15. August.

Dritter Verhandlungstag.

Zur Beratung stehen alle auf die Streikunterstützung bezüglichen Anträge. Dieselben lauten:

Deutschland und Oesterreich beantragen:

Bei größeren Abwehrkreisen und Aussperrungen, von denen mindestens 15 Prozent einer bundesangehörigen Reichs- resp. Landesorganisation betroffen werden, hat der internationale Sekretär einen Aufruf an alle Verbände zur Veranstaltung freiwilliger Sammlungen zu erlassen. Eingehende Gelder sind an den internationalen Sekretär zu senden. Organisationen, die selbst Streiks usw. zu unterstützen haben, sind von der Hilfeleistung an andere Bundesorganisationen befreit.

Das internationale Sekretariat hat alljährlich über seine Einnahmen und Ausgaben Bericht zu erstatten. Die Beiträge der Verbände sind spezialisiert anzugeben.

Frankreich und Belgien beantragen die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Ihr Antrag lautet:

Sofort nach dem Kongress sollen bei Streikfällen obligatorische Beiträge erhoben werden, wenn die Zahl der Streikenden über 15 Prozent des gesamten Mitgliederbestandes beträgt.

Reichsliste-Altenburg erklärt, daß sie sich mit der Frage eingehend beschäftigt haben und zu dem Resultate gekommen sind, daß sie die Errichtung einer internationalen Streikliste ablehnen, solange die in Brüssel gefassten Beschlüsse nicht zur Ausführung gebracht sind. Für diese internationale Kasse fehlt jede Grundlage. Dätte man jene Beschlüsse zur Ausführung gebracht, dann wäre die Grundlage vorhanden. Es fehlt und jede Statistik und Kontrolle.

Allibert-Paris erwidert, daß ein Irrtum in der Aufassung vorliege. Die Franzosen wollten keine Beitragserhöhung; nur die einlaufenden Gelder sollen nach wie vor dem internationalen Sekretär zugesandt werden, der sie den Streikenden der einzelnen Nationen zuerteilt. Er bittet nochmals, nicht aus der Höhe der geleisteten Beiträge auf die Leistungsfähigkeit der Franzosen zu schließen. Mit den Beiträgen, die die französischen lokalen Organisationen leisten, lämen sie sicher auf die Höhe der Deutschen und Oesterreicher. Eine genaue Darstellung dieser Leistungen werde nächstens in einer Broschüre erfolgen.

Reina-Ronza erklärt, daß die Italiener nicht die Gründung eines internationalen Streikfonds beantragen haben; er wünscht nur bessere Ausgestaltung der Streikunterstützung. Er schließt sich vollkommen den Ausführungen Reichsliste an. Doch bittet er, bestimmte Beschlüsse zu fassen, damit der Sekretär eine bestimmte Direktive habe. Jetzt werde die internationale Streikunterstützung viel zu lag gehandhabt. Die Folge sei, daß oft Streiks ins Blaue hinein inszeniert werden. Um dem vorzubeugen, schlägt er vor, daß fortan nicht von 15 Prozent an Streikunterstützung gewährt werde, sondern erst von 25 Prozent an. Außerdem soll die Unterstützung höchstens vier Wochen gewährt werden. Weitere Unterstützung solle nur mit Genehmigung der internationalen Kontrollkommission nach Anhörung der einzelnen Nationalorganisationen gewährt werden.

Rallaiou-Denton unterschreibt alles, was Reichsliste gesagt hat. Seiner Ansicht nach liegen ganz unüberwindliche Schwierigkeiten für die Gründung eines internationalen Streikfonds vor. Er hält es für ausgeschlossen, daß man zu einer Verständigung betr. die Höhe der internationalen Streikbeiträge komme, nachdem man in einzelnen Ländern noch nicht einmal zu einer einheitlichen Regelung der Streikbeiträge gekommen sei. Die Franzosen z. B., die in England arbeiten, können sich noch nicht einmal zum Übertritt in die englische Hutmacherverorganisation entschließen. Wie es Arbeiter gibt, die auf Kosten anderer ihren Lebensunterhalt bestreiten, so gibt es auch Organisationen, die das gleiche tun. Deshalb müsse man bei Schaffung von internationalen Streikfonds sehr vorsichtig sein. In den Kämpfen mit dem Unternehmertum müßten sich die einzelnen nationalen Organisationen zunächst auf ihre eigene Kraft und Stärke verlassen. Im gegebenen Falle seien natürlich auch die Engländer bereit, ihre internationale Solidarität zu betonen.

Espanet-Paris will keine internationale Streikliste gegründet, sondern nur die Beiträge für Streiks bestimmt festgelegt wissen. Die jetzige Form der Unterstützung sei unzureichend, das könne er auf Grund seiner Erfahrungen bestimmt sagen. Weiter protestiert er gegen die Behauptung Rallaiou's, daß es Organisationen gebe, die auf Kosten anderer leben und leichtfertig Streiks inszenieren. Die internationale Solidaritätserklärung Rallaiou's sei sehr schön; aber es genüge nicht, daß man von Zeit zu Zeit einen Bruderluth austausche; es müsse auch etwas Reales dahinter sein, d. h. es muß auch Geld gegeben werden.

Mödel-Berlin hält die Gründung einer internationalen Streikliste für verfehlt. Der Vorschlag Reinas, einen Extrabeitrag von 5 Centimes bei Streiks zu erheben, sei nicht akzeptabel, da damit zu wenig einkomme. Zunächst müsse darauf gedungen werden, die früheren Beschlüsse durchzuführen und eine statistische Grundlage für die Wünsche der Franzosen und Belgier zu schaffen. Vielleicht sei man dann auf dem nächsten Kongress besser in der Lage, über die Frage der Schaffung eines internationalen Streikfonds zu beraten.

Gloffet-Brüssel ist gegen die Erhöhung des Prozentsatzes von 15 auf 25 Prozent. Er sieht die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung nicht ein. Frankreich und Belgien würden dann nie in die Lage kommen, Streikunterstützung zu bekommen.

Ricollai-Wäsenden ist dafür, daß wenigstens für die kleinen Organisationen ein bestimmter Beitrag festgesetzt wird. Mit den Solidaritätserklärungen ist den kleineren Verbänden wenig geholfen.

In der Nachmittagsitzung wird die Beratung der Anträge fortgesetzt. Oesterreich hat nachträglich noch den Antrag gestellt:

Bei größeren Abwehrkreisen oder Aussperrungen, von denen mindestens 25 Prozent der Mitgliedschaft einer Bundesorganisation betroffen sind, hat das internationale Bureau (Sekretariat und Kommission) alle bundesangehörigen Nationen sofort davon zu verständigen und zur Hilfeleistung aufzufordern. In ganz besonderen Fällen, in denen es sich nachweisbar um Sein oder Nichtsein der Organisation handelt, kann das internationale Bureau unter detaillierter Begründung des Beschlusses einen obligatorischen, pro Mitglied und Woche zu berechnenden Beitrag ausstatten.

Verbände, die selbst Streiks zu unterstützen haben, sind in solchen Fällen von der Verpflichtung zur Beitragsleistung befreit. Setirajal-Wien meint, der Streit drehe sich wohl mehr um die Frage, ob die Streikunterstützung obligatorisch oder fakultativ eingeführt werden solle. Er halte die obligatorische Einführung zurzeit nicht für durchführbar. Wir können den kleinen Verbänden nur die sichere Hilfe bei Streiks in Aussicht stellen, und das geschieht durch unseren Antrag. Er bittet, alle anderen Anträge abzulehnen und den österreichischen Antrag anzunehmen.

Bordet-Lyon erklärt, sich dem italienischen Antrag anschließen zu wollen. Am liebsten würden sie noch weiter gehen und einen internationalen Streikfonds schaffen. Der kleine Beitrag, den Reina zunächst festgesetzt wissen will, sollte die Deutschen nicht abhalten, dafür zu stimmen, da man später die Beitragsleistung zu erhöhen könne. Dagegen ist er nicht für Erhöhung der Streikbeteiligung von 15 auf 25 Prozent für die Gewährung der Unterstützung.

Ein Antrag Müller-Köln auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der Franzosen und Belgier angenommen.

Es kommt nun zur Abstimmung über die Anträge.

Bodrahali erklärt namens der Oesterreicher, daß sie ihren Antrag zugunsten des italienischen zurückziehen.

Zum Antrag der Italiener liegt noch ein Amendement der Franzosen und Belgier vor: den Prozentsatz von 15 nach dem Beschluß in Brüssel aufrecht zu erhalten. Der Antrag Reina lautet:

Unter Bezugnahme auf die in Brüssel gefassten Beschlüsse ist Streikunterstützung dann zu gewähren, wenn ein nationaler Verband vom Unternehmertum zu einem Streik provoziert wird oder wenn mindestens 25 Prozent der Verbandsmitglieder ausgesperrt sind. In diesem Falle hat der Verband das Recht, sich um Hilfe an das internationale Sekretariat zu wenden. Das Sekretariat erhebt in diesem Falle nach der Mitgliederzahl pro Mitglied und Woche 5 Centimes. Das Geld ist direkt an die kämpfende Organisation zu schicken. Die internationale Kommission ist verpflichtet, vor Ausschreiben solcher Beiträge die Unterlagen zu dem Streik zu prüfen. Die Streikunterstützung ist auf die Dauer von vier Wochen zu gewähren, aber erst nach vierzehntägiger Streikdauer. Längere Streikunterstützung bedarf der Zustimmung der internationalen Kommission und der nationalen Bundesverbände.

In namentlicher Abstimmung wird zunächst das Amendement der Franzosen und Belgier mit fünf gegen vier Stimmen bei einer Stimmenthaltung (Rumänien) angenommen. Darauf wird der Antrag der Italiener mit sieben gegen zwei Stimmen bei einer Stimmenthaltung (Rumänien) angenommen. Damit ist der Antrag der Deutschen abgelehnt.

Es kommen nun einige Anträge betr. die Reiseunterstützung zur Beratung. Rallaiou erklärt hierzu, daß sie der Einführung einer obligatorischen Reiseunterstützung nicht sympatisch gegenüberstehen, weil sich dieselbe in England nicht bewährt habe. Wenn aber ein fremder Hutmacher nach England komme und sich in Not befinde, werde er jederzeit unterstützt werden.

Reina-Ronza erklärt, daß auch sie der Sache keine Bedeutung beilegen. Sie seien auch nicht für die Schaffung einer obligatorischen Reiseunterstützung, wie die Franzosen; nur sollte beschlossen werden, daß nur die Mitglieder des internationalen Verbandes Reiseunterstützung bekommen.

Bordet-Lyon begründet die Notwendigkeit einer obligatorischen Reiseunterstützung, allerdings unter der Bedingung, daß nur Mitglieder des internationalen Verbandes die Unterstützung bekommen.

Ronzer-Bukarest hält die Debatte darüber für überflüssig, da doch schon der internationale Kongress in Brüssel einen dahingehenden Beschluß gefaßt habe.

Reichsliste-Altenburg bittet, doch kurzerhand den Vorschlag Reinas anzunehmen. Das genüge, da sich schon zweimal internationale Kongresse mit der Sache befaßt hätten. Schließlich komme es ja immer darauf an, wie dieser Beschluß ausgeführt werde.

Der Vorschlag Reinas wird hierauf mit einem Amendement der Oesterreicher per Affirmation einstimmig angenommen.

Es entsteht nunmehr eine längere Debatte über die Bestimmung des Sitzes des internationalen Sekretariats. Hierzu haben die deutschen Delegierten folgenden Antrag gestellt:

Kann der französische Verband keine genügenden Garantien bieten für die Ausführung der (früheren) Kongressbeschlüsse, so ist der Sitz des internationalen Sekretariats nach einem anderen Lande zu verlegen.

Reichsliste sagt, die schlimmen Erfahrungen, die man nicht nur nach Brüssel, sondern schon seit 1808 mit dem internationalen Sekretariat gemacht, hätten sie zur Stellung dieses Antrages veranlaßt. Nur wenn die Franzosen bindende Erklärungen abgeben, daß sie für die Zukunft die Garantie für die bessere Ausführung der Beschlüsse und der Geschäfte des internationalen Sekretariats übernehmen, könnten sie sich dazu verstehen, daß das Sekretariat in Paris bleibt.

Bordet-Lyon erklärt, daß man in Frankreich beschlossene habe, den Unzuständen dadurch abzuhelfen, daß man das nationale mit dem internationalen Bureau vereine und den nationalen Sekretär mit zur Erledigung der Arbeiten heranziehen wolle. Für die strenge Durchführung der Beschlüsse würden sie die volle Garantie übernehmen.

Reina-Ronza bedauert, nicht den Ausführungen der Franzosen zustimmen zu können. Die internationale Pflicht gehe über die nationale Bequemlichkeit. Aus diesem Grunde sei er für den Antrag der Deutschen. Die Aufgabe des internationalen Sekretärs bestehe nicht bloß darin, die Beschlüsse auszuführen, sondern auch neue Aufgaben zu erledigen. Deshalb sei es ganz gut, von Zeit zu Zeit den Sitz des Sekretariats zu verlegen.

Bodrahali-Wien sagt, nicht bloß die Nichtausführung der Beschlüsse, sondern auch die Differenzen, die in Frankreich herrschten und die lähmend auf die Tätigkeit des internationalen Sekretariats wirken, veranlasse sie, für den Antrag der Deutschen zu stimmen. Er beantragt, das Sekretariat nach Altenburg zu verlegen und Reichsliste mit der Ausführung der Geschäfte des internationalen Sekretariats zu betrauen.

Bordet-Lyon wendet sich nochmals gegen die Verlegung des Sekretariats. Was von Reina und anderen für die Verlegung gesagt worden sei, sei nicht durchschlagend. Er versichere nochmals, daß sie die Geschäfte des Sekretariats in gewissenhafter Weise ausführen werden.

Der Kongress beschließt hierauf, prinzipiell alle 6 Jahre das internationale Sekretariat zu verlegen. Der Antrag der Oesterreicher, das Sekretariat nach Altenburg zu verlegen, wird in namentlicher Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Franzosen angenommen. Die Deutschen hatten sich der Stimm enthalten.

Schluß der Sitzung.

Die bayerische Offizierspieleraffäre vor Gericht.

Die Spielhölle in Dieze.

Landau, 17. August. (Telegraphischer Bericht.)

Die alte Festungsstadt Landau, die Metropole des pfälzischen Weinhandels, bildet heute den Schauplatz der ersten jener Gerichtsverhandlungen, die im Anschluß an die jüngst durch die deutsche Presse gegangenen Enthüllungen über das Leben und Treiben einer ganzen Anzahl Angehöriger der ersten Kreise Bayerns in München und anderen Städten noch werden verhandelt werden. Die Ursache, aus der heraus die Öffentlichkeit dazu gelangte, sich mit diesen bayerischen „Harmlosenklub“ einmal näher zu beschäftigen, bildete bekanntlich ein in Florenz unternommener Selbstmordversuch des Reichsrats Grafen Freyhing, der, ein leidenschaftlicher Spieler und ein Freund starker geistiger Getränke, sich in italienische industrielle Engagements eingelassen hatte, um seine finanziellen Verhältnisse zu rangieren. Das gelang ihm aber nicht, und die harten Vorwürfe seiner Verwandten ließen ihn dann zum Revolver greifen. Die im Anschluß an diesen Selbstmordversuch angestellten Ermittlungen ergaben, daß Graf Freyhing von dem im 8. Chevaux-legers-Regiment in Dieze stehenden Leutnant Kurt Wähe veranlaßt worden war, sich an einem Quecksilberbergwerk in Toskana zu beteiligen. Der Stein rollte dann weiter. In München gelangten die Schiedungen des Rittmeisters Freiherrn von Horn zur Kenntnis der Öffentlichkeit und die von Landau aus in Dieze betriebene Untersuchung förderte das Bestehen einer förmlichen Spielhölle zutage. Dieze ist ein kleines, etwa 6000 Einwohner zählendes Garnisonstädtchen an der französischen Grenze, nahe bei Avricourt. Ähnlich wie in Forbach haben anscheinend auch in Dieze die Offiziere ihre freie Zeit beim Hazardspiel zugebracht. Die Folge war natürlich, daß viele junge Offiziere finanziell ruiniert wurden, so auch Kurt Wähe, der dann zu ungesetzlichen Mitteln seine Verluste nahm. Unter der Vorspiegelung, er habe einen reichen Onkel, der alles begahen werde, machte er Spielschulden auf Spielschulden und gewann auch einige Kameraden, die Bürgschaft für ihn leisteten.

Wegen dieser und anderer unlauterer Mäander hat sich nun heute Leutnant Kurt Wähe vor dem Kriegsgericht der 3. Division

zu verantworten. Die zuerst gegen ihn erhobene Anklage wegen Fälschung von Wechseln und des Textes von Wechselkunden mußte mangels genügender Beweise niedergeschlagen werden. Dagegen wurde die Anklage erhoben wegen Betruges, der in der betragswidrigen Erhöhung der Wechselsummen bei in Blanko akzeptierten Wechseln, also im sogenannten Blankettmißbrauch erblickt wird. Die zuerst gegebene Annahme, daß

Herzog Ludwig,

ein Sohn des bekannten Augenarztes Herzog Karl Theodor in Bayern, in die Affäre Miße verwickelt sei, hat die Untersuchung nicht befähigt. Miße, über dessen Vermögen der Konkurs verhängt worden ist, wurde in Untersuchungshaft genommen, in der er sich noch befindet. Zu seinem finanziellen Dobbache mag auch viel ein Liebesverhältnis mit dem Mitglied eines Münchener Ueberbrettl's beigetragen haben.

Der ursprünglich als Verteidiger Mißes fungierende Rechtsanwält Damm in München mußte dieser Tage zurücktreten, da ihm einerseits für den Bezirk des Kriegsgerichts der 3. Division die anwaltliche Zulassung schied und er andererseits als ein wichtiger Zeuge in der ganzen Angelegenheit figuriert. Dem Angeklagten wurde darauf in dem Rechtsanwalt Gaud-Landau ein neuer Verteidiger gestellt. Miße ist der Typ des „schneidenden“ Leutenants. Die Figur ist die eines degenerierten Lebemanns. Als militärischer Verteidiger ist Oberleutnant Reuth anwesend. Geladen sind acht Zeugen, darunter die Schwester des Angeklagten und Herzog Ludwig von Bayern, der Sohn des Herzogs Karl Theodor von Bayern. Der Zuschauerraum ist überfüllt.

Berechnung des Angeklagten Miße.

Miße, der am 1. Dezember 1888 in München als Sohn eines Lazarettinspektors geboren ist, war zuerst Fahnenjunker beim dritten Bataillon des Leibregiments und wurde dann Fähnrich. Seit dem 1. März 1905 ist er Leutnant beim 3. Gebau-Regiment in Dieuze. Die Anklage wirft ihm vor:

1. Unter der Vorpiegelung einer falschen Tatsache den Herzog Ludwig bezogen zu haben, ihm für ein Darlehen von 30.000 bis 35.000 M. Bürgschaft zu leisten.
2. Im Mai d. J. erneut unter Vorpiegelung einer falschen Tatsache vom Herzog Ludwig Bürgschaftsleistung für die Summe von 60.000 M. zu erlangen versucht zu haben.
3. Falsche dienstliche Meldungen gemacht zu haben.

Vom Verhandlungsführer aufgefordert, sich allgemein zur Anklage zu äußern, erklärt Miße, daß er nicht die Absicht gehabt habe, das Vermögen des Herzogs Ludwig zu schädigen, sondern daß er sich seiner Schuld bewußt sei. Die Tatsachen, die zur Anklage stehen, leugnet er nicht, bestreitet aber, bewußt die Unwahrheit gesagt zu haben. — Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Menschel erörtert die mangelhaften Vermögensverhältnisse des Angeklagten. Der Angeklagte ist infolge seines störrischen Lebens in eine schlechte finanzielle Lage geraten und brandete, wie er sich selbst ausdrückt, um seine Schulden zu tilgen, eine geringere Summe, etwa 20.000 M., die er durch Wechsel aufnehmen wollte. — Verhandlungsführer: Das ist doch aber keine geringe Summe mehr. Hatten Sie irgend einen besonderen Anlaß, daß Sie Geld brauchten und welcher war es? — Der Angeklagte verweigert darauf die Aussage. — Verhandlungsführer: Also Sie wollten nur flotten leben. — Angekl.: Ja wohl. Der Angeklagte erzählt dann, daß ihm schließlich die Verhältnisse über den Kopf gewachsen seien und er vollständig die Kontrolle verloren

hatte. Er gab Wechsel einfach in Blanko aus und die Geldagenten füllten dann die Summe aus. Der Angeklagte erklärt dann weiter, daß er gehofft habe, seine Eltern und Verwandten würden ihm ausbilden. Er habe einen reichen Onkel gehabt, der ihm immer versprochen habe, zu helfen. Außerdem hatte er die Absicht, sich zu verheiraten. — Verhandlungsführer: Das kommt in zweiter Linie. Hat sich Herzog Ludwig Ihnen gegenüber sofort bereit erklärt, das Geld zu geben? — Angekl.: Ich habe Se. Königl. Hoheit meine Vermögensverhältnisse geschildert. Er sagte darauf, wenn sich niemand anderes finde, werde er mir helfen und mich nicht fallen lassen. — Verhandlungsführer: Se. Königl. Hoheit hat aber nicht allein aus kameradschaftlichem Gefühl so gehandelt, sondern hat sich bestimmt auf Ihre Angaben verlassen, daß Ihre Verwandten in guten Verhältnissen leben und auch zahlen würden. Sie haben doch Se. Königl. Hoheit bestimmt versichert, daß Sie das Geld zurückzahlen würden. — Angekl.: Se. Königl. Hoheit hat die Sache sehr leicht genommen und gesagt, er fürchte gar nichts. — Verhandlungsführer: Na, na! Was haben Sie nun als Sicherheit für die Forderungen angegeben? — Angekl.: Ich habe gesagt, daß ich

eine reiche Dame heiraten

würde, und wiederholt mitgeteilt, daß meine Eltern mir helfen würden. — Verhandlungsführer: Ihre Eltern sind aber gar nicht vermögend. Denn Sie sollten bei der Kavallerie dienen, da aber die Mittel nicht langten, traten Sie beim Gebau-Regiment ein. Der Verhandlungsführer richtet dann an den Angeklagten die Frage, ob er wirklich die Absicht gehabt habe, die Dame, deren Namen in der Verhandlung nicht genannt werden soll, zu heiraten. — Der Angeklagte bejaht die Frage und erklärt, daß er

das Vermögen der Dame auf 500.000 M. geschätzt habe. — Verhandlungsführer: Weshalb wurde denn nun nichts aus der Heirat? — Angekl.: Ich erfuhr, daß das Vermögen doch nicht so groß sei, wie ich annahm, außerdem war ich durch die fortwährenden Geldangelegenheiten und das Verfahren des Ehrenrats gegen mich so in Anspruch genommen, daß ich mich

der Dame nicht genügend widmen konnte und so lockerte sich das Verhältnis. — Verhandlungsführer: Sie haben aber bei dem zweiten Betrugsversuch noch

seine Heirat als Sicherheit

angegeben. — Angekl.: Ich beabsichtigte, mich neu zu verheiraten. — Es werden sodann die Vermögensverhältnisse des reichen Onkels des Angeklagten erörtert. Der Verhandlungsführer hält dem Angeklagten vor, daß die Erbschaft, die auf ihn einmal nach dem Tode des Onkels entfällt, eine ziemlich kleine Summe sein wird, da sie in 28 Teile geht. Der Angeklagte erklärt, daß er den Onkel für einen mehrfachen Millionär hielt und daß dieser sich ihm gegenüber immer verpflichtet, für seine eventuellen Schulden aufzukommen. — Verhandlungsführer: Ihr Onkel hat in der Voruntersuchung energisch bestritten, Ihnen jemals ein solches Versprechen gegeben zu haben. — Es kommt dann zur Sprache, daß der Angeklagte hinter dem Rücken seines Onkels von seiner Tante mehrmals größere Summen bis zum Betrage von 10.000 M. erhalten hat.

Sodann werden die Geldgeschäfte des Angeklagten mit den Geldagenten verhandelt. Miße hat, nachdem Herzog Ludwig die Bürgschaft geleistet hatte, 40.000 Mark bei einem Geldagenten in München ausgenommen. — Verhandlungsführer: Wieviel haben Sie in Wirklichkeit von dem Geldagenten erhalten? — Angekl.: Etwa 31.000 Mark, davon habe ich dem Leutnant Vogel etwa 5.000 Mark abgetreten. — Der Angeklagte erzählt dann, daß sein Onkel bereits 80 Jahre und seine kranke Tante 79 Jahre alt sei und daß er deshalb

auf eine baldige Erbschaft rechnen

konnte. — Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Ott bemerkt demgegenüber, daß der Onkel ein sehr rüstiger Mann sei und noch ganz gut 10—15 Jahre leben könnte. — Der Angeklagte geriet wenige Wochen nachdem er die 31.000 Mark bekommen hatte, abermals in große Geldschwierigkeiten. Er wandte sich deshalb abermals an Herzog Ludwig in einem Briefe, in dem es hieß: „Ich habe ein neues Anliegen; aber ich kann Ihnen die erforderliche Mitteilung machen, daß die andere Angelegenheit für Sie erledigt ist.“ Die Anklage sieht hierin einen Betrugsversuch, da die andere Angelegenheit d. h. die 40.000 M. noch nicht bezahlt waren. Der Verhandlungsführer hält dem Angeklagten vor, daß die Behauptung, die andere Angelegenheit sei erledigt, doch eine falsche Vorpiegelung sei, worauf der Angeklagte erwidert, er habe dafür keine bestimmte Erklärung, die 40.000 Mark-Angelegenheit habe er aber mit der genannten Stelle im Briefe nicht gemeint. — Der Angeklagte fand dann Aufnahme in einem Münchener Krankenhaus. Da der erste Schuldschein in Höhe von 40.000 M., für den Herzog Ludwig Bürgschaft geleistet hatte, nicht eingelöst wurde, kam die ganze Angelegenheit

zur Kenntnis des Herzogs Karl Theodor

von Bayern, der seinerseits den Reichsrat v. Auer in das Münchener Krankenhaus zum Leutnant Miße schickte, um sich wegen der Beteiligung seines Sohnes an der Geldsaffäre zu erkundigen. Am Tage vorher war aber bereits Prinz Ludwig bei Miße im Krankenhaus gewesen und hatte ihn gebeten, nichts zu verraten. Als deshalb Reichsrat v. Auer im Krankenhaus vorsprach, erklärte Miße, daß Herzog Ludwig an der ganzen Sache nicht beteiligt sei. Da der Angeklagte dem Herzog Ludwig versichert hatte, daß die 40.000 M.-Angelegenheit erledigt sei und er von dem Herzog eine neue Sicherheitsleistung von 60.000 M. verlangte, so wäre, wie der Verhandlungsführer dem Angeklagten vorhält, wenn die zweite Bürgschaft zu hande gekommen sein würde,

Herzog Ludwig um 100.000 M. geschädigt worden.

Es wird sodann der dritte Punkt der Anklage erörtert, der sich auf

falsche dienstliche Meldungen

bezieht. Die falsche Meldung soll dadurch geschehen sein, daß der Angeklagte vor dem Ehrenrat über die Höhe der Schulden falsche Angaben gemacht hatte. Der Angeklagte erklärte, daß er das nicht als falsche dienstliche Meldung angesehen habe.

Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet und es beginnt die Zeugenernehmung.

Zeuge Mittmeister G. v. Kürnberg, der Vorsitzende des gegen den Angeklagten eingeleiteten Ehrenverfahrens war, erklärt, daß Miße vor dem Ehrenrat ausgesagt habe, er werde für alle Verbindlichkeiten aufkommen.

Unter großer Spannung wird sodann

Herzog Ludwig Wilhelm von Bayern als Zeuge

aufgerufen. Zeuge Herzog Ludwig Wilhelm hat zweimal für Leutnant Miße Bürgschaft geleistet und sagt darüber aus: Im zweiten Drittel des Monats März 1906 kam Leutnant Miße zu mir und bat mich, einen Schuldschein über 35.000 M. zu unterschreiben. Ich weigerte mich anfangs, aber Miße sagte dann, ich würde keine Unannehmlichkeiten haben und auch nicht zur Zahlung herangezogen werden. Als Sicherheit gab er mir an: 1. daß sein Vater sehr vermögend sei, 2. daß sein Onkel sehr reich sei und er eine reiche Erbschaft antreten würde, und 3. daß er vor einer reichen Heirat stünde. Einen Wechsel hätte ich nicht unterschrieben, weil ich mit Wechseln nicht zu tun haben will. Miße sagte mir, ich würde höchstens einen Schuldschein ausstellen; das habe ich denn auch getan. Herzog Ludwig erzählt dann weiter die Ergebnisse in ähnlicher Weise, wie es der Angeklagte getan hat. — Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Ott richtet an den Herzog die Frage, ob er den Schuldschein auch unterschrieben hätte, wenn der Angeklagte nicht die Angaben von seinem reichen Verwandten gemacht hätte. Der Herzog erwidert, er habe natürlich nur Bürgschaft geleistet unter der Bedingung, daß er niemals wegen dieser Angelegenheit irgend welche Unannehmlichkeiten haben würde.

Zeuge Leutnant Vogel-Ingolstadt bestätigt, daß der Angeklagte mit seinen reichen Verwandten prunkte, und daß er die Absicht hatte, eine vermögende Dame in München zu heiraten. Ob das Heiratsprojekt sich bereits zerlegt habe, als Miße den Herzog um die Bürgschaft anging, konnte er nicht sagen. — Zeuge Rechts-

anwalt Damm-München wurde von dem Angeklagten mit der Rangierung der Vermögensverhältnisse betraut. Er führt aus, daß die Bürgschaft des Herzogs nicht auf eine bestimmte Summe lautete, sondern allgemein in blanco gegeben war. Ueber die Vermögensverhältnisse des Onkels des Angeklagten sagt Zeuge, daß auf die Familie des Angeklagten etwa 2 bis 300.000 M. entfallen werden. Außerdem hat der Vater des Angeklagten auf dem Bureau des Zeugen schriftlich niedergelegt, daß die Familie Miße auf die Erbschaft des alten Onkels zu Gunsten des geschiedenen Herzogs Ludwig Verzicht leisten wolle. Zeuge machte dem Angeklagten auch darauf aufmerksam, daß eventuell ein strafrechtliches Verfahren gegen ihn eingeleitet werden könne. Der Angeklagte sagte aber immer, daß er sich seiner Schuld bewußt sei und nicht die Absicht gehabt habe, jemand zu betrügen. Der alte Onkel des Angeklagten sei übrigens ein Weizhals, von dem, so lange er lebe, nichts zu bekommen wäre. — Zeuge Konkursverwalter Baummeister-Dieuze hat die Konkursmasse des Angeklagten verwaltet. Zum ersten Termin waren 121.000 Mark angemeldet, er habe noch einen zweiten Termin angelegt, der Angeklagte habe aber sämtliche Forderungen bestritten. Es wären Wechsel dabei, für die er gar nicht aufzukommen hätte.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags Sitzung werden zunächst die Verwandten des Angeklagten als Zeugen vernommen. Darauf wird die Beweisaufnahme geschlossen. Es erhält das Wort der

Vertreter der Anklage

Kriegsgerichtsrat Ott: Es handelt sich hier um einen einfachen Betrugsfall, wie er alle Tage die deutschen Gerichte beschäftigt, und die öffentliche Neugierde wird nicht auf ihre Rechnung kommen. Trotzdem muß ich erwähnen, daß von einer Seite, die leicht zu erraten ist, versucht worden ist, den Gerichtshof mit unlauteren Mitteln zu beeinflussen. Es sind nämlich partielle Zeitungsberichte ausgeschnitten und aufgelegt dem Gericht zugesandt worden. Bei der großen Macht, die die Presse hat, halte ich mich für verpflichtet, zu erklären, daß nur das, was in der heutigen Hauptverhandlung zur Sprache gekommen ist, Gegenstand der Beweisaufnahme sein kann.

Zum Schluß beantragt der Anklagevertreter, den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 4 Monaten zu verurteilen.

Der Verteidiger

Rechtsanwalt Gaud bemerkt einleitend, daß die in Münchener Blättern angelegten Versuche, den Angeklagten zu entlasten, so plump seien, daß wohl kein vernünftiger Mensch annehmen könne, daß sie auf den Angeklagten zurückzuführen seien. In längeren Ausführungen sucht sodann der Verteidiger nachzuweisen, daß von einem Betrugsverbrechen keine Rede sein könne, da er mit Sicherheit auf die Erbschaft rechnete. Der Verteidiger beantragt schließlich die Freisprechung seines Klienten.

Darauf zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Während der Beratung zündet sich der Angeklagte im Sitzungssaal eine Zigarette an.

Das Urteil.

Nach halbstündiger Beratung verkündet der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Menschel, folgendes Urteil: Der Angeklagte wird vom Vergessen des verübten Betruges freigesprochen, dagegen wegen Betruges und wegen Verletzung der Vorsichten zu einer Gefängnisstrafe von fünfzehn Tagen und zur Dienstentlassung verurteilt.

Bei der Strafmessung wurde davon ausgegangen, daß der Angeklagte noch sehr jung und unerfahren ist, und daß er in ganz außerordentlich leichtsinniger Weise gewirksam habe. Die Jugend und Unerfahrenheit des Angeklagten müsse als strafmildernd angesehen werden, als strafschärfend läme aber die Höhe der Summe in Betracht. Eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen erschien wegen des Betruges für angemessen, wegen Verletzung der Vorsichten wurde auf drei Tage Stubenarrest erkannt. Die Strafe wurde auf 16 Tage Gefängnis zusammengezogen. Da außerdem bei Verurteilung wegen Betruges Degradation zulässig sei, wurde auf Dienstentlassung erkannt. Die Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet.

Witterungsüberblick vom 17. August 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius
Swinemünde	758	W	2 mäßig	18	Osaramba	757	W	2 mäßig	16		
Hamburg	758	SW	3 halb	15	Petersburg	763	SO	1 mäßig	18		
Berlin	759	W	1 mäßig	17	Sibir	762	SW	4 heftig	14		
Frankfurt a. M.	761	SW	3 bedekt	14	Adelberg	763	SW	1 mäßig	12		
München	762	W	4 bedekt	15	Paris	763	SW	2 bedekt	13		
Wien	763	W	3 Regen	17							

Wetterprognose für Sonnabend, den 18. August 1906.
Etwas kühler, vorwiegend trübe mit Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 18. August. Elbe bei Wulffig — 0,29 Meter, bei Dresden — 1,75 Meter, bei Radeburg — 0,89 Meter. — Ussuri bei Strausfurt — 1,25 Meter. — Oder bei Rathbor — 0,94 Meter, bei Breslau Oberpegel — 4,84 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,54 Meter, bei Frankfurt — 0,84 Meter. — Rheingel bei Draheimünde — 2,46 Meter. — Warthe bei Gosen — 0,00 Meter.

Heute

Schluss

JANDORF'S

Woche 90 Woche

Extra-Verkauf von ausserordentlich billigen Artikeln in allen Abteilungen

Soweit Vorrat. — Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt. — Die Ausgabe der Rabatmarken bleibt bestehen.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
IV. Berliner Reichstagswahlkreis
Nachruf!
Am Donnerstag, den 9. August
1906, fand unser Genosse, der
Arbeiter
Hermann Hennig
im Fronten des Kapitalismus
bei der Explosion der Eisenmann-
schen Spreitfabrik seinen jähen Tod.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am
15. August auf dem Karlsruh-
Kirchhof in Wilmersberg statt.
202/10
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 15. d. Mts. verstarb unser
Mitglied, der Tischler
Max Schulz
Gleimstraße 9.
Am 14. d. Mts. verstarb unser
Mitglied, der Schankwirt
Heinrich Klein
Gaussestraße 48.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung des Genossen
Schulz findet am Sonntag, nach-
mittags 4 Uhr von der Halle des
Friedenskirchhofes in Nordend,
die Beerdigung des Genossen
Klein findet gleichfalls Sonntag-
nachmittags 4 Uhr von der Halle
des Gnadenkirchhofes, Barchus-
straße, aus statt.
202/10
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Töpfer
Deutschlands.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß die Beerdigung des Kollegen
Max Schulz
nicht, wie in der gestrigen Annonce
stand, am Sonntag, den 19. Aug.,
nachm. 3 Uhr, vom Kranken-
haus Friedrichshain, sondern
nachmittags 4 Uhr von der
Leichenhalle des Kirchhofes der
Leichengemeinde in Nieder-
Schönhausen-Nordend aus statt-
findet.
Um rege Beteiligung ersucht
nochmals
201/10
Der Vorstand.

Am 15. d. Mts., nachmittags
1 1/2 Uhr, verstarb nach kurzem
Leiden mein innigstgeliebter Mann,
unser Vater, der Vergolder
Reinhold Pott
im 48. Lebensjahre.
Dies zeigen hierdurch an
Josephine Pott
und Kinder.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. August, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause,
Dunderstr. 8, aus nach dem
Gethsemane-Kirchhof, Nordend,
statt.
201/22

Zentral-Kranken- und Sterbe-
Kasse der Tischler
u. anderer gewerblicher Arbeiter.
Verwaltung Berlin D.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
früherer Revisor u. Beiragsammler
Karl Winterscheidt
gestorben ist.
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, nachmittags 5 Uhr, vom
Krankenhaus Noabit, Birken-
str. 1, aus nach dem neuen Joh-
annes-Friedhof in Ploegensee statt.
Um recht rege Beteiligung der
Mitglieder ersucht
184/16 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der
Steinarbeiter.
Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Steinmetz
Karl Winterscheidt
am 15. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 19. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Noabiter Krankenhauses
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
180/1 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters
sagen wir allen Verwandten, Freun-
den und Bekannten, insbesondere dem
Herrn Edel, dem Herrn Obermeister
und allen Herrn Kollegen von der
Firma Lüben u. Busch unseren herz-
lichsten Dank.
Johanna Symmank
nebst Sohn und Schwestern.

Die Verlobung mit dem Restau-
rateur Herrn Hermann Jahn,
Rüdersdorferstr. 11, erkläre ich hier-
mit von meiner Seite für auf-
gehoben.
201/32
Martha Kurzke.

Zentralverband deutscher
Brauereiarbeiter.
Zweigverein Berlin.
Section I. (Brauere).
Am 10. August cr. starb ganz
plötzlich unser langjähriges Mit-
glied, der Kollege
Georg Eisele
(Spanbauer Bergbrauerei).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am
16. August in Rönchen statt.
42/1 Die Ortsverwaltung.

Am 15. August, nachmittags
1 1/2 Uhr, verschied nach kurzem
Kranklager unter draver Mit-
arbeiter, der Vergolder
Reinhold Pott
im 48. Lebensjahre.
Wir verlieren in ihm einen der
besten und rechtlichsten Kol-
legen, dessen Andenken wir stets
in Ehren halten.
Das Personal der Firma
Alb. Zander.

Verband der im Vergolder-
gewerbe beschäftigten Arbeiter
u. Arbeiterinnen Deutschlands
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 16. August verstarb unser
Verbandskollege
Reinhold Pott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Son-
ntag, den 19. August, nachmittags
4 Uhr, vom Trauerhause Dunder-
straße 8 nach dem Gethsemane-
Kirchhof in Nordend statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
226/13
Der Vorstand.

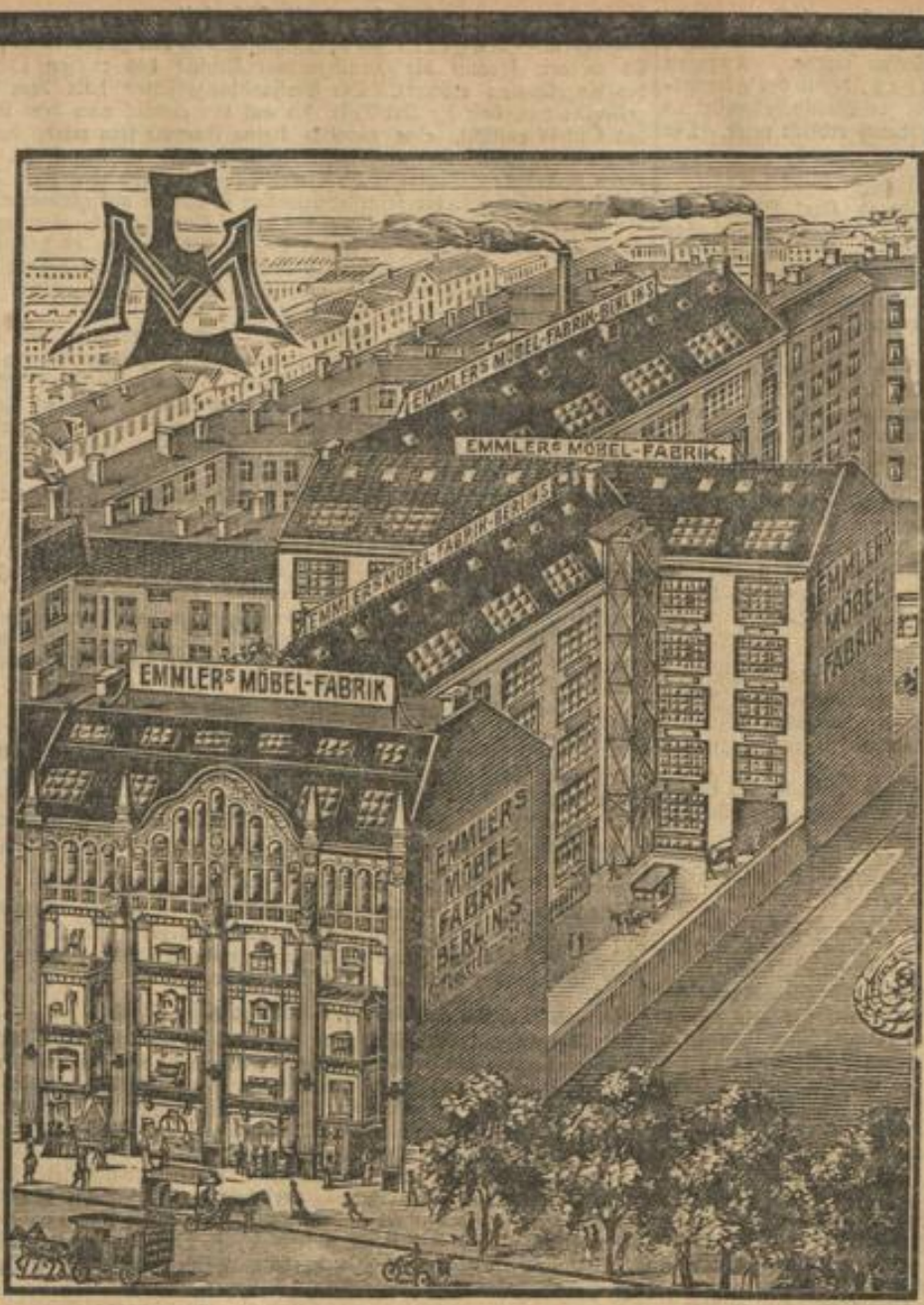
Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Nachruf.
Am Freitag, den 10. August,
verstarb plötzlich unser Mitglied
Wilhelm Kurz
im Alter von 56 Jahren an Ge-
hirnschlag.
Ehre seinem Andenken!
146/17
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Kollegen und
Genossen die traurige Nachricht,
daß mein lieber, herzlichgeliebter
Mann, Vater und Schwieger-
vater, der Restaurateur
Karl Neye
nach kurzem Leiden im 46. Lebens-
jahre sanft entschlafen ist.
Dies zeigen hiermit schmerz-
lich an
Die trauernde Witwe
nebst Sohn.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. August, nach-
mittags 6 1/2 Uhr, von der Halle
des Lullsen-Kirchhofes am Herten-
brunner Weg aus statt.
201/42

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige Herrenmoden
Bestellungen nach Maß, tadellose
Ausführung i. eigener Werkstatt.
Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kreditkauf.
J. Kurzberg.
An der Jannowitzbrücke 1. 1.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Arbeiter-
Berufs-Kleidung.
Trikotagen
Herren-Artikel
Jetzt
Brunnenstraße 158,
zweites Haus von d. Anflamerstr.
Gelber Laden.

Borussia-Theater u. Festsäle
Abd.: **J. Leschkowski**
Ackerstr. 6/7. Teleph.: Amt III, 2974.
4 elegante Festsäle, 150, 300,
800 Personen fassend, mit Bühnen,
für Hochzeiten, Vereinsfestlichkeiten,
Versammlungen bestens empfohlen.
Jeden Mittwoch **Großer Ball.**
und Sonntag: **Tanzschule S. Weber.**
Vorlang neuer Kurle jeden Monat.
Tägliche Musikvorhänge 10-2 Uhr.



EMMLER'S
Möbel-Fabrik
mit elektr. Betrieb
S. Kottbuser Damm 25-26.

ERÖFFNUNG
Sonntag d. 18. August
Vorm. 9 Uhr.

Ständige Ausstellung von ca.
150 Musterzimmern
in 7 Etagen
complett aufgestellt.
5000 qm. Lager- und Fabrikräume.

Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose **Herkules** tragen.
Wein-Verlauf. Sehr starkes Leder in
prächtigen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knop-
nähte. Halbstarke Blot-Laschen.
Große Haken umhant. Die Hose
bei Annahme von
6 Stück 25 Mt. **4 Mt. 50**
Nachtleder-Hose Karle Gam-
brinn. Futterlette . . . 5 Mt. 50
Gefüttert. Wandler-Jacke 14,50, 8,75
Schblaue Monteur-Jacke 1 Mt. 90
Schblaue Monteur-Hose . . 1 Mt. 50
Schblaue Monteur-Jacke,
prima Körper-Gewebe . . 2 Mt. 50
Schblaue Monteur-Hose,
prima Körper-Gewebe . . 2 Mt. 10
Weiße Reiser-Jacke 3,50, 2 Mt. 75
Hondler-Jacke, Zwilling . . 4 Mt. 50
Waler-Mittel . . . 3, 2,50, 2 Mt. 25
Mechaniker-Mittel (Draht) 3, 2 Mt. 40
Weiße Leder-Jacke, Zwilling
7,50, 3 Mt. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 Mt. 90
Aeskreiner-Anzüge, blau,
nach Maß 5 Mt. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Gaussestr. 24/25. Bräunerstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 29. Haupt-Preisbuch 1906 wird
kostenlos und portofrei zugelandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Hosweite und die Schrittlänge, bei
Jackets und Mitteln die Brustweite
anzugeben. 1722*
— Versand von 20 Mt. an franko. —

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige (2008L)*
Herren-Garderobe
— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidmeister,
Große Frankfurterstraße 37, II.
Eingang Straußberger Platz.*

Nathan Wand
129 Stalherstr. 129.
Die schönsten 20102*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
totale speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Bauchanzüge sind in
großer Auswahl stets zu haben
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalherstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Wahnbach-Ufer 3, per 1,10, zwei
Wohnung, 21 u. 22,50 Mt., Etos. I.*
Waldenweg 12, II. Wohn. Fr. 170/14, L.
Berolina
Verein. Mineralwasserfabriken,
G. m. b. H.
Berlin S. 59
Haybach-Ufer No. 9.
Spezialität:
Bero-Sekt
feinstes alkoholfreies
Erfrischungs-Getränk.
Gen.-Vertret.: 1938L.*
Aachener Kaiserbrunnen.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41.
Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Greift zu!
Kolossal billig!
Monats-Anzüge, Abonne-
ments-Anzüge, Anzüge, Ersatz
für Maß.
Alles auch für torpulenten
Figuren! Getrag. Kleidungs-
stücke von Kavaliere,
Reisend, aus den feinsten
Berkhäuser Berlin, teils
von Hülse, kolossal billig.
Straßenbahn-Vergütung!
Bitte achten!
Zentral-Keller, Berlin,
35 Neanderstr. 35
3311 v. Stalib. Jannowitzbr.

Verbandstag der Schneider.

Berlin, 17. August.

Die heutige Sitzung begann mit der Behandlung des Punktes: Agitation und Organisation in der Herrenkonfektionsbranche. Hierzu sprachen zunächst die Vertreter der größten Konfektionsbezirke. Sie beleuchteten die Verhältnisse in ihren Bezirken und erörterten die Frage, in welcher Weise die Agitation unter den Konfektionsarbeitern am erfolgreichsten betrieben werden könne.

In der ausgedehnten Debatte wurde unter anderem auch die Frage der Einführung von Betriebswerkstätten eingehend erörtert. Nach dem Beschluß des vorigen Verbandstages steht die Forderung der Einführung von Betriebswerkstätten in der Maß- und Lagerkonfektion an erster Stelle. — In der heutigen Debatte traten dagegen einzelne Redner auf, welche meinten, diese Forderung könne einstweilen noch nicht durchgeführt werden, man solle deshalb zunächst die Einführung fester Lohnsätze fordern.

Im übrigen wurden in der Debatte verschiedene Anträge erörtert, welche weitere Anstellung von Gauleitern, Aenderung der Bezugsabteilung bezw. Schaffung neuer Agitationsbezirke und dergleichen mehr bezweckten. Alle diese Anträge wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso ein Antrag, welcher eine umfassende Agitation in allen Konfektionszentren für notwendig erachtet und den Hauptvorstand beauftragt, wegen dieser Angelegenheit mit den Ortsverwaltungen in steter Fühlung zu bleiben.

Der Verbandstag fordert von den Konsumvereinen, daß sie mehr als bisher geschehen, den in der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses aufgestellten Forderungen entsprechen. Insbesondere bedauert es der Verbandstag, daß ein Teil der Konsumvereine bei den Lohnbewegungen in der Konfektion jenes Zusammenarbeiten mit der modernen Arbeiterbewegung haben vermissen lassen, welches auch von ihnen als Teil derselben gefordert werden muß.

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautet: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Damenkonfektion und Damenschneiderei. Der Referent Knopp-Berlin schilderte in eingehender Weise an der Hand eines reichhaltigen Materials die Verhältnisse, welche in der genannten Branche herrschen.

sichtslosen Zwischenunternehmertum ausliefert, zurückzuführen ist; in fernerer Erwägung, daß die bisher erlassenen Bundesratsverordnungen teils durch die unzureichende Kontrolle der Landeszentralbehörden, teils durch die unzureichende Kontrolle vollständig wirkungslos geblieben sind, hält der Verbandstag die unermüdete Schaffung eines durchgreifenden Heimarbeiterschutzes für dringend notwendig.

Der Verbandstag ist sich aber auch darüber klar, daß erst dann an eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konfektionsindustrie gedacht werden kann, wenn das parasitäre Zwischenmeisterstystem beseitigt und die Erziehung gesunder Betriebswerkstätten durch die unmittelbaren Unternehmer erfolgt ist.

- 1. Einführung und Unterhaltung von Betriebswerkstätten, derart, daß die beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in unmittelbarem Arbeitsverhältnis zu dem wirklichen Unternehmer stehen.
2. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 9 Stunden.
3. Einführung von Wochen- resp. Zeittagen.
4. Ueberstunden und Sonntagsarbeit sollen nur in ganz bringenden Fällen zulässig sein und müssen dann mit entsprechendem Aufschlag bezahlt werden.
5. Sämtliche Arbeitsgeräte und Furnituren sind vom Arbeitgeber zu liefern.

Zur Ueberwachung der Einhaltung dieser Forderungen sind örtliche Kommissionen einzusetzen. Zur Regelung des Arbeitsverhältnisses ist ein einheitlicher Arbeitsvertrag einzuführen. Um dieses zu erreichen, ist es Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen in der Damenkonfektion, sich dem Verbandsangehörigen und tatkräftig an der Durchführung dieser Forderungen mitzuwirken, denn nur aus eigener Kraft kann erst eine menschenwürdige Existenz errungen werden.

Ferner wurde folgender Antrag angenommen: „Um die Agitation unter den Arbeiterinnen aller Zweige unseres Berufes erfolgreicher betreiben zu können, beauftragt der Verbandstag den Vorstand, die Mitgliebschaften anzuweisen, ihm geeignete Kolleginnen vorzuschlagen, die zu Agitatoren herangebildet werden können. Der Vorstand wird ermächtigt, befähigten Kollegen und Kolleginnen die Mittel zur Teilnahme an den von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskursen zur Verfügung zu stellen.“

Ueber den gegenwärtigen Stand des gesetzlichen Heimarbeiterschutzes referierte Kämig-Berlin. Der Redner unterzog die zurzeit geltenden Schutzbestimmungen einer kritischen Beleuchtung und empfahl die nachstehende Resolution, welche ohne Debatte einstimmig angenommen wurde:

„Angesichts der elenden Zustände, die sich in der Hausindustrie herausgebildet haben, wie sie namentlich durch den Konfektionsarbeiterstreik im Jahre 1896, durch den Heimarbeiterschutzbongress vom 7. bis 9. März 1904 in Berlin und der Heimarbeit-Ausstellung im Januar-Februar 1906 in Berlin zutage getreten sind, hält der Verbandstag des Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Arbeiterschutzes und die demgemäß vom Bundesrat erlassenen Verordnungen für gänzlich unzureichend und fordert von den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches die sofortige Schaffung eines durchgreifenden Heimarbeiterschutzes, gemäß des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem Reichstage unterbreiteten Entwurfes.“

Soziales.

Ein Anstellungsvertrag.

Bei einem Teile der Handlungsgehilfen steht ein geradezu lächerliches „Standesbewußtsein“ der wirksamen Vertretung ihrer Interessen hindern entgegen. Ganz besonders ist diese Spezies der Erhabenen bei den deutschen Nationalverbändlern zu finden. Sie betrachten es direkt als Beleidigung, wenn man sie zu den Arbeitern rechnet, sie wollen mehr sein. In solcher Ueberhebung berechtigt die soziale Lage der Handlungsgehilfen durchaus nicht, wie folgender Auszug aus einem Anstellungsvertrag für Handlungsgehilfen sinnesfälliger illustriert.

Der Vater des kulturgeschichtlichen Dokumentes, das wir dem Organ des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen Leipzig entnehmen, ist die „Dressener Kaufmannschaft“. Zur Stärkung des Standesbewußtseins verpflichtet sich der Gehilfe, die Geschäftsangelegenheiten des Prinzipals zu besorgen und zu fördern. Auch verpflichtet er sich zur Verschwiegenheit aller geschäftlichen Vorfälle, zur Pünktlichkeit und Freundschaft gegen Prinzipal, seine Angestellten und die Kundenschaft.

Als wichtige Gründe, die den Prinzipal zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigen, gelten außer den in § 72 des Handelsgesetzbuches genannten insbesondere noch folgende:

wenn sich der Gehilfe einem unsittlichen Lebenswandel hingibt oder wenn er eine vom Prinzipal verlangte ärztliche Untersuchung durch den von diesem bezeichneten Arzt nicht gestattet oder wenn er vor der Anstellung den Prinzipal in den Angaben über sein Vorleben getäuscht hat; oder wenn er fortgesetzt unpünktlich und nachlässig in der Erfüllung seiner Pflichten ist und nach einer dreimaligen Verwarnung in dieser Beziehung wieder etwas sich zuschulden kommen läßt. Geschenke irgend welcher Art darf der Handlungsgehilfe weder von Lieferanten noch von Kunden in irgend welcher Form annehmen. Zuwiderhandlung begründet das Recht sofortiger Entlassung.

Daß der Handlungsgehilfe Reisen zu besorgen, so soll er während der Dauer einer Erkrankung oder wegen sonstiger, vom Prinzipal angeordneter Reisepausen kein Recht haben, außer dem Gehalt noch Vorteile in Gestalt von entgangener Provision und entgangener Reisepausen zu beanspruchen. Während der Reisepausen hat der Handlungsgehilfe in anderer angemessener Weise Dienste zu leisten.

Herr K. darf auch außer der Geschäftszeit keine Nebenbeschäftigung gegen oder ohne Entgelt haben, welche seine geistigen oder körperlichen Kräfte in erheblicher Weise in Anspruch nimmt, da die Zeit außer dem Geschäft in der Hauptsache der Ruhe und Erholung dienen soll.

Die Sklaverei wäre ja auch nicht vollständig, wenn der Herr nicht das Recht hätte, über jede Lebensform des Sklaven in Geschäftsinteresse zu befinden. Weiter wird bestimmt:

Nach Beendigung des Dienstverhältnisses darf Herr K. keine Tätigkeit für fremde Rechnung beginnen, wodurch der Firma H. während der nächsten . . . Jahre ein Schaden erwachsen könnte. Ein Engagement bei einer Konkurrenzfirma am Platze oder die

Etablierung einer solchen innerhalb der nächsten . . . Jahre ist bei einer Konventionalstrafe von Mark . . . unzulässig.

Katastrophisch darf auch kein Handlungsgehilfe krank werden, das bildet der Profit nicht, und damit auch die minimale gesetzliche Vorsorge illusorisch wird, bestimmen die — Herren:

Die Firma kann im Falle der Erkrankung des Gehilfen dessen Gehalt um die Hälfte desjenigen Betrages kürzen, der der Dauer der Krankheit entspricht.

Dauert die Krankheit des Handlungsgehilfen länger als sechs Wochen, so erlischt mit deren Ablauf der Anstellungsvertrag und insbesondere die Pflicht des Prinzipals zur Gewährung des Gehalts und der sonstigen Bezüge.

Nach Pflichten der Unternehmer und Rechten der Angestellten braucht man nicht mehr zu fragen, dafür müssen die letzteren sich aber auch noch einer Hausordnung unterwerfen, die nach demselben Schema wie der Anstellungsvertrag zugeschnitten ist. Also doppelte — Gesindeordnung!

Ein Fortschritt in Sachsen. Die königlich sächsische Eisenbahn-Generaldirektion hat eine Veränderung in den Arbeitszeitverhältnissen durch eine Verordnung herbeigeführt, die eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit für die in den Eisenbahn-Betriebswerkstätten beschäftigten Arbeiter darstellt. Vom Montag, den 20. August, ab tritt an Stelle des zehnstündigen der neunstündigen Arbeitstag. Zu Aussicht gestellt ist, daß auch die Lohnverhältnisse in Zukunft eine Besserung erfahren.

Schuldig, rechtslos, dem Verderben geweiht ist nach preussischen Befehlen der Landarbeiter und das Gesinde. So überschrieben wir eine Schilderung in der Kammer des „Vorwärts“ vom 14. August über das Schicksal einer Landarbeiterfamilie, in das sie geraten war, weil die Tochter eines Gläubigers den Dienst, in dem sie keine menschenwürdige Schlafstelle erhielt, verlassen hatte. Das Mädchen erhielt, wie die „Königsberger Volksztg.“ berichtet, nun anfangs dieser Woche vom Amt zu Schwandorf eine Verfügung, worin es aufgefordert wird, sich sofort im Amtslokale zu stellen und die gegen sie festgesetzten weiteren Strafen anzutreten, widrigenfalls ihm zwangsweise Vorführung unverzüglich erfolgen wird.

Öffentlich verhindert der Landrat, an den sich das Mädchen beschwerend gewandt hat, die zwangsweise Einsperung in die unvorschriftsmäßige, zu menschlichem Aufenthalt ungeeignete „Dorfkuje“.

Verlockendes Angebot. Wie hoch eine Berufsgenossenschaft die Arbeiterchaft einschätzt, läßt folgendes Inserat ahnen:

Für das Bureau einer größeren Berufsgenossenschaft in Berlin werden zum Dienstantritt am 24. September er. 11 Kanzleibeamte (Kenntnis der Schreibmaschine erwünscht) und acht Bureaubeamte für den Registratur- und Expeditionsdienst gesucht. An Bezügen werden den ersteren Beamten je 60,00 M. pro Monat, den letzteren dagegen je 3,00 M. Tagelohn pro Arbeitstag (achtstündige Dienstzeit von 8—4 Uhr) gewährt. Offerten mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind unter Chiffre „K. 208“ bei Daube u. Co., G. m. b. H., Berlin W. 8., einzureichen.

Bei solchen Angeboten versteht man auch die Lamentationen über die hohen Löhne und die Begehrtheit der Arbeiter. Es fehlt nur noch die Forderung des Nachweises, daß die Beamten schon erfolgreich in der Rentenversicherung tätig waren.

Aus Industrie und Handel.

Kohlennot.

Ueber die Ursachen der Kohlennot werden fast jeden Tag einige neue unwiderlegliche Tatsachen — erfunden. Bald soll die Faulheit der Bergarbeiter das Karmel sein, dann Arbeitermangel usw. Die famosste Erklärung ist aber folgende. Es wird argumentiert: der bekannte Konstruktionsfehler im Kohlenhandelsvertrag erlaubt den Hüttenzweigen, eine beliebige Menge ihres Förderungsquantums an die zugehörigen Hüttenwerke abzugeben. Infolge der überaus flotten Beschäftigung in der Hüttenindustrie, deren Bedarf enorm gestiegen ist, bleiben die Hüttenzweigen mit ihrer Pflichtmenge an das Syndikat weit im Rückstande. Wären die Hüttenzweigen gehalten ihre Beteiligung an das Syndikat voll zu liefern, dann könnte dieses allen Anforderungen genügen. — Uns will nicht einleuchten, daß mit der letzteren Voraussetzung der Kohlenmangel behoben sei, es würde nur eine Verschiebung eintreten. Liefern die Hüttenzweigen eine größere Menge an das Syndikat ab, dann fehlt ihnen das entsprechende Quantum für die zugehörigen Hüttenwerke und sie treten mit Ansprüchen an den Markt hervor. Die reinen Werke würden vielleicht etwas reichlicher versorgt, aber der Kohlenmangel allgemein wäre damit nicht im geringsten abgemildert. Hätte das Kohlen-Syndikat nicht ein wohl zu verstehendes Interesse daran, das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage künstlich zu beeinflussen, für einen wirklichen Kohlenmangel wenigstens den Anschein zu erwecken, dann würde es den Export etwas weniger scharf forcieren. Das Syndikat und der Stahlverband befolgen in dieser Beziehung die gleiche Politik. Die Verbraucher von Halbzeug klagen darüber, daß sie nicht genügend Material erhalten können, während große Mengen im Auslande abgesetzt werden, genau so geht es beim Kohlen-Syndikat. Nach den Zusammenstellungen des statistischen Amtes wurden in der Zeit vom 1. bis 10. August 2 889 356 Doppelzentner Steinkohlen eingeführt, die Ausfuhr aber belief sich auf 6 088 700 Doppelzentner. Im Lande lebhafteste Klage über Kohlenmangel und dabei forcierte Ausfuhr.

Preissteigerungen. In einem Artikel „Zur Geschäftslage der Eisengiecherei“ in der „N. Ztg.“ heißt es:

Die allgemeinen Erhöhungen der Erzeugnispreise sind durch die bisherigen Preisaufbesserungen nur zu einem Teile erst ausgeglichen worden; es kann daher keinen Zweifel unterliegen, daß der Herbst weitere Preissteigerungen bringen wird.“

Die Verbraucher behaupten, die bisherigen Preisaufbesserungen hätten die Verteuerung der Rohmaterialien noch nicht ausgeglichen — und die Rohproduzenten erklären, gestiegene Löhne und die Preisaufbesserungen für Fertigerzeugnisse rechtfertigten weitere Preisaufschläge. So geht's fort — bis der Klaps kommt. Die sächsischen Kohlenwerke haben jetzt beschlossen, die Preise für Steinkohlen — Hausbrand — um 6 M. und für Bricketts um 10 M. pro Doppelzentner zu steigern. Die erhöhten Preise treten am 1. September resp. 1. Oktober in Kraft. Wie die „N. S.-Ztg.“ meldet, haben 24 Leberfabriken in Walmedy einen Preisaufschlag von 10 M. pro Zentner Leder beschlossen.

Fleischkonsum in Großstädten. Daß der Fleischkonsum noch immer in der Abnahme begriffen ist, dafür sprechen eine Reihe von Belegen. Wir möchten hier auf die Verbrauchsstatistik der Stadt Dresden hinweisen, die für Mai 1906 im Vergleich mit Mai 1905 folgende Ziffern gibt. Es stellte sich der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung im Monat Mai in Kilogramm:

Table with 3 columns: Meat type, 1905 consumption, 1906 consumption. Rows include Rindfleisch, Kalbfleisch, Schaf- und Ziegenfleisch, Schweinefleisch, Pferdefleisch, Wildpret und Geflügel, Fische und Krebse, and a total sum.

Der Gesamtkonsum ist also pro Kopf und Monat im Mai dieses Jahres um 780 Gramm oder um beinahe 1 1/2 Pfund geringer gewesen als im Mai 1905. Zugewonnen hat allein der Konsum von Pferdefleisch und zwar stieg dieser absolut von 17 850 auf 18 300 Kilogramm oder um 455 Kilogramm.

Rückgang des amerikanischen Fleischexports. Im Juli wurden nur 1 039 852 Pfund Fleischkonzerne aus Chicago ausgeführt gegen 5 232 797 im Juli 1905. Der Verlust beträgt 440 000 Dollar. Die Ausfuhr in den ersten sieben Monaten 1906 betrug nur 28 788 778 Pfund, was gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1905 eine Verminderung von über 15 Millionen Pfund und einen Verlust von 1 422 000 Dollar bedeutet.

Gerichts-Zeitung.

Die vergnügte Milchzentrale
oder
Junkerrecht über Reichsrecht.

Eine bäuerliche Untergenossenschaft der Milchzentrale hatte den Genossenschaftsregister-Richter des Amtsgerichts Berlin-Mitte darauf aufmerksam gemacht, daß die Milchzentrale in der vom Gesetz vorgeschriebenen letztjährigen Bekanntmachung die Anteile und Gaf-

summen aller mit dem Ende des letzten Geschäftsjahres ausgeschiedenen Genossen nicht in Abzug gebracht habe, so daß die Veröffentlichung die wirkliche finanzielle Lage der Genossenschaft nicht erkennen lasse. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß das Reichsgericht auf Grund seiner nach § 29 des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit ausnahmsweise zur Wahrung der Einheit in der Rechtsprechung eintretenden Zuständigkeit ein solches Verfahren im Gegensatz zum Kammergericht als geschildrig bezeichnet und die Einleitung des Zwangsberichtigungsverfahrens gegen die verantwortlichen Vorstandsmitglieder zum Schutze der allgemeinen Interessen für geboten erachtet habe. — Die Milchzentrale gab die Tatsache zu, weigerte sich jedoch, ihre Bekanntmachung in Gemäßheit der Reichsgerichtsentscheidung abzuändern. Auch der Registerrichter lehnte das Einschreiten gegen die Vorstandsmitglieder der Milchzentrale mit der Begründung ab, daß das Gericht sich von seinem ablehnenden Standpunkte auch nicht durch die mit den bisherigen Entscheidungen des Kammergerichts im Widerspruch stehende Reichsgerichtsentscheidung abbringen lasse. Auf die nun erfolgte Beschwerde der Untergenossenschaft sprach das Landgericht aus, daß das Amtsgericht die vitiose Bekanntmachung, so wie sie zum Genossenschaftsregister eingereicht ist, beanstanden und auf deren Richtigstellung hätte hinzuwirken und

die Anregung der Beschwerdeführerin hätte ohne Bedenken dazu dienen müssen, den Registerrichter zum Einschreiten zu veranlassen. Das Landgericht selbst aber sei durch die Stellung behindert, an Stelle des Registerrichters in Gemäßheit der übereinstimmenden Gründe der reichsgerichtlichen Entscheidung gegen die Vorstandsmitglieder einzuschreiten. — Auch die durch Rechtsanwält Dr. Platau namens der Untergenossenschaft bewirkte Anrufung des Kammergerichts blieb ohne Erfolg. Das Kammergericht erklärte, daß der einzelne Genosse Dritten gegenüber, insbesondere bei Gericht, nicht befugt ist, irgend welche Rechte in Bezug auf die Angelegenheiten der Genossenschaft auszuüben. Dies könnten vielmehr nur die sachgemäßen Organe der Genossenschaft. Ein bloßes Interesse an der Änderung einer Entscheidung, wie es aus den Ausführungen der Beschwerdeführerin entnommen werden könnte, genüge nicht. Zu einer Beschwerdebefähigung im öffentlichen Interesse, etwa um eine ordnungsgemäße Ausführung der gesetzlichen Vorschriften im Interesse des Publikums herbeizuführen, sei die Genossin nicht berechtigt. — Die Korrektur der hiernach zweifellos dem Gesetz widersprechenden Bekanntmachungen konnte somit von den Interessenten nicht erreicht werden, weil sich die vom Gesetzgeber zur Wahrung der Rechtseinheit eingeführte indirekte Einflussnahme des Reichsgerichts auf die einzelstaatliche Gerichtspraxis nicht ausreichend erwies.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 18. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. Cavalleria rusticana (Vaternebel). — Coppelia.
Schauspielhaus. Romeo und Julia.
Neues Opernhaus. Francesca Braccio.
Sessing. Nora.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Scherlock Holmes.
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Moritz-Oper. Der Waffenschmied.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater.) Das Nachtlager von Granada.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Westen. Die lustige Witwe.
Central. Der Kaskadenbinder.
Trianon. Die Frau ohne Fächeln.
Schauspielhaus. Spagnolito.
Kleines. Mimensiege. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant.
Carl Weiß. Abels.
Metropol. Auf im Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Wintergarten. Tactajaba. Spezialität.
Vossige. Wally Prager. Spezialität.
Weichhalten. Stellner Sönger.
Urania. Zauberkünste 18/19.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte. Javalidenstr. 57/58.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Sonnabend und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Mimensiege. Diplomatie in der Ehe.
Das Trottoir roulant.
Sonntag: Mimensiege. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant.

Neues kgl. Opernhaus
(Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, den 18. August 1906:
Gastspiel Signorina Provost und Frieda Langen-Langendorf:
Der Troubadour.

Sonntag: Das Heimchen am Herd.
Sonnabend, 25. August: Sonder-
vorstellung: Fledermaus mit
Konzerteinlage. Mitwirkende:
L. Godowski, Signorina Provost,
Dr. Ludwig Willner.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus,
Schalter II, A. Wertheim und In-
validendank.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.
Montag: volkstümlichen Preisen:
Don Pasquale.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Kaskadenbinder. Operette in
3 Akten.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage (Anf. 8 Uhr):
Die Höhle des Löwen.
Schwan in 3 Akten u. M. Hennequin
und P. Wiland.
Boston Chöre: Rich. Alexander.

Apollo-Theater
10 Uhr: Noxität! 10 Uhr!
Großer andauernder Heiterkeits-
Erfolg!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus-Trip.
Vorher: Gute Spezialitäten!
10 7/2 Uhr: Garten-Konzert.
Anfang 8 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Täglich im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Einst. 1 Mk., u. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Spagnolito.

Deutsch-Amerikanisches
THEATER, Köpenickerstr. 67-68.
DONNERSTAG, 23. Aug., abends 8 Uhr:
PREMIERE
Gastspiel Adolf Philipp
Im wilden Westen.
4 heitere Bilder m. Ges. v. A. Philipp.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die Frau ohne Fächeln.
Anfang 8 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Am Theater: Täglich 8 Uhr:
Gastspiel des Herrn Fritz Kidaisch:
Adele.
Im Garten: Ganzlich neues
Spezialitäten-Programm.
Anfang 5 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr
Das
glänzende
Eröffnungs-Programm.
14 erstklassige Spezialitäten!

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Die neue Herrin.
Lebensbild von Kaiser.
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.
Anf. 6 Uhr. Kasse: 3 Uhr. Voll.
Bei schlecht. Wet.: Vorstell. im Saale.

Bernhard Rose-Theater
Gelehrtenweg, Badstraße 58.
Täglich:
Berlins bestes Spezialitätenprog.
Paul Coradini La Matschische
Marguerite Gilton Müller-Römer
Brothers Cabanis Steffen Bros
Neis Troupe Piacentia
Das unruhige Haus
Burlasque Original-Pantomime.
Anfang 4 1/2 Uhr. Öffnung 2 Uhr.
Im Saale: Großer Ball.
Entree 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

WINTER
GARTEN
Heute
Eröffnungs-
Vorstellung

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Moritz-Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Populäre Vorst. bei halben Preisen:
Der Waffenschmied.
Romanisch-komische Oper in 3 Akten
von H. Lörking.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
bei halben Preisen: Der Freischütz.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Vötel:
Der Troubadour.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Moritz-Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr,
popul. Vorstellung bei halben Preisen:
Das Nachtlager in Granada.
Romanische Oper in 3 Aufzügen von
Conradin Kreutzer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Vorlesung-Oper-Vorstellung: Carmen.
Oper in 4 Akten von Bizet.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Castans Panoptikum
Friedrichstraße 165.
Dreyfus — Esterhazy
Oberst Picquard 1389L*
Schreckenkammer — Hennig

Landes-Ausstellungspark.
Neu erbaut: Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte
Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.
Täglich: Doppel-Konzert.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Wegen kolossaler Nachfrage bis 30. August prolongiert.
Täglich:
16 Löwen sowie 4 neugeborene werden im
Publikum herumgeführt.
Die größte Sensation u. beste Gruppe der Welt: Im Salon des Löwenbändigers.
Ein Dompteur, eine Tänzerin im Löwenkäfig und eine Domptesse mit
noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung
sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.
The Carl Damman-Familie, Amerikas bester Akrobat,
und das neue beste Programm Berlins.
Kaffeeküche, Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugskarten sind gültig.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13-15. Artistiche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
und Spezialitätenvorstellung
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebtesten
Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Gilte-Tag.

Schloß Weißensee
„Zum Sternecker“.
Inhaber C. Koch.
Sonntag nur kurze
Zeit.
Ausstellung Afrika
Futaneger-Karawane. Dorf mit 53 Eingeborenen. Pferde,
Kamel u. w.; spannende Vorführungen ihrer heimatlichen
Gebrauche. Täglich mehrere Vorstellungen. Sonntag vormittag
11 1/2 Uhr: erste Vorstellung, nachm. 4 1/2 Uhr: die zweite usw.
Großes Militär-Konzert.
Spezialitäten-Vorstellung. X Künstler ersten Ranges.
Eintritt 50 Pf. Kinder 15 Pf. 1902L*

Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hier?
Nach Pichelswerder zum
alten Freund.
Partien bis 1500 Personen haben bei schönem Wetter bequem Platz.
Es ladet ganz ergebenst ein
Remisierender Ebdand: 814. Küche stets in altbekannter Güte.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Klohn Dolly ist da!
Tagelions Ballet-Ensemble.
Das Regade musikalischer Witz.
Das Bild des Vaters.
Vollständ. in 2 Akten.
Anf. 4 1/2 Uhr. Tanz. Entree 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw.
in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße
Wiedereröffnung
1. September.
Vorverkauf ab 20. August.
Metropol-Theater
Henry Bender, Josef Giampietro,
Fritz Massary.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Holländer.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Schweizer Garten
Am Köpenicker — Am Friedrichshagen.
Täglich:
Theater-Vorstellung,
Spezialitäten u. Ball.
Berlin arm und reich.
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten.
Der mysteriöse Wunder-Globus.
(Das Rätsel aller Rätsel).
Der Antipode auf lebender Brücke.
Die 5 Jaksons, Akrobaten.
Clothilde u. Bertram.
Trio Schlaraffia.
Wochentags: Damentanz frei.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Behm- u. Vellermannstr.).
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue August-Programm!
Monte Christo, The Barret, Henry
Sago, Verona de Fonseca, Verwand-
lungs-Schauspiel in 3 Akten:
„Auf fremder Erde“.
Gr. Ausstattungsgeld mit Gesang u.
Tanz in 3 Bildern von Hugo Schulz.
Frei. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Frei. Donnerstag: Gr. Brill-Festwerk.
Vollbelustigungen aller Art.
Die Kaffeetische ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner
Sänger
Anfang
Wochentags
8, Sonntags
7 Uhr.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdigerstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Sanssouci, Kottbuser
Sonntag, Montag, Donnerstag,
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Neu: Der Sängling.
(Glänzendes Soloprogramm).
Entree 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Für 84 Pfg. eine fein ver-
goldete Herren-
doppeltreife, 45 Zentimeter
lang, mit höchstem Anhänger,
Praktisch.
Für 84 Pfg. eine extra 120
Zentimeter lange,
fein vergoldete Damen-Dals-
Uhrette mit feinem, perl-
besetzten Schieber.
Für 94 Pfg. ein feines Herren-
portemonnaie mit 4 Fächern,
gutem Leder, hellbraun.
Für 75 Pfg. eine feine Kün-
stler- u. Wandharmonika,
32 Töne, wundervoller Ton, in
Eis.
Für 94 Pfg. neuestes Opern-
glas, auch als
Fernrohr, Lupe, Reflektor zu
benutzen.
Für 1,50 Mk. ein höchst
feines Kaffeegefäß,
aus bestem englischen Stahl
geschmiedet, 5 Jahre Garantie, fertig zum Gebrauch.
Für 3,50 Mk. ein prima Haarwuchsmittel mit seinem
einzigartigem Duft und reizend nicht, nicht ver-
stärktem Wohlgeruch. Jedermann kann mit dieser Wäsche
210/10
Verwand gegen Nachnahme. Umtausch in 14 Tagen, wenn nicht gefällt.
Pracht-Katalog, größte Auswahl in Stahlwaren, Haushaltungs-
artikel, Werkzeuge, Waffen, Spiel, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen,
Parfümerien, Musik- und Lederwaren, Gefäße, Schirme, Sätze usw. an
Jedermann umsonst.
Kirberg & Co. in Foche bei Solingen No. 38.
Vollständigstes Verlanthaus des Solinger Industriebezirks.

Rur noch
12 Tage
Rur noch
12 Tage

1. Deutsch-Amerikanischer
Cirkus
von Norton B. Smith
Memelerstraße
am Comeniusplatz.
Heute Sonnabend, 18. Aug.,
abends 8 Uhr:
Großer Novitäten-Abend.
Programmwechsel! Neue Debüt!
u. a.: La Matche, Kam-Hill, die
Königin der Manege.
Sonntag, 19. August: Zwei Vor-
stellungen 4 und 8 Uhr.
Nat. Behrens, Director.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Millards, Dumortier,
Borussia-Sextett,
Sands Sportakt.
„Der grüne Teufel“
große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Pror.
Verbindung mit größter Film-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Gustav
Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Sonnabend, den 18. August:
Eröffnung
der Winter-Saison
mit einem erstklassigen, glänzenden
Programm. 1903
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Prüfen ≡ Ueberzeugen ≡ Kaufen

95 Pf. 1.95 M. 2.95 M.

SCHLUSS

unserer berühmten Serien-Tage Sonnabend, d. 25. Abends 9 Uhr.

Durch weitere grosse Massenankäufe geben wir dem kaufenden Publikum noch bis Sonnabend, den 25. Gelegenheit, seinen Bedarf in streng reellen Waren zu fabelhaft billigen Preisen zu decken.

Serie I: 95 Pf.

- 12 div. Schreibhefte, 1 Aufgabenbuch, 1 Oktavheft, 6 Bleistifte, 3 Schulfederhalter, 30 Schreibfedern, zusammen 95 Pf.
- Schultornister für Knaben und Mädchen 95 Pf.
- 8 Stück extra feine Blumen-Seife . . . 95 Pf.
- 6 Stück echte Speiseteller, tief oder flach 95 Pf.
- 1 Kaffeekanne, echt dekoriert 95 Pf.
- 1 Sauciere mit Bratenplatte 95 Pf.
- 1 Brotkorb mit breitem Nickelrand . . 95 Pf.
- 6 Paar dekorierte Tee- oder Kaffeetassen 95 Pf.
- 1 Küchenrahmen und 1 Putzkasten . . 95 Pf.
- 1 Satz Salattieren, 6teilig 95 Pf.
- 1 Waschservice, weiss, 4teilig 95 Pf.
- 1 Kaffeeservice, elegant dek., 1 Person 95 Pf.
- 1 Summigürtel mit Stahlpoints Prima 95 Pf.
- 1 Miedercorsett und 1 Paar Strumpfbänder mit Schleifen 95 Pf.
- 3 Paar Herren-Socken Prima 95 Pf.
- 3 Paar Damen-Ringelstrümpfe 95 Pf.
- 1 Herren-Normal-Hemd 95 Pf.
- 2 Kinder-Normal-Trikots 95 Pf.
- 3 Tüdel-Schürzen 95 Pf.
- 1 Träger-Reform-Schürze 95 Pf.
- 3 Kinder-Hänger-Schürzen 95 Pf.
- 3 Mtr. Tennis-Flanell für Blusen . . . 95 Pf.
- 2 1/2 Mtr. Schotten, für Blusen u. Kleider 95 Pf.
- 2 1/2 Mtr. Sammet-Velour, moderna Muster 95 Pf.

Serie II: 1.95 M.

- 1 Schulmappe, Plüsch od. Seehund imit. 1.95 M.
- 1 Tafel, 1 Karton Griffel u. 1 Schwamm 1.95 M.
- 1 eleg. Photographie-Album 1.95 M.
- 1 eleg. braune Handtasche, 33 cm . . 1.95 M.
- 1 brauner Handkoffer 1.95 M.
- 1 Paar Herren-Lederpantoffel 1.95 M.
- 1 Paar Damen-Lacktuchschuhe 1.95 M.
- 1 Paar Kinder-Schnürstiefel, 18-23 . . 1.95 M.
- 1 reinseid. Herren-Cachenez, extra gross 1.95 M.
- 1 Gloria-Herren-Regenschirm m. Futteral 1.95 M.
- 1 elegante Herren-Weste 1.95 M.
- 1 Herren-Filzhut, weiche u. steife Façon 1.95 M.
- 1 elegantes Damen-Fantasie-Hemd . . 1.95 M.
- 1 eleg. Kniebeinkleid m. Valenciennespitze 1.95 M.
- 1 weisser Einsegnungsrock mit Stickerei 1.95 M.
- 1 Bettlaken, Leinen oder Dowlas, I. Qualität 1.95 M.
- 1 eleganter Kostüm-Faltenrock 1.95 M.
- 1 eleg. weisse Stickerei-Bluse m. 3/4 Aermel 1.95 M.
- 1 Flanell-Damen-Bluse, eleg. Ausführ. 1.95 M.
- 1 Handschuh-Kragen-od. Taschentuchkast. m. Seldenbezug handgestickt 1.95 M.
- 1 gestickte Küchentischdecke 1.95 M.
- 1 Fenster Gardinen 2 Shawls, weiss u. creme Reliefs 1.95 M.
- 1 Store, 3 Mtr. lang, weiss oder creme 1.95 M.
- Tischdecken, Fantasie-Gewebe, moderne Muster 1.95 M.
- Fellbettvorleger oder Axminster . . . 1.95 M.

Serie III: 2.95 M.

- 1 grosser Deckbettbezug, Hemdentuch oder Linnen 2.95 M.
- 1 eleg. Batisthemd u. Beinkleid mit Valenciennespitzen 2.95 M.
- 1 Damen-Unterrock, weiss, rosa, hellblau, mit Valenciennespitze 2.95 M.
- 1 Fantasie-Damenhemd und Kniebeinkleid mit Stickerei 2.95 M.
- 1 reinseid. Damen-Bluse mit Valenciennes-Einsatz 2.95 M.
- 1 reinwoll. Kinderkleid, ganz gefüttert 2.95 M.
- 1 Kinder-Golf-Capes m. farb. Capuchon 2.95 M.
- 1 Knaben-Schulanzug aus modernem gutem Stoff 2.95 M.
- 1 engl. Kostüm-Faltenrock, moderne Farben 2.95 M.
- 1 Paar Buxkin-Herren-Hosen 2.95 M.
- 1 Herren-Haar-Filzhut, engl. Façon . . 2.95 M.
- 1 halbseidener Regenschirm m. eleganter Krücke und Futteral 2.95 M.
- 1 Herren-Oberhemd m. Piqué-Einsatz . . 2.95 M.
- 1 eleg. Herren-Weste, Fantasiegewebe 2.95 M.
- 1 Damen-Unterrock m. Volant u. Spitze 2.95 M.
- 1 Damen-Kleiderschürze m. Aermel . . . 2.95 M.
- 1 Robe 8 Mtr. Velour-Flanell, nenosto Muster 2.95 M.
- 1 Robe 8 Mtr. Kleider-Barchend, waschecht 2.95 M.
- 1 Robe 6 Mtr. Hauskleiderstoff 2.95 M.
- 1 Robe 5 Mtr. schwarz gemustert Mohaircrêpe 2.95 M.
- 1 Robe 5 Mtr. schwarz-weiss karierte Wolstoffe 2.95 M.
- 1 hocheleg. seid. Handtäschchen mit reicher Perlenstickerei 2.95 M.
- 1 elegante weisse Federboa 2.95 M.
- 1 eleg. Tischdecke, schwere Qualität . . 2.95 M.
- 1 Reise- oder Schlafdecke in diversen Farben-Mustern 2.95 M.

1 Transport exotischer
Ziervögel: Reiskinken oder
Tigerfinken 95 Pf.

12 Stck. Weingläser 1.95 M.
best Crystall, verschiedene Façons

Zwergpapageien 2.95 M.
anzulernende

- 6 Wischtücher, Panama, 60 x 60 . . . 95 Pf.
- 6 Küchenhandtücher, grau Jacquard . . 95 Pf.
- 3 Stubenhandtücher, weiss Drell . . . 95 Pf.
- 3 Mtr. Hemdentlanell 95 Pf.
- 3 Mtr. Damast-Handtuchstoff 95 Pf.
- 2 1/2 Meter Rock-Velour 95 Pf.
- 1 Barchend-Bettuch 95 Pf.
- Rouleaux-Damast, 130 br., div. Farben . 95 Pf.
- 2 1/2 Mtr. Vitrage, weiss u. creme . . . 95 Pf.
- 2 1/2 Mtr. Möbelkattun, gr. Musterauswahl 95 Pf.
- 1 eleganter Stickerei-Kragen 95 Pf.
- 1 complete Kamm-Garnitur, 6teilig . . 95 Pf.
- 3 Paar Damen-Pantoffel 95 Pf.
- 2 Damenkragen m. durchgeh. Stickerei 95 Pf.
- Rein woll. Seiden-Kaschmir, 110 cm br. 95 Pf.
- Rein wollene englische Blousenflanelle 95 Pf.
- Grenadine, schwarz weiss, 110 cm . . 95 Pf.
- Kinderkleidchen, modern gearbeitet . . 95 Pf.
- 1 weisse Batist-Damenbluse 95 Pf.
- 1 Damen-Achselechluss- oder Prisenhemd 95 Pf.
- 1 Barchend-Nachtjacke mit Spitze . . . 95 Pf.
- 1 Damen-Beinkleid mit Stickerei oder Languetten . 95 Pf.
- 1 buntes Herrenhemd 95 Pf.
- 3 Rein seidene Taffet-Binder 95 Pf.
- 1 Weiss Garnitur, Kragen, Manschetten, Serviteur . 95 Pf.

- 1 Sophaschoner, in allen Farben . . . 1.95 M.
- 1a Alpaca Unterrock m. Volant u. Spitze 1.95 M.
- 1 Frack-Corsett u. 1 Paar Strumpfhalter 1.95 M.
- 1 schw. u. 1 weisse Ref.-Schul-Schürze 1.95 M.
- 1 Sporthemd für Herren, Ia. Qualität 1.95 M.
- 3 Mtr. Woll-Schotten, doppelt breit . . 1.95 M.
- 3 Mtr. Velour-Flanell, Ia. Qual., elegante Muster 1.95 M.
- 1 elegant garnierter Damenhut 1.95 M.
- 2 1/2 Eider-Molton für Unterröcke und Matinées 1.95 M.
- 1 Waffel-Bettdecke, weiss, bordeaux od. grün 1.95 M.
- 3 1/2 Mtr. Damast u. Dimiti für 2 Kopfkissen 1.95 M.
- 1 1/2 Dtz. Jacquard-Servietten 1.95 M.
- 6 Mtr. Bettkattun oder Züchen 1.95 M.
- 6 St. Vorratstonnen, complott, eckige Form 1.95 M.
- 1 extra grosse Zimmerpalme 1.95 M.
- 1 extra grosse Waschschiüssel mit Krug 1.95 M.
- 1 Kuchenteiler mit 6 dek. Dessert-Tellern 1.95 M.
- 1 Paar a Herren-Hosen 1.95 M.
- Blusenstreifen, neue Dessins, 2 1/2 Mtr. 1.95 M.
- 3 Mtr. kariertes Wollstoff, dopp. breit 1.95 M.
- Kostüm-Stoffe, 130 cm breit Mtr. 1.95 M.
- 1 Gloria-Damen-Regenschirm mit eleg. Stick 1.95 M.
- 1 Dtz. Batist-Taschentücher mit Buchstaben 1.95 M.
- 1 elegant garniertes Kopfkissen 1.95 M.
- 1 Knaben- und Burschen-Stoffhose . . . 1.95 M.

- 4 Mtr. Louisiana-Tuch, Deckbettbreite 2.95 M.
- 4 Mtr. Bett-Inlett, Deckbettbr., rot od. gestreift 2.95 M.
- 1 Waffelbettdecke, extra schwer, moderna Muster 2.95 M.
- 1 reinlein. Damast-Tischtuch mit Durchbruch-Bordüre . . . 2.95 M.
- 1 Kaffeegedeck mit 6 Servietten 2.95 M.
- 1 1/2 Dtz. Drell-Handtücher, extra schwer, gas. u. geb. 2.95 M.
- 1 1/2 Dtz. reinlein. Servietten, Ia. Qualität 2.95 M.
- 12 Stück echte Krystall-Weingläser . . 2.95 M.
- 1 gr. Küchenkonsole mit 6 Vorratstonnen 2.95 M.
- 6 Paar Solinger Messer und Gabeln . . 2.95 M.
- 1 Waschservice, rot Fond, extra gross 2.95 M.
- 1 elegantes Kaffeeservice für 6 Personen 2.95 M.
- 1 Plättisen mit 2 Bolzen 2.95 M.
- 1 Paar Herren-Leder-Hausschuhe . . . 2.95 M.
- 1 Paar Damen-Tanz-Spangenschuhe u. 1 Flasche Lack 2.95 M.
- 1 Paar Damen-Leder-Spangenschuhe, rot oder schwarz 2.95 M.
- 1 brauner Handkoffer, extra gross . . 2.95 M.
- 1 braune Reisetasche, 42 cm gross . . 2.95 M.
- 1 Moirée - Selden - Krawattenkasten, handgestickt 2.95 M.
- 1 Kongress-Wäschebeutel, gestickt . . 2.95 M.
- 4 Mtr. Ia Läufer-Linoleum, moderna Muster 2.95 M.
- 1 eleg. Wollbluse, moderne Ausführung 2.95 M.
- 1 Dtz. reinlein. Taschentücher, gesümt 2.95 M.
- 3 Rolltücher mit Bordüre 2.95 M.
- 6 1/2 Mtr. Treppen-Läufer 2.95 M.

Wir bringen ausser den aufgeführten Artikeln noch eine Menge anderer Waren in den Serien-Verkauf, die wir wegen Platzmangel nicht auführen können.

Sämtliche Serien-Artikel sind in unseren 32 Schaufenstern und Schaukästen ausgestellt.

Warenhaus Jacob Gebrüder Nachflg.
Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 55-56, Ecke Pestalozzistrasse

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9070.

Sonntag, 19. August, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umg. im Gewerkschaftshause, Saal 4, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Naurenbrecher über: „Die moderne Arbeiterbewegung und ihre Entwicklung.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Wir erwarten, daß die Kollegen die Versammlung pünktlich und zahlreich besuchen. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß diejenigen Betriebe, wo kein Vertrauensmann ist, in dieser Versammlung anzumelden sind.

Montag, den 20. August 1900, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (großer Saal), Engel-Ufer 15:

Allgem. Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Kollegen um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Montag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 5) Engel-Ufer 15:

Allgemeine Versammlung der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, sowie aller in den mechanischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Eugen Brückner über: Rechte und Pflichten aus dem Krankenversicherungsgesetz. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Metallarbeiter. Achtung!

Montag, 20. August, abends 8 1/2 Uhr, in Fritz Hoppe's Festsaal, Rixdorf, Hermannstr. 49:

Bezirks-Versammlung für Rixdorf und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Die Geschichte der englischen Gewerkschaften. Referent: Kollege Willy Ramsbrock. 2. Diskussion. 3. Bericht der Bezirksleitung und Remonstration. 4. Diskussion. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung muß ein jeder zur Stelle sein. Niemand darf fehlen.

Montag, den 20. August, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Lange in Königs-Wusterhausen, Berliner Str. 31:

Mitglieder-Versammlung für Königs-Wusterhausen und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Vergolder! Achtung!

Filiale Berlin.

Montag, den 20. August, abends präzis 8 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandanten-Strasse 20, großer Saal:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1900. 2. Die Kölner General-Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und unser Uebertritt zum 1. Oktober etc. Referent: Genosse Staufe. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Gleichzeitig werden die Kollegen ersucht, dafür zu sorgen, daß jede Werkstatt zu der am Donnerstag, den 6. September er., abends 8 Uhr, bei Merkowski, Andreasstr. 26, stattfindenden Vertrauensmännerversammlung vertreten ist. D. O.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Zweigverein Berlin, Sektion I. (Brauereiarbeiter.)

Geschäftsstelle: Berlin C. 54, Lindenstraße 10 I.

Sonntag, 19. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Abrechnung vom 2. Quartal 1900. 3. Sonstige Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 42/2. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl. (Zweigverein Berlin und Umgegend.)

Sektion der Rohrdecken-Arbeiter.

Sonntag, den 19. August, vormittags 10 Uhr, bei Merkowski, Andreasstr. 26:

Gruppen-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Das Erscheinen sämtlicher im Verleue tätigen Kollegen erwartet. Der Zweigvereins-Vorstand. B. U.: W. Krihow.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen, auch für torpente Herren passend.

Dieselben sind von seinen Kavaliereu und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garberode tragen. 5352* Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Kolonie Röntgenhöhe.

Stat. Buch-Büchergeschäft, gesunde hohe Lage, Landparzellen noch billig. [Karte v. 12,50 M. an. Große Zukunft. Mäcker Nähe v. Terrain Strahend. Berlin-Buch in Licht. Wohnort nachm. Sonn. tagtäglich a. d. Terrain. Hohenberg, Ramlerstr. 38. * Von der Reise zurück 20072 Dr. M. Cohn, Lutherstr. 7/8.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 19. August, nachmittags 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstraße 75:

Fortsetzung der General-Versammlung vom 15. Juli.

Tages-Ordnung: Kassenbericht. Bericht der Revisoren. Bericht der Gewerkschaftskommission-Abrechnung von der Dampferpartie. Wahl eines Vergütungskomitees. Wahl des zweiten Vorsitzenden. 139/10 Die Ortsverwaltung.

Die gesamten Restbestände der Sommerwaren, darunter die elegantesten Herren-Sommerpaletots kommen zu jedem annehmbaren Preise zum Verkauf.

Herren-Anzüge, Kavalier . . . von 6 90 M. an
Burschen-Anzüge, hochlegant von 4 35 M. an
Kinder-Anzüge, Tip-Top . . . von 1 95 M.
Herren-Hosen, Maß-Ersatz . . . von 1 80 M. an

um für die in Unmengen angekauften Wintersachen genügend Platz zu bekommen. 136/6*

Kaufe bei Blitz

Herren- und Knaben-Konfektion.

Herren-Anzüge, Kavalier . . . von 6 90 M. an
Burschen-Anzüge, hochlegant von 4 35 M. an
Kinder-Anzüge, Tip-Top . . . von 1 95 M.
Herren-Hosen, Maß-Ersatz . . . von 1 80 M. an

um für die in Unmengen angekauften Wintersachen genügend Platz zu bekommen. 136/6*

Blitz

137 Große Frankfurterstr. 137
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
Chonés Industrie-Palast

80 Chaussee-Straße 80
9 Rosenthaler Straße 9
Ecke August-Straße.

Verkäufe.

Männungs-Ausverkauf! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt. Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,55, 4,75, 5,75 usw. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße.

Tüchleindecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 usw. Vorziehgardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus.

Männungs-Ausverkauf! Möbel, Stoffe, Abbeplische und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.

Japane- und Perler Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 17318*

Große Posten echte Plüschteppiche mit Rehmern, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 17328*

Männungs-Ausverkauf! Einen Besten Luchtschiffen 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw. 17338*

Müchrischdecken, wert das Doppelte: jezt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00; 10 Proz. Rabatt. 17348*

Teppichdecken, nur so lange Vorrat 2,55, 3,85, 4,55, 5,85, 6,85. 17358*

Zuch- und Blüschvorhänge mit Euerbezug 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Hallestraße nahe Koppenstraße. 17368*

Rähmaschinenkäufer erkennen gratis lohnenden Erwerbsschein. Sander, Blumenstraße 9. 147/11*

Eingewirrenschiff 25,00, Garantiert gut nägend, Jüdenstraße 47 II. 148/9*

Rähmaschinen, ohne Anzählung, nachweislich 1,00. Warkauerstraße 67, Wienerstr. 1/6, Adlerstraße 111. 5785

Teppiche, Rückseite angeknüpft, unter Fabrikspreis. Stocher, Königstraße 17. 16768*

Herrenfahrrad, stabile Tourenmaschine, Körperbetriebslauf verkauft umhändelbarer Roda, Josephstraße 12. 4695

Krautfrucht 50, Möbel, Spiegel, Wolltapisserie Stoffbild, weil die hohen Kadenmieten spare. 5565*

Strickmaschinen, günstige Bedingungen. Homburger, Spandauerstraße 2. 17248*

Kanarienhöhne, neueste Gefangensrichtung. 1905 höchsten Ehrenpreis, goldene Medaille. Erstklassiges Jagdmaterial. Große Auswahl. Verkauf Preis, Köpenickerstraße 164. 12738*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, partiere. 17

Teppiche! (lederbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Godecher Markt 4, Bahnhofs Börse. 206/14*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 23, Stallgerstraße 40. 10632*

Geschäftsbreibrad, ähert habil. 50,00. Holz, Blumenstraße 36 B. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu. 45,00. Holz, Blumenstraße 36 B. 17108*

Teppiche mit Farbenlehren, Fabrikabteilung Große Frankfurterstraße 9, partiere. 71

Godbornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00. Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Verbandshaus, Jägerstraße 63, 1 Trepp. *

Kleiderpinsel 20 Mark, Kommode 21, Ventil 20, furniertes Kleiderpinsel, modern 40, Säulen, Schränke 54, Garderobenschrank 38, Beschloßkette 21, Kuchentisch 27, Schloß, Sofa 38. Aufschreibebücher, englische Schlafzimmer, Küchenmöbel. Auf Schlafzimmer, Küchenmöbel. Auf Schlafzimmer, Transport frei. Wallstraße 81. 148/13*

Monatsanzüge, Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garberode aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Rühlentel. Am Rosenholzerstraße 10. Kein Laden. Habe keine Ähnen. 267/13*

Branzgasströmer!! Badunglampen! 9,00. Salomgasströmer! 15,00. Gasampellens! 17, Schaufelstiel! billig! Wobauer, Ballnertheaterstraße 32. 17528*

Teppichdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, partiere. 71

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für torpente Figuren. Neue Garberode zu launend billigen Preisen aus Fabrik. Verleihe verschiedene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Nag, Mühlstraße 14. 5555*

Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt (pondbillig). Schneider, Kurfarstraße 172. 2668*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Ähnen. 10638*

Kleiderstücke billig verkauft. Düttel, Grünauer Weg 50/51.

Rähmaschinen. Zahl bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Dranter, Alsterstraße 90. 738*

Brantente! Nur Grünauerweg 81. Spindeln, Spiegel, Solas, bessere Bettfedern, reelle Matrasen, enorm viele Auswahl vollständiger Wohnungs-Einrichtungen, bekannt billig! Hermann Dwinagel. 17158*

Kundentischerei, langjährig, gut gehend, wegen anderer Unternehmungen billig Königgräberstraße 59. 6028

Kampengeloch. Ausverkauf von Dünge, Tisch, Küchenlampen, Rasiermesser, Balsam, Brenner, Glöden, Verschiedenes. Auch Geschloßverkauf im ganzen. Otto Newes (früher Lang), Stallgerstraße 10. Sonntag geschlossen. 712

Teppiche, Gardinen, Diwandeken, Solastoffe, Steppdecken, Luchstische, Plüschdecken, Brautwäsche, spitzebillige Gelegenheiten Potsdamerstraße 100, Röhler. 17458*

Eine Partie-Restaurant verkauft E. Horn, Schöneberg, Hagenstraße 72. 7104*

Halbrenner 30,00, tadellos, nie wieder gebotene Gelegenheit, verkauft Horn, Große Frankfurterstraße 124.

Zehs Fuß-Drehstuhl, billig. Reimann, Brühlstraße 43. 5985

Grüntranchgeschäft wegen Krankheit zu verkaufen, 500,00. Kaufkraft Goldenerstraße 69, Bäderel. 799

Verschiedenes.

Gndrich, Volkshumorist. Auch Gesellschaft. Feinststraße 1a. 799

Volkshumorist Balza. Auch Gesellschaft. Montefeststraße 41. 799

Schmelzer, Volkshumorist. Auch Gesellschaft. Steinhilfsstraße 57. 799

Parcentanwall Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2675*

Wandstiche, Brünnerstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 16672*

Wassradstiche, alte Goldschalen, Silber, Bruchgold, Gebisse, alte Uhren, Schmuck, Brillanten, Tressen, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelzer Brod, Wangelstraße 4, Telefon 4, 6958. *

Wer Stoff hat! Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Hagenbergerstraße 9. 148/11*

Gandwägerei, Frau Händliche, Röhler, Gartenstraße 9a, nächst Schönerden Kafen, Krümmstraße 4, Handwägerei, Luchsenstraße 10. Abholung. 5935

Unterantell beantwo.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Rixdorf, Bruns Hofstraße, Knebelstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Partellsaal (600 Personen). Sonntags Paal. 7118*

Küchenmöbel! Kleicht! billig! Köppler, Friedenstraße 97. 6015

Fahrschulfführer, gründliche theoretische, praktische Ausbildung, monatliche Abendkurse. Technikum Elektra, Reanderstraße. 5925

Vermietungen.

Wohnungen.

Müllerstraße 25, Wedding, gesunde Wohnungen 18 Mark. 5276*

Billiche Wohnungen, große und kleine, sofort am 1. Oktober 1900, Dudenauerstraße 37 beim Wirt. *

Zude und Küche, 21 und 22 W., Seestraße 68 H. Näheres beim Wirt. *

Kaben, Wohnung, Garten, auch als Wohnung, 1. Oktober vermiebar. 20 Mark. Seit 3 Jahren Kolonialwaren, Schank, Ledite, Groß-Widderstraße-Dk, Rarannenstraße 20. 5906

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacoben, Kolbergerstraße 26, III. *

Mietsgesuche.

Herr sucht zum 1. September kleines möbliertes Zimmer, Schlafstelle allein. Nähe Reichplatz. Preis-offerten 100, Expedition Prinzenstraße 31. 5955

Möbliertes Zimmer suchen per 1. September zwei Lehler Nähe Kaiser Friedrichplatz. Offerten unter L. K. 512 Postamt 59. 7111

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Näherin auf Arbeitssuchen oder Mittelsuchen sucht Arbeit. Gefällige Anträge unter B. 2 an die Expedition des „Vorwärts“. 5945

Blinder Studisucher bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Wäher, Mühlstraße 27. 14655

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Günstigste Erfolge. Lehrpläne kostenlos. Automobilklub Berlin, Spichernstraße 11/12.

Steinholzfahrbodenleger, (eib-klüdig, sofort gesucht. Deutsche Steinholzwerte Charlottenburg, Rantstraße 38a. 17498*

Pliefenleger verlangt Richard Schäfer, Berlin, Kurbalstraße 4. *

Baukasseler für Kauschulfführer-fabrik gesucht. B. Herrn. Schulte, Ritterstraße 49. 149/2*

Gelbfranschloffer sucht Brandes, Alexandrinenstraße 118. 5865*

Tüchtigen Dreher auf Gas- und elektrische Kronen verlangt Lampenfabrik Köpenickerstraße 149. 5990

Tüchtigen Schloffer auf Drahtkasten verlangt Karl Schmidt, Kaiserstraße 31. 5915

Potenfrauen finden ähert lohnende Beschäftigung Schiffbauerdamm 1. 149/1*

Tüchtige Potenfrauen für Abend-touren bei hohem Lohn sofort verlangt. Berliner Intelligenzblatt, Lindenstraße 26 (Laden). 6006*

Jadettmannschlo verlangt Kandi, Bodstraße 42. 781

Mamfeld auf einfache Kinder-jadette verlangt Anton Raackel, Rastanien-Allee 74. 5956*

Potenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung. Schöneberg, Feuerstraße 12. 148/15*

Potenfrauen finden ähert lohnende Beschäftigung Torauerstraße 20. 148/12

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von Bell & Co., Andreasstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. 141/16*

Zugung ist fernzuhalten. Vereinigung der Musikinstrumenten-arbeiter.

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlreiche Firmen). Folgende Firmen sind, weil Ein-stellungen nach dem abgeschlossenen Vertrage nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt: Xaver Külle, Reichenbergerstraße 36. Fleck Nachf., Althofstr. 67. Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16. F. O. Agthe, Wilhelmstr. 119/20. Ad. Schoß, Postlammstraße 19 und Defenbacherstraße 14. Sartoufabrik Ad. Lesser, Krautstraße, für Kartonarbeiter, u. für Galanteriearbeiter die Firma Aloys Suk, Reanderstr. 4. Vor Arbeitsaufnahme in den Verbandsbetrieben, auch durch den paritätischen Facharbeitsnachweis ist Information auf dem Bureau, Engel-ufer 15 II, Zimmer 21, einzuholen. 24/12 Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Die Holzbearbeitungsfabrik Nadge, Palisadenstr. 77/78 und Rummelsburg, Wilhelmstrand, ist für Maschinenarbeiter sowie Hilfsarbeiter gesperrt! Sämtliche Arbeiter befinden sich im Auslande. Vorstand der Handels- und Transportarbeiter-Verband der Maschinenarbeiter.

Achtung! Gummiarbeiter.

Die Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabriken, Wäherstraße und Gr. Lichterfelde, sind wegen Streit 64/18 gesperrt. Zugung ist streng fernzuhalten.

Achtung! Schildermaler!

Bei der Firma Otto Grund u. Co., Wasserstraße 3, und bei der Firma Paul Voigt, Neue Königstraße 42, sind Differenzen ausgebrochen, mithin bis auf weiteres gesperrt. 266/20*

Zugung ist fernzuhalten! Die Verwaltung.

Preßvergolder

Gesucht 148/14* für dauernde Stellung. G. OHLEKOPF Luxus-Kartonnagen-Fabrik Hannover.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend. Am Dienstag, den 21. August finden in Berlin die Versammlungen statt, welche sich mit der Provinzialkonferenz und dem Wannsee-Parteitag beschäftigen.

Wir bitten Partei und Gewerkschaften, für diesen Tag keinerlei andere Veranstaltungen zu treffen. Der Zentralvorstand.

Nieder-Schönhausen. Der Wahlverein veranstaltet heute bei Ullig („Schwarzer Adler“) in der Blankenburgerstraße als Sommerbergung einen Sommerturnball. Die Parteigenossen werden um recht zahlreichen Besuch gebeten.

Tempelhofer. Dienstag, den 21. August. Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins bei Müller, Berlinerstr. 41-42. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Störmer über: „Der Vater Staat und seine Kinder.“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 4. Wahl von Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 5. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.

Die Handzettelverbreitung zu dieser Versammlung findet Sonntag, früh 8 Uhr, von den bekannten Lokalen aus statt. Der Vorstand.

Achtung! Parteigenossen von Karlshorst. Der Bezirk Karlshorst (Wahlverein Friedrichsfelde) feiert am Sonnabend, den 18. August, im Lokale des Herrn C. Grün, Prinz Adalbertstraße, Restaurant „Fürstentum“, sein erstes Stiftungsfest. Anfang 8 1/2 Uhr. Hierzu ladet die Genossen und deren Angehörige freundlichst ein. Die Bezirksleitung.

Billets a Person 40 Pfg. sind beim Genossen W. Richter, Tredeow-Allee 53, Zigarrenhandlung, zu haben.

Johannisthal. Am Dienstag, den 21. August, hält der Wahlverein eine allgemeine Versammlung ab im Lokale von Senftleben, Friedrichstr. 48. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag über den politischen Massenstreik. 2. Der Parteitag in Mannheim. Mitteilungen des Vorstandes und Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Zum Lokalboykott.

Um sich für Versammlungszwecke Säle zu sichern, ist unsere Partei vielfach genötigt, harte Kämpfe zu führen. Unsere Genossen, vor allem die in den Vororten, sind genötigt, gegen die Saalhaber, die ihre Säle zur Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen verweigern, das Mittel des Boykotts anzuwenden. Wer den Arbeitern sein Lokal zur Ausübung ihres Versammlungsrechtes vorenthält, muß eben auch darauf verzichten, daß die so Entrechteten bei ihm ihr Geld verkehren. So selbstverständlich dies sein sollte, so regen sich doch die von dem Boykott Betroffenen und mit ihnen die Vertreter jeder Arbeiterentrechtung sehr darüber auf. Es wird da von wirtschaftlicher Schädigung gesprochen und stark in Entrüstung ob des Verhaltens der Arbeiter gemacht. Versucht doch im Augenblick der Inhaber des Lokales „Fürstentum“ in Zehlendorf auf dem Zivilwege wegen den gegen sein Lokal verhängten Boykott Parteigenossen schadenerlässpflichtig zu machen. Als ob ein boykottierter Saalhaber Arbeiter zum Besuch seines Lokales zwingen könnte.

Solches Beginnen istredet natürlich die Arbeiter keineswegs. Mit Zähigkeit werden sie ihr Ziel verfolgen, bis sie im Kampfe obgefiegt haben. Bange machen gilt da nicht! Wenn man die Heulmeierei unserer Gegner über wirtschaftliche Schädigung bestimmter Erwerbskreise durch den von Arbeitern verhängten Boykott hört, müßte man geradezu meinen, als komme es ihnen ausschließlich auf die Schädigung an. Das ist natürlich falsch. Unseren Parteigenossen ist lediglich die Erringung des Lokales zu Versammlungszwecken das Ziel, und wenn dieses Ziel nur dadurch erreicht werden kann, daß ein Schaden für den Saalverweigerer entsteht, so ist das eine Begleiterscheinung, die eben ein solcher Gastwirt in Kauf nehmen muß; es liegt ja nur an ihm selbst, das zu verhindern. Er stelle seinen Saal den Parteigenossen zur Verfügung, und die Sache ist in Ordnung.

Die Verhängung des Boykotts durch Parteiorganisationen über saalverweigernde Gastwirte unterscheidet sich sogar sehr vorteilhaft von dem Lokalboykott, den die Militärbehörde verhängt. Im ersten Falle ist der Lokalhaber von dem Boykott unterrichtet und kann die Aufhebung herbeiführen durch Eingehen auf die gestellten Bedingungen. Anders beim Militärboykott. In diesem Falle wissen viele Gastwirte gar nicht einmal, daß sie auf der Liste der von der Militärbehörde verbotenen Lokale stehen. Diese Liste wird, wie wir annehmen, von der Polizeibehörde zusammengestellt, und an ihr ist es, zu bestimmen, wer auf die Liste kommt. Dabei passieren oft die wunderbarsten Dinge. Um nur ein recht charakteristisches Beispiel herauszugreifen, ist auf einem solchen uns vorliegenden, am 30. Mai 1906 ausgegebenen Verzeichnis der für Militärpersonen verbotenen Lokale von Berlin und Umgebung das Lokal „Volksgarten“ in Deutsch-Wilmersdorf verzeichnet. Dieses Lokal ist unseren Genossen seit Jahr und Tag entzogen, und seit dieser Zeit kämpfen unsere Genossen um das Lokal. Da der Wirt sich ständig weigerte, ist seit langer Zeit der Boykott verhängt worden. Unsere Genossen befinden sich also in guter Gesellschaft, denn Arm in Arm mit der Militärbehörde boykottieren sie das Lokal. Der Humor bei der Sache ist noch der, daß das Lokal der Gemeinde Wilmersdorf gehört. Der Wirt des „Volksgarten“ kann also sehen, daß er durch die Verweigerung seines Lokales an Sozialdemokraten bei der Militärbehörde keine Gnade gefunden hat.

Auch in anderer Beziehung ist die Zusammenstellung der Liste charakteristisch. Das durch und durch verfeuerte sozialdemokratische Berlin rangiert seiner Bevölkerungszahl nach mit der Zahl der verbotenen Lokale erheblich hinter unserer Nachbarstadt Charlottenburg. In Berlin ist den Militärpersonen der Besuch von 91 Lokalen unterlagt, während der Charlottenburger sich die Zahl auf 74 beläuft. Von den beiden Städten Nixdorf und Schöneberg hat letzteres den Vorzug. Während in Schöneberg 6 Lokale in Frage kommen, sind es in Nixdorf deren 24. Da muß ja geradezu der Reib gewickelt werden.

Was soll überhaupt der von der Militärbehörde verhängte Lokalboykott überhaupt für einen Sinn haben. Die Soldaten etwa vor dem Verkehr mit Sozialdemokraten zu bewahren? Das ist doch in Ernste nicht anzunehmen, denn

ein solcher Verkehr ist gar nicht zu vermeiden; es sei denn, man hebt nur noch Gutsbesitzeröhne zu Soldaten aus. In Wirklichkeit hat dieser Boykott in der Tat nur den einen Zweck, Geschäftsleute zu schädigen, und deshalb unterscheidet er sich auch sehr wesentlich von dem Lokalboykott der Arbeiter und unserer Partei. Hier hätten die Leute, die sich nicht genug über uns entrüsten können, Gelegenheit, ihren Beschwerden über Geschäftsschädigung der Steuerzahler durch das Reich lauten Ausdruck zu geben.

Im dritten Berliner Landtagswahlkreise haben aus Anlaß der Erntewahl für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Jwid in 400 Urwahlbezirken Neuwahlen stattgefunden. Im Jahre 1903 bei der Hauptwahl sind in 505 Urwahlbezirken 2769 Wahlmänner gewählt worden. Von diesen sind in 400 Urwahlbezirken 1062, das heißt mehr als der dritte Teil der Wahlmänner durch Tod, Fortzug usw. ausgeschieden. Für diese 1062 Wahlmänner müssen nun Neuwahlen stattfinden. Das städtische Wahlbureau hat eine Liste der ausgeschiedenen 1062 Wahlmänner angefertigt und wird sie demnächst veröffentlichen.

Von den Leistungen des schreibenden Schuhmannes — der bekanntlich so ziemlich alles versteht und alles wissen muß, was man von einem modernen Menschen erwarten darf — haben wir bisher eine nicht geringe Meinung gehabt. Was unsere Schuhleute auf den Revierbüros beobachtet, wie sie dort mit ihren vielen Aktenstücken geschäftig hantieren und über die schwierigsten Fragen aus dem Gebiete der Gewerbepolizei, der Gesundheitspolizei, der Versicherungsgesetzgebung usw. unsehbare Auskünfte geben, der bekommt erst einen richtigen Begriff davon, was für ein Univerfalmensch so ein Schuhmann sein muß. Heute ist uns aber etwas passiert, wodurch unsere Meinung doch etwas ins Wanken gebracht worden ist. Zu uns kam ein Mann, der erzählte, er habe sich auf einem hiesigen Polizeibureau eine neue Quittungsart ausstellen lassen. Er legte uns eine mit dem Stempel „Polizeirevier 40, Berlin“ versehene neue Quittungsart Nr. 10 vor, die er dort bekommen habe, dazu die Bescheinigung über die Aufzeichnung aus der alten Karte Nr. 9. Die neue Karte war ausgestellt am 18. August 1906; gemeint ist natürlich „1906“. Sie lautete auf den Schriftsteller R., der im Jahre „1887“ in einem Orte des Kreises „Rittidor“ geboren sei; gemeint sind, wie in der Aufzeichnungsbefcheinigung richtig angegeben ist, das Jahr „1878“ und der Kreis „Rattidor“. Nach Angabe dieses zweiten Schriftstüdes soll Rattidor in „Schlesien“ liegen; auf der Quittungsart dagegen begegnen wir der Schreibart „Ellisien“. Der Mann, der uns diese wunderlichen Schreibübungen vorwies, versicherte auf das allerbestimmteste, sie seien der Feder eines Schuhmannes entflohen, der ihm am 16. August 1906 auf dem Bureau des 40. Polizeireviere die Schriftstücke ausgefertigt habe. Wir stehen ein wenig vor einem Rätsel. Dem Inhaber dieser Papiere, die selbstverständlich nirgends als gültig anerkannt werden würden, haben wir geraten, Neuausfertigung zu beantragen und sich zu diesem Zwecke an eine höhere Instanz, d. h. gleich an das Polizeipräsidium zu wenden. Vielleicht kommen wir in die Lage, über des Rätsels Lösung zu berichten.

Zu dem Streit zwischen dem Magistrat der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft über den Bau einer Hoch- und Untergrundbahnlinie Alexanderplatz-Schönhauser Allee ist bekanntlich von den Parteien das Schiedsgerichtverfahren beantragt worden. Von der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft sind der Abg. Freiherr v. Jellich und Reulisch sowie der Techniker Eger zu Schiedsrichtern ernannt worden. Der Magistrat wird ebenfalls zwei Personen wählen, die dann einen Obmann bestimmen, unter dessen Leitung dann das Schiedsgericht zusammenzutreten wird.

Nachtrag zum Fernsprechverzeichnis. Zu dem Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechungen in Berlin und Umgegend zum April dieses Jahres hat die Oberpostdirektion einen Nachtrag zur Verteilung an die Teilnehmer hergestellt. Der Nachtrag umfaßt 96 Seiten mit neuen, gezeichneten und abgedruckten Anschlägen in den Oberpostdirektionsbezirken Berlin und Potsdam. Neue Anschläge werden etwa 3500 aufgeführt. In den Vorbemerkungen wird mitgeteilt, daß vom 1. August an das Postamt sowie die Fernsprechvermittlungsanstalt Friedrichsberg die Bezeichnung Nichtenberg bei Berlin führen. An Stelle der bisherigen Abkürzung F. bei der Aufführung der an dieses Vermittlungsamt angefallenen Sprechtellen im Teilnehmerverzeichnis ist das Zeichen Lg. getreten. Nachzutragen sind folgende öffentliche Fernsprechanlagen: zum Ortsfernsprech von Berlin gehörig: in Berlin beim Postamt (Spandauerstraße 19/20), beim Postamt 65 (Rosariostraße 49a), 66 (Mauerstraße 69/75) und 95 (Warburgstraße 15a); zum Ortsfernsprech von Porphagen-Rummelsburg gehörig: in Porphagen-Rummelsburg beim Postamt 1 (Prinz-Albertstraße 8); zum Ortsfernsprech von Steglitz gehörig: in Steglitz beim Postamt 1 (Albrechtstraße 14a); zum Ortsfernsprech von Wilmersdorf bei Berlin gehörig: in Wilmersdorf bei Berlin beim Postamt 1 (Ullandstraße 104) und 2 (Kaiserplatz 6). Für den Monat Oktober ist eine Renaufgabe des Teilnehmerzeichnisses beabsichtigt, die Mitte November zur Ausgabe gelangt. Anträge auf Änderung oder Vervollständigung der Eintragungen sind möglichst frühzeitig, spätestens bis zum 10. Oktober, schriftlich und frankiert an das zuständige Fernsprechamt zu richten.

Eine Rattenplage droht den märkischen Wäldern. Aus verschiedenen Teilen der Mark laufen die besonders für den Forstmann besorgniserregenden Mitteilungen ein, daß die Ratten, ein Nachschmetterling, in den Nadelwäldern so zahlreich auftreten, daß eine schwere Beschädigung der Forstbestände eintritt. Die Raupen dieses Schmetterlings, der weiß, mit stark gezähnten schwarzen Querlinien gebänderte Oberflügel hat, sind so gefräßig, daß sie fast keinen Waldbaum verschonen, besonders verderblich werden sie den Fichten und Kiefern. Um der Gefahr entgegenzuarbeiten, ist es notwendig, daß die an den Baumstämmen sitzenden Schmetterlinge getötet werden. Die Landräte verschiedener Kreise haben diebesszügliche Besamtsmachungen erlassen und Preise auf die Vertilgung der schädlichen Forstinsekten ausgesetzt.

Verstümmelten. Am vergangenen Montag verhielt sich der vierzehnjährige Polierlehrling Willi Gehring aus der Reuen Bahnhofsstr. 20. Er entfernte sich morgens aus der elterlichen Wohnung, um wie gewöhnlich seine Arbeitstätte aufzusuchen. Er ist aber dort nicht eingetroffen und bisher auch noch nicht zu den Angehörigen zurückgekehrt.

Die sinkende Septenfabrik.

Man schreibt uns: Jwar wohne ich nicht in unmittelbarer Nähe des Viehhofes, meine Wohnung ist vielmehr in der Luftlinie reichlich einen Kilometer südlich vom Viehhofe entfernt, und doch macht sich der Gestank, welcher der Septenfabrik entströmt, hier und in noch weiterer Entfernung zeitweise so stark bemerkbar, daß man sich der Uebelkeit nicht erwehren kann. Mit lebhaftem Interesse nahm ich deshalb von der in der Donnerstagsnummer des „Vorwärts“ enthaltenen Meldung Kenntnis, welche besagt, daß nunmehr eine Einrichtung in der Septenfabrik getroffen sei, welche die Verästigung der Anwohner durch die üble Gerüche ein für allemal ein Ende machen werde, indem die besagten üblen Dünste teils verbrannt, teils durch eine Regenvorrichtung ersaust werden sollten. Der „Vorwärts“ war so skeptisch, an der Richtigkeit dieser Meldung aus dem Warten zu zweifeln und meine Rufe überzeuge mich auch bald von der Verächtigung dieses Zweifels. Kaum hatte ich, am offenen Fenster sitzend, den „Vorwärts“ aus der Hand gelegt, als ein leiser Lufthauch aus Nordost den mir wohlbelannten Gestank in mein Zimmer trieb. Damit ist also bewiesen, daß entweder

der fürchterliche Gestank trotz Verbrennungs- und Ersäufungsvorrichtung ungehindert weiter lebt, oder aber — was wahrscheinlicher ist — daß man überhaupt noch nicht ernsthaft an die Beseitigung der üblen Ausdünstungen gedacht hat. Man hat zur Verhütung des Gestanks eine Notiz in die Presse gebracht und im übrigen bleibt alles beim alten. Der Gestank wird nach wie vor Kilometerweit die Umgegend des Viehhofes verpesten. Von den zuständigen Behörden muß unbedingt verlangt werden, daß sie den Septen der Septenfabrik energisch anhalten, wirksame Vorrichtungen zur Verästigung der sinkenden Ausdünstungen zu treffen. Schließlich haben doch wohl die nach Zehlendorf zählenden Bewohner, welche durch die Ausdünstungen der Fabrik belästigt werden, ein Recht, zu verlangen, daß ihre Gesundheit nicht zugunsten der geschäftlichen Interessen eines einzigen Unternehmers geschädigt wird.

Ein folgenschwerer Hirschschlag. Großes Unheil wurde gestern nachmittag durch ein Pferd, das vom Hirschschlag getroffen worden war, angerichtet. Das Tier zog die Droschke Nr. 3183 den Kurfürstendamm entlang und wurde in der Nähe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche plötzlich vom Hirschschlag befallen. Es wurde dadurch in einen Zustand wilder Raserei versetzt und brante durch. Dem Kutscher Schwarzeder waren die Zügel entglitten und unaufrichtig raste nun das Pferd dahin. In der Hardenbergstraße wurde die Droschke gegen einen Laternenpfahl geschleudert und fast vollständig zertrümmert. Das Pferd stürzte so unglücklich, daß es das Genick brach und auf der Stelle tot war. Es wurde in weitem Bogen vom Bod herabgeschleudert und erlitt eine Reihe von Verletzungen. Die erste ärztliche Hilfe wurde ihm auf der Unfallstation zu teil.

Verstümmelt. Schwere Folgen hatte ein Erdbeinsturz, der sich gestern nachmittag auf dem Grundstück Ostfriesenstraße 14 ereignete. Dort werden zurzeit große Ausschachtungsarbeiten für die Grundmauern eines Neubaus vorgenommen. Gestern nachmittag gab eine etwa 3 Meter hohe Erdwand plötzlich nach und stürzte zusammen. Unter den Erdmassen wurde der 26 Jahre alte Bauarbeiter Georg Schert vollständig begraben. Einige andere Arbeiter hatten sich durch schleunigste Flucht in Sicherheit bringen können. Sie machten sich dann sofort an die Rettung des verschütteten Kollegen und brachten ihn nach der Unfallstation am Zoologischen Garten. Der Arzt stellte dort schwere innere Verletzungen und Quetschungen des Unterleibes fest und ließ E., nachdem dieser die erste Hilfe erhalten, in das Krankenhaus Weidendamm einliefern. Der Zustand des Verunglückten ist äußerst bedenklich. Die Ursache des Erdbeinsturzes soll, wie uns noch mitgeteilt wurde, in der mangelhaften Absteigung zu suchen sein.

Im wissenschaftlichen Theater der Krania wird der mit zahlreichen farbigen Bildern nach eigenen Aufnahmen des Verfassers ausgestattete Vortrag „Der jüngste Ausbruch des Vesuv“ noch am Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag zur Darstellung gelangen. Am Mittwoch wird der ebenfalls mit farbigen Bildern illustrierte Vortrag „Die deutsche Ostseeküste von den Wanderbüden bis zum Alsenfund“ wiederholt werden, während am Sonnabend der Vortrag „Im Lande der Winternachtsjonne“ gehalten werden soll.

Gesperrt. Die Gitschinerstraße von der Alexandrinen- bis Brandenburgstraße wird behufs Asphaltierung vom 20. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Wegen einer Benzineplosion wurde gestern nachmittag um 5 Uhr der 7. Zug nach der Drogerie J. Jacob, Kleine Andreasstraße 11, gerufen. Dem jämlichen Eingreifen der Wehr ist es zu danken, daß die Flammen bald gelöscht werden konnten. Die Personen kamen mit dem Schrecken davon. Gleich darauf erfolgte ein Alarm nach der Kopenikusstr. 2. Dort stand eine Leinwandfabrik in Flammen. Um diese zu löschen, mußte die Wehr kräftig Wasser geben. Ein Mann, der sich bei dem Brande Verletzungen am Kopf und Händen zugezogen hatte, wurde von Samaritern der Wehr verbunden. Der Brand war durch Unvorsichtigkeit entstanden. Ein großer Brand wurde aus der Schleiermacherstraße 21 gemeldet. Möbel und anderes brannten dort. Obgleich der 11. Zug schnell zur Stelle war und kräftig Wasser gab, konnte es nicht mehr verhindert werden, daß ein Zimmer vollständig ausbrannte. Außerdem wurde die Wehr gestern zweimal nach der Französischenstraße 53/54 gerufen, wo auf dem Dach ein Kessel mit Teer in Brand geraten war und gewaltigen Qualm verursachte. Durch Aufwerfen von Sand wurde die Gefahr beseitigt. Auf dem Nordbahnhof und anderen Stellen brannten Preßkoffeln, Möbel, Kleider usw. wurden in der Tiergartenstraße in der Philippstraße 13 ein Raub der Flammen. Ferner hatte die Wehr in der Anklamstraße 28, Schönholzerstraße 5, Eisaffersstraße und anderen Orten zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Nixdorf. Die veränderte Wahlbezirkseinteilung in Nixdorf ist für unsere Parteiorganisation von derart erheblicher Wichtigkeit, daß wir uns entschlossen haben, dieselbe im ganze Umfang zu veröffentlichen, möchten aber die Genossen bitten, sich diese Nummer für die später erfolgenden Wahlen gut aufzubewahren. Für die dritte Wählerabteilung sind 20 Wahlbezirke gebildet, in jedem Bezirk ist ein Stadtverordneter zu wählen. Die zweite Wählerabteilung umfaßt jetzt vier Wahlbezirke, von denen jeder fünf Stadtverordnete wählt und die erste Wählerabteilung wählt wie bisher in einem Wahlbezirk, der das ganze Stadtgebiet umfaßt 20 Stadtverordnete. Die Bezirke sind in folgender Weise eingeteilt:

A. III. Wählerabteilung. (20 Bezirke.)

- 1. Bezirk. Friedelstraße von 18-46, Hobergstraße von 24-63, Kollbuscher Damm von 73-103, Lenaustraße, Randbacher von 1-22, Pfäfersstraße von 1-12 und 67-82, Schintzstraße, Straße Nr. 10.
- 2. Bezirk. Friedelstraße von 1-17 und 47-61, Hermannplatz, Hobergstraße von 1-23 und 63-84, Kaiser Friedelstraße von 1-12 und 210-248, Kollbuscher Damm von 62-72, Reuterplatz, Reuterstraße von 18 bis 77, Reuterstraße von 1-9 und 209-217.
- 3. Bezirk. Kaiser Friedelstraße von 13-15 und 226-230, Silberstraße, Rantischstraße, Randbacher von 23-45, Rantischstraße, Panierstraße, Pfäfersstraße von 13-25 und 52-66, Reuterstraße von 10-16 und 201-208.
- 4. Bezirk. Donaustraße von 1-23 u. 111-131, Faldbachstraße, Garzerstraße von 1-3 und 115-119, Rantischstraße, Kaiser Friedelstraße von 16 bis 37 und 213-235, Rantisches Ufer von 66-74, Rantischplatz, Rantischstraße, Randbacher von 45-66, Pfäfersstraße von 26-51, Rantischstraße, Reuterplatz, Reuterstraße, Reuterstraße von 17-41 und 181-200, Rantischer.
- 5. Bezirk. Donaustraße von 34-34 und 99-110, Boudelstraße, Silberstraße, Garzerstraße von 14-25 und 96-103, Kaiser Friedelstraße von 38 bis 55 und 195-212, Rantisches Ufer von 50-65, Rantischstraße, Schanbacherstraße, Schönstedtstraße, Reigandauer von 1-16, Reuterstraße von 42-58 und 164-180, Wildenbruchstraße.
- 6. Bezirk. Reichelsdorferstraße, Donaustraße von 35-98, Ellenstraße, Garzerstraße, Rantischstraße, Garzerstraße von 26-95, Reibelsbergerstraße, Rantischstraße, Kaiser Friedelstraße von 56-66 und 161-191, Rantisches Ufer von 18-49, Rantischstraße von 1-25 und 98-120, Straße Nr. 13a, 14, Reigandauer von 17-35, Reuterstraße von 59-90 und 132-163, Wildenbruchplatz.
- 7. Bezirk. Bergstraße von 1-26 und 140-163, Roststraße von 1-12 und 62-72, Reisingstraße von 1-12 und 33-43, Rantischweg, Prinz Garzerstraße von 1-19 und 70-87, Straße Nr. 204, 207b, Rantischstraße, Reisingstraße von 1-15 und 67-85, Steinwegstraße von 1-19 und 126-148.
- 8. Bezirk. Bergstraße von 27-42 und 127-139, Goethestraße, Hobergplatz, Rantischstraße von 1-9 und 35-50, Rantischstraße, Schönweiderstraße.
- 9. Bezirk. Rantischstraße, Cannerstraße, Drogeriestraße, Gärtnerstraße, Garzerstraße, Garzerplatz, Johann Duppstraße, Kaiser Friedelstraße von

